

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2,90 Mark pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 2 Mark. Pr. Monat. Stutzer, in der Post-Verwaltung, Preisliste für 1894 unter Nr. 4919.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pf., für Vereins- und Berichterstattungen 10 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen bis 4 Uhr Nachmittags geöffnet.

Korrespondent: Amt 1, Nr. 1508, Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Mittwoch, den 24. Oktober 1894.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Viel vergessen und nichts gelernt.

Crispi ist zum Mann gereift in den Zeiten der tiefsten Unterdrückung Italiens, er stand bis zu seinem 40. Jahre in der ersten Reihe derer, welche ihre beste Kraft daran setzten, das Vaterland von der Fremdherrschaft der Oesterreicher, von dem Druck der kirchlichen Regierung des Papstes, von den Despotenlaunen der kleinen Fürsten von Toskana, Modena, Neapel u. s. w. zu befreien. Als heißblütiger Jüngling und als gereifter Mann galt er als einer der tüchtigsten und energischsten Anhänger der Mazzini und Garibaldi. Der Sohn der blutgedüngten Erde Siziliens fand nicht Worte, die seiner Meinung stark genug gewesen wären, das niederträchtige Polizeisystem, die Wirthschaft der Spione, die Wahnsinnsakte der Reaktion, die Gräueltat bei der Behandlung der politischen Gefangenen, die servile Niedertracht der Gerichte, die Unfreiheit der Presse, zu geißeln. In Wort und Schrift, als Freischärler wie als Agitator bekämpfte er das System, unter dem das italienische Volk dahinsiechte; aber nicht nur dem Untergange der herrschenden Gewalten widmete er seine Kräfte, er suchte auch das Volk mit der Hoffnung auf ein nicht bloß einigerm, sondern auch freies und glückliches Vaterland zu erfüllen. Wer Crispi, den Jüngling und Mann gekannt hatte, und geahnt hätte, daß es diesem Kämpfer gegen die Unterdrückung Italiens durch den Papst, die Oesterreicher und die Bourbonen einmal beschieden sein würde, die Geschichte Italiens vom Monte Citorio in Rom zu leiten, der hätte in der sicheren Hoffnung geschwelgt, daß Italien das Dorado der Meinungsfreiheit, das Muster für alle Staaten werden würde, daß die elende Polizeiwirtschaft gründlich ausgerottet, daß die Kerker geschleift würden, daß die Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetze nirgends so vollkommen allen Bürgern gewährleistet würde, als in dem geeinten republikanischen Italien.

Es ist aber ganz anders gekommen, der feurige Republikaner wurde zum Fürstenthum, der entschiedene Gegner des Papstthums, der Feind der Bischöfe, der Klostern und auch der niedrigen Geistlichkeit, sucht die Versöhnung mit dem Papstthum, der Mann, der für die Freiheit der Meinungsäußerung eintritt, strengt Preßprozesse an wie Bismarck in seinen ärgsten Tagen, er löst Vereine

auf, verbietet Versammlungen, er giebt Ausnahmegeetze. Er hat auch die Kerker, gegen die er geizert hat, nicht schleifen lassen, er bevölkert sie mit den Edelsten und Besten, die für das arme unterdrückte italienische Volk eintreten, ja er übertrumpft noch die neapolitanischen Ferdinande, die ihre politischen Gegner wenigstens in der Heimath einsperrten, während ihr alter Gegner Crispi die trockene Guillotine, ein Fieberland in der Nähe des Aequators zu ihrer ungestümen Aufnahme in Bereitschaft stellt. Und die Gerichte sind unter ihm noch weniger unabhängig, wie im Kirchenstaate und in den von den Oesterreichern früher beherrschten Provinzen Italiens.

So hat Crispi also alles vergessen, was er in der Jugend versprochen hat, er hat sich würdig erwiesen, Justiz- und Polizeiminister des verhassten Königreichs beider Sizilien gewesen zu sein.

Crispi, dieses Muster des unsere Zeit charakterisirenden Renegatenthums, hat alles vergessen, was er versprochen hat, er hat aber auch nichts gelernt. Er hat nicht gelernt, daß eine Herrschaft, die sich nur durch elende Polizeimaßregeln, durch Betrügen des Volkes um seine staatsbürgerlichen Rechte, durch Kriegsgesetze und Ausnahmegeetze stützen will, nicht von Bestand sein kann. Er hat auch nichts gelernt von seinem Vorbilde Bismarck, dem er nachahmt. Er wollte wie Bismarck durch den Kulturkampf die katholische Opposition niederretzen, es mißlang ihm wie Bismarck, denn die katholische Kirche und ihre politische Organisation sind heute gefährlichere Gegner des italienischen Staates, als zur Zeit, da der Papst sich im unbeschränkten Besitze Roms befand und der König von Italien noch in Florenz residiren mußte; auch die Schutzpolitik des deutschen Kanzlers ahmte er nach und Italien hat dadurch nichts gewonnen als die Verfeindung mit allen Nachbarstaaten. Die schwere Last des Militarismus legte Crispi dem ausgehungerten italienischen Volke gleichfalls nach seinem traurigen deutschen Muster auf. Und nun will er das Bild ganz ausmalen, und auch die Politik Bismarck's gegen die Sozialdemokratie auf Italien übertragen.

Nach den Hungeraufständen in Sizilien und Massacarra gab Crispi mit Unterstützung der ganz heruntergekommenen italienischen Kammer dem armen Lande statt Brot ein Ausnahmegeetz. Zwei Fliegen sollten damit mit einem Schläge getroffen werden: das Land sollte die Panama-Scandale, in die Crispi und seine Ge-

treuen bössartig verwickelt waren, vergessen, und die Gegner der Crispinischen Politik, nicht die trotz ihres großen Mundes in Italien recht ungefährlichen Anarchisten, sondern die Sozialdemokraten und die ehrlichen Radikalen sollten getroffen, sollten mundtot gemacht werden, damit die Crispinische Schandwirthschaft in alle Ewigkeit fortgetrieben werden kann. Obgleich das Anarchistengeetz, wie schon sein Name besagt, bloß gegen die Anarchisten gegeben wurde, wandte man es bald auch gegen alle Feinde Crispi's, vor allem natürlich gegen die Sozialdemokraten an, man verbot ihre Kongresse, man verfolgte ihre Presse noch mehr wie früher, man verschickte unsere Genossen auf Grund des Anarchistengeetzes in die Zwangsdomizile. Diese Brutalitäten waren aber bloß die Vorbereitung eines viel schwereren Schlags, den der alte Revolutionär Crispi gegen die einzige freiheitliche Partei Italiens plante.

Gestern meldeten wir schon unter den Depeschen aus Rom das folgende:

Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ wurden durch Dekrete vom heutigen Tage gleichzeitig in allen Provinzen sämtliche Vereinigungen, welche sich als sozialistische italienische Arbeiterpartei bezeichneten, aufgelöst, ebenso diejenigen Gesellschaften, welche eine Sektion solcher Vereinigungen bildeten, und Vereine, die, obgleich zu philanthropischen oder wirtschaftlichen Zwecken gegründet, doch sich dem bezeichneten Parteiprogramm zuwandten, welches zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft Streit erregte und Umsturzideen verbreitete. Die bis zum Nachmittag hier eingelaufenen Nachrichten besagen, daß die Auflösung der Vereine und die Hausdurchsuchungen bisher zu keinem Zwischenfall geführt haben.

Ein später eingetroffenes Telegramm aus Rom meldet: Depeschen aus allen Provinzen melden die Ausführung der Verordnung über die Auflösung der sozialistischen Vereine. Die Maßregel war überall vor 7 Uhr Abends ausgeführt. Beschlagnahmt wurden Papiere, darunter mehrere wichtige Register und Abzeichen; bei den hervorragenden Mitgliedern wurden die Hausdurchsuchungen vorgenommen. Trotzdem gegen die Maßregel protestirt wurde, kam ein bemerkenswerther Zwischenfall nicht vor. In Mailand wurden 55 Gesellschaften von der Auflösungsmaßregel betroffen, darunter auch das Arbeiter-Konföderat. In den Provinzen Grosseto, Reggio di Calabria und Sardinien existiren keine sozialistischen Vereine und waren daher keine Auflösungen vorzunehmen; ebenso auf Sizilien und in der Provinz Massa Carrara, wo die in Frage stehenden Gesellschaften während des Belagerungszustandes aufgehoben worden sind.

Feuilleton.

Erinnerungen eines Kommunarden.

Aus dem Französischen von Jakob Rudorf.

Ich schickte deshalb einen Offizier nach Levallois-Perret ab, um Verstärkung zu verlangen. Man ließ ihn beim sogenannten Generalstab gar nicht vor. Empört darüber, bestieg ich ein Pferd und sprengte durch den Kugelregen, welchen die Mitrailleusen des Schlosses de Bécon herüber sandten, über die Schiffbrücke.

Ich bekümmerte mich nicht um das Verbot der Schilddache und stieg in die erste Etage des kleinen Hauses hinauf, wo ich einige Leute fand, welche sich verblüfft über eine ausgebreitete Karte anstarrten. Auch ein Mitglied der Kommune war anwesend mit einer kreuzweis übereinander gelegten Schärpe.

Aufgeregt in dem Bewußtsein, die Verantwortung für das Leben einiger Hundert braver Männer tragen zu müssen, rief ich:

„Es ist schwer bis zu Ihnen zu gelangen. Ich habe mir fast den Eingang erzwingen müssen!“

„Sie sehen, daß wir hier berathen.“

„Sie berathen wie die Kerze Molière's über das Schicksal eines Kranken, der gestern starb. Es ist keine Zeit zur Berathung, die Zeit dazu ist vorüber. Wenn Sie nicht schleunigst handeln, sind wir binnen zwei Stunden ausgehoben und die Pariser stehen vor den Thoren von Paris.“

„Was rathen Sie zu thun?“

„Siehen Sie sofort die zerstreuten Bataillone zusammen und decken Sie meinen rechten Flügel, welcher binnen einer Stunde umgangen sein wird. Lassen Sie im Centrum auf der Eisenbahn die gepanzerte Batterie vorgehen, welche hier nichts thut und uns auf der andern Seite von viel größerem Nutzen sein wird.“

Es stand gerade in der Nähe eine geheizte Lokomotive. Ich stieg in die Batterie mit einigen Artilleristen und Nationalgardisten. Das große Marinegeschütz wurde geladen und die Lokomotive schob uns langsam über die Brücke, während die feindlichen Geschosse rings um uns einschlugen. Wir kamen jedoch glücklich an der anderen Seite von Asnières an, wo wir die Maschine unter einer kleinen steinernen Brücke in Sicherheit brachten. Unser Geschütz wurde mehrere Male abgefeuert. Das Feuer der Pariser Truppen, welches bis dahin gegen die Brücke gerichtet war, um zu verhindern, daß Verstärkung zu uns gelange, nahm jetzt eine andere Richtung. Eine Kugel beschädigte sogar leicht unsere Lokomotive.

Ich stieg ab, um mich mit meinen Leuten wieder in Verbindung zu setzen. Hier stolperte ich beinahe über meinen Obersten, der mich jedoch von neuem verließ, um wie er sagte, aus Levallois Kanonen herbei zu holen und auf den Feind einen Hagel von Geschossen niederregnen zu lassen. Dieser Hagel soll jetzt noch kommen. Mit einem Male sah ich einige Leute auf mich zu eilen, die augenscheinlich sich auf der Flucht befanden. Sie theilten mir mit, daß auch das andere Bataillon, welches bis jetzt unsere rechte Seite gedeckt hatte, während der Nacht gleichfalls sich davon gemacht habe, ohne jemand von uns davon in Kenntniß zu setzen. Meine Leute, welche sich dort gedeckt glaubten, wurden von den Soldaten überrascht, die sich auf einem Fußsteig durch das Gehölz geschlichen hatten und nun auf fünfzig Schritt Entfernung plötzlich Feuer auf die Unsrigen gaben, von denen sofort eine Anzahl tödlich getroffen fielen.

Ich hatte im Falle, daß wir der Uebermacht weichen müßten, wohl bedacht, uns eine Rückzugslinie offen zu halten und meine Leute stürzten sich jetzt in wilder Hast in diesen schmalen Weg, der durch demolirte Häuser und durchbrochene Mauern führte, ohne meine Ordres abzuwarten. Ich folgte ihnen bis auf den Platz von Asnières, wo verschiedene Abtheilungen aller Korps sich zusammen drängten. Wohl versuchte ich meine Leute wieder zu sammeln, aber es

war vergeblich. Ich wollte einige wenigstens als Tirailleurs hinter dem Eisenbahndamm postiren, aber man verweigerte mir jeden Gehorsam.

Ich faßte die tolle Idee, mich allein tödten zu lassen, als ein junger Mann, der einem anderen Bataillon angehörte, mich mit seinem Revolver bedrohte, weil er glaubte, daß ich ein höherer Befehlshaber sei und, wie er sich ausdrückte, die Leute unnütz zur Schlachtbank geführt hätte.

„Ich führe kein Kommando,“ sagte ich ruhig zu ihm, „ich bin ein Opfer wie Ihr. Aber wir dürfen nicht verzweifeln, und vor allem uns von einem panischen Schrecken beherrschen lassen. Helft mir vielmehr verhindern, daß die Menge sich kopflos auf die Schiffbrücke wirft, welche so schon überladen ist und jedenfalls untersinkt.“

Der junge Mann folgte mir zum Zugange der Brücke, um den Strom der Flüchtlinge aufzuhalten. Doch vergebliches Beginnen. Wir wurden in den Strudel mit hinein und unumkehrlich fortgerissen. Andere versuchten über die Eisenbahnbrücke zu fliehen, doch da dieselbe halb demolirt, und zur Hälfte ohne Brüstung war, so fielen sie unter dem dichten Kugelregen der Mitrailleusen und ihre Leichname schwammen haufenweise die Seine hinab.

Alle hätten gerettet werden können, wenn sie standhaft auf dem Schlachtfelde ausgehalten hätten und einigermaßen mit Umsicht geführt worden wären. Erst nachdem die Schiffbrücke wirklich nachgab und unter der schweren Last auseinanderging, kamen die Leute wieder etwas zur Besinnung. Um sich den einzig möglichen Rettungsversuch nicht ganz abzuschneiden, ging man ruhiger ans Werk, stellte die Brücke wieder her und erst auf dem anderen Ufer war es möglich, die Mannschaften wieder in Reih und Glied zu formiren und die Positionen wieder zu besetzen, welche der Feind gar einzunehmen gedachte. Männer mit Tragbahnen schleppten Todte und Verwundete durcheinander fort in die Pariser Lazarethe.

Am Abend langte ein Mann meines Bataillons an, der für die übrige Mannschaft in einem Hause gelodt hatte.

Ein Telegramm der „Frankfurter Zeitung“ aus Rom meldet:

Durch ein Dekret des Präfecten erfolgte heute die Auflösung des Zentralkomitees der sozialistischen Arbeiterpartei und sämtlicher Sektionen. Die Polizei besetzte die Arbeiterbörse und schloß ihre 45 Sektionen. Gegenwärtig dauern die Hausdurchsuchungen in den zahlreichen anderen, in der Stadt verstreuten Vereinen und in den Privatwohnungen der Vorstandsmitglieder fort.

Es ist der gleiche Schlag, der genau vor 16 Jahren gegen die deutsche Sozialdemokratie durch die Bismarck und Eulenburg geführt wurde. Was dieser und die vielen anderen darauf folgenden Schläge gegen unsere Partei gescheitert haben, das hat Bismarck, die deutsche Polizei, alle unsere Gegner mit Schrecken und wir mit Genugthuung erfahren. Wir haben unseren Gegnern in den Staub getreten und sind heute mächtiger denn je. Wir sind die stärkste, in stetem Fortschreiten begriffene Macht, dem gegenüber alle Mächte der herrschenden Ordnung unfähig zum Widerstande sind. Also auch hierin hat Crispi von Bismarck nichts gelernt.

Wir hoffen aber, daß die italienische Sozialdemokratie dafür von der deutschen desto mehr gelernt hat. Wir sind überzeugt, daß sie den schweren gegen sie geführten Schlag vollkommen verwunden wird, daß sie an stelle des ihr zugedachten politischen Todes die Niederwerfung des elenden Crispi, den Sieg unserer Partei sehen wird. Der Held vom Banca-Romana-Prozess, der Krenegat des Befreiungskampfes Italiens, der Gigant auf der einen Seite, die um die Befreiung aus Noth, Elend, Bedrückung des ausgehungerten und ausgebeuteten italienischen Volkes kämpfende italienische Sozialdemokratie auf der anderen Seite! Wer steht da vor dem Bankrott, der würdige Vertreter der entarteten bürgerlichen Gesellschaft Italiens oder die Partei, welche die Sache des arbeitenden Volkes, welche einen alten gerecht werdenden Gesellschaftszustand an stelle des verrotteten Zustandes im heutigen Italien setzen will. Mag Crispi noch einige Monate oder Jahre weiter wirtschaften, er und sein System sind dem Untergange geweiht. Die Sozialdemokratie läßt sich aber heute nicht mehr erdrücken, in Frankreich ebenso wenig, wo sie die Kommunehölcher überlebt hat, wie in Deutschland, wo sie über das Sozialistengesetz triumphiert hat, oder wie in Oesterreich, wo sie die anarchistische Bewegung überwunden hat, und so wird sie auch in Italien trotz der rücksichtslosen Schläge, die gegen sie geführt werden, die Reaktion überdauern, überwinden, über dieselbe triumphieren. Den Sieg wird man der italienischen Partei ebensowenig entreißen, wie dies den Ausnahmegelehrten Künstlern von ebendem und von morgen in Deutschland gelingen wird. Nicht einmal verblüffen werden sich die italienischen Parteigenossen lassen durch den ebenso ungeheuerlichen, wie hinterlistigen, wie brutalen Anschlag Crispi's. Sie waren gewarnt und auf alles gefaßt!

Wenn auch der Befreiungskampf des italienischen Proletariats heute und morgen noch mehr Opfer kosten wird, als er früher gekostet hat, so ist das eben der Lauf der Geschichte, der sich nicht ändern läßt. Keinem Streben für eine große Sache kann der Sieg zu Theil werden ohne große Opfer. Die italienischen Arbeiter sind zu denselben bereit. Ihr Kampf wird ungeschwächt weitergehen, die Sympathie der Arbeiter der ganzen Welt begleitet unsere italienischen Brüder in den schweren Tagen, denen sie entgegengehen.

Wir sind sicher, mit ihnen ebenso den Sieg bald feiern zu können, wie ihn unsere Brüder am 1. Oktober 1890 mit uns feierten.

Parteitag

der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Frankfurt a. M., den 23. Oktober 1894.

Vormittags-Sitzung.

(Privat-Telegramm des „Vorwärts“).

Schwarz-Büchel eröffnet die Sitzung mit der Verlesung der eingelaufenen Begrüßungsschreiben und Telegramme. Genosse Dr. Victor Adler ist aus Wien eingetroffen und erhält das Wort zu einer Ansprache.

Dr. Victor Adler: Ich habe den Auftrag, Sie im Namen der österreichischen Arbeiterschaft zu begrüßen. Es ist

Bei unserer überreichten Retirade war er zurückgeblieben, doch hatten die Leute ihm bürgerliche Kleidung gegeben und später glückte es ihm heimlich zu entkommen. Er hatte gesehen, wie man die Gefangenen ohne Umstände erschoss. Wir waren am 17. April.

Da neue, gut bewaffnete und organisierte Bataillone eintrafen, so erhielt ich Befehl, mit dem Ueberrest meiner Leute nach Paris zurückzukehren. Ich ging in die Lagarethe der Avenue d'Orléans, um Sylvia wieder zu finden. Unser Wiedersehen inmitten all dieser Verwundeten, Sterbenden und Todten, die oft kaum von ihren Verwandten, welche gekommen waren, ihre Angehörigen aufzusuchen, wieder erkannt werden konnten, war ein überaus schmerzliches. Ich that mein Möglichstes, um die Namen, wenigstens einer Anzahl Todter, festzustellen und später, daß sie auf dem Kirchhofe Montmartre, den man mit Recht den Kirchhof der Märtyrer nennen kann, begraben wurden.

Die Schreier und Rechtshaber meines Bataillons forderten mit lauter Stimme eine Untersuchung, um den Ansehen zu haben, als wenn sie die Thätigsten und Muthigsten gewesen seien. Es wurde eine Kommission ernannt, welche ich zum Kriegsminister begleitete. Aber wie konnte Zeit gefunden werden, sich eigegeben mit dem Vergangenen zu beschäftigen, während man kaum die sich fast überstürzenden Ereignisse zu verfolgen vermochte!

Während der Zeit, daß wir wieder den inneren Dienst versahen, versuchten wir wieder uns zu organisieren. Wir waren gerade am Stabthause, als die Freimaurer die freilich recht gut gemeinte aber unfruchtbare Demonstration zu Gunsten des Friedens machten. Dann wurden wir in eine Kaserne gelegt und später während des Bombardements nach der Muerette geschickt. Ich schlug mich da mit Resignation, ohne Begeisterung, nur um eine Pflicht zu erfüllen, und ohne große Hoffnung auf Erfolg. Von der Brustwehr unserer Verteidigungs-Linie aus konnte man die Schützengraben der Versailles in Entfernung von nur einigen hundert Schritten übersehen.

Sylvia wollte mich nicht mehr verlassen und wir hatten uns in einem Landhause zu Passy einquartiert, wo sie sich der Pflege der Verwundeten, welche ihre Ueberführung in die Lagarethe erwarteten, widmete.

(Fortsetzung folgt.)

Ihnen nichts Neues, und Oesterreicher auf ihren Kongressen zu sehen, sowie Sie Vertreter auf unsere Vorlesung entlassen haben. Es ist eine Nothwendigkeit, daß wir zusammenkommen, und eine Nothwendigkeit, daß wir zusammenhalten, jetzt mehr denn je. Wir befinden uns in Oesterreich in diesem Augenblicke in einer der schwierigsten Lagen, in der sich eine junge sozialdemokratische Partei überhaupt befinden kann. Was sich in Deutschland nur unausgesprochen abspielt, die Vereinigung aller reaktionären Elemente gegen die Sozialdemokratie, das ist in Oesterreich offen und unbemäntelt geschehen. Jynich ist die heutige österreichische Regierung begründet worden auf der Vereinigung aller reaktionären Elemente mit dem offen ausgesprochenen Zweck, die Vorrechte der Besitzenden gegen die Ansprüche der Besitzlosen zu verteidigen. Die heutige österreichische Regierung mit ihrer Majorität im Parlamente hat uns Sozialdemokraten die Ehre erwiesen, daß sie die Befämpfung unserer Partei als eine ihrer ersten Aufgaben bezeichnet. Die österreichische Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren einen schweren Kampf um das Wahlrecht geführt. Sie wissen gar nicht, wie wohl es Ihnen in Deutschland ist. (Heiterkeit.) Sie haben eine Waffe, um die Angriffe zurückzuschlagen, die Sie treffen, Sie haben das Wahlrecht. Wir aber sind wehrlos; Sie haben diese Waffe nur zu gebrauchen, wir sollen sie uns erst erkämpfen. Aber es geht vorwärts bei uns und gerade in der letzten Zeit haben wir den Beweis geliefert, daß es allein die Sozialdemokratie ist, die diesen Polizei- und Poststaat vorwärts treibt. Die alte Verfassung galt bis vor einem Jahre als unangreifbar. Man hat gedacht, daß wir das allgemeine Wahlrecht verlangen, heute ist es anders geworden. Wie vor 1 1/2 Jahren niemand da war, der an das allgemeine Wahlrecht überhaupt gedacht hat, so ist jetzt in Oesterreich kein Mensch vorhanden, bis zum Minister, bis zum Monarchen hinauf, der nicht überzeugt ist, daß die alte Verfassung unheilbar geworden ist, daß Oesterreich nicht zur Ruhe kommen kann, bis die Arbeiterklasse das Wahlrecht erhalten hat. Recht wird uns aber deshalb die Sache doch nicht gemacht werden, man sucht die Reform hinauszuschieben, und in der vorigen Woche hat man uns zeigen wollen, daß die Regierung über die Säbel verfügt. Das war uns nichts Neues, neu war uns nur, daß es ein Ueberfall von rückwärts war, ein Ueberfall ohne jede Veranlassung, wie in Berlin im Januar, nur mit dem Unterschiede, daß man in Berlin Schläuche, in Wien Säbel hatte. Wenn die österreichische Regierung aber glauben sollte, daß die österreichischen Arbeiter vor dem Säbel zurückweichen werden, so irrt sie sich. Die Wahlrechts-Bewegung wird von uns mit äußerster Konsequenz durchgeführt werden, ob der Säbel auch hant, und die Hinte schießt. Sie muß durchgeführt werden, weil sie eine Lebensfrage für Oesterreich ist, weil sie die Frage ist, ob das österreichische Volk seine Bewegung vernünftig entwickeln kann, ob in Oesterreich die Möglichkeit für eine europäische Politik vorhanden ist. Nun, die Säbel, die die Regierung gegen uns schwingen ließ, haben sie selbst empfindlich in die Finger geschnitten. Schon in den nächsten Tagen war sie gezwungen, in der Wahlrechtsfrage einen Schritt weiter zu machen. Es wird in den nächsten Wochen vielleicht etwas ruhiger bei uns werden. Die Regierung will uns glauben machen, sie berathe über die Wahlreform, und wir werden ihr nicht den Vorwand geben, wir hätten sie in dieser Verathung gehört. Aber lassen sie sich dadurch nicht beirren, diese Ruhe wird aufgegeben, sobald wir sehen, daß die Regierung ihr Wort nicht erfüllt. Sie hat den Willen, uns am Narrenseil zu führen, aber wir werden uns nicht fähren lassen. Genossen! Ich ersuche Sie um Ihre Sympathie für unsere Bewegung! Wir brauchen die internationale Solidarität mehr als je, wir sind in schwieriger Lage. Ihren Verathungen wünschen wir den besten Erfolg. Wir wissen, daß sie auch für uns arbeiten und so schreibe ich mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie. Sie lebt hoch!

Die Versammlung erhebt sich von den Plätzen und stimmt begeistert dreimal in das Hoch ein.

Von einer Magdeburger Volksversammlung ist eine Resolution eingegangen, in der der Haltung der „Volksstimme“ in dem Streitfälle Vot ein Vertrauensvotum, Genossen Vot aber ein Tadel ausgesprochen wird.

Zur Geschäftsordnung beantragt Webel, die Resolution durch einfache Kenntnisaahme zu erledigen.

Singer: Da eine Reihe ähnlicher Resolutionen und Beschwerden eingegangen ist, schlägt Singer die Konstituierung einer Kommission vor, die das eingegangene Material prüfen, und über dasselbe dann berichten solle.

Schmidt-Magdeburg protestirt dagegen, die Angelegenheit Vot-„Volksstimme“ der Deffentlichkeit vorzunehmen.

Wodt wünscht, daß auch seine Angelegenheit öffentlich verhandelt werde, er ist öffentlich angegriffen worden, er müsse also auch Gelegenheit haben, sich öffentlich zu verteidigen.

In demselben Sinne spricht Vot-Gotha: Obwohl nach seiner Meinung die Bürgerliche Angelegenheit vor dem einzig zuständigen Forum, dem Schuhmacher-Kongress, erledigt worden ist.

Der Parteitag beschließt im Sinne des Singer'schen Antrages die Einsetzung einer Kommission von neun Mitgliedern.

Zur Tagesordnung ist eine Reihe von Resolutionen eingelaufen, die mit Punkt 3 „Bericht über die parlamentarische Thätigkeit“ verbunden werden.

Das Wort erhält Fischer: Er erklärt, daß er nur das wiederholen könnte, was bereits in dem gedruckten Berichte vorliegt, wenn er bereits jetzt auf die parlamentarische Thätigkeit eingehen wollte; ebenso halte er es für unrichtig, auf die eingelaufenen Anträge einzugehen, ehe sie begründet sind. Er verzichte deshalb für jetzt auf das Wort und behalte sich vor, die Stellung der Fraktion zu präzisieren.

Zur Diskussion stehen neben dem gedruckten Berichte alle unter der Rubrik „Parlamentarisches“ im „Vorwärts“ veröffentlichten Anträge (80—100).

Zimm schlägt vor, eine Reihe von Anträgen (70—76), die sich auf die Taktik beziehen, vor allem die auf die Thätigkeit der Landtags-Fractionen sich beziehenden, mit den Debatten über den Parlamentarismus zu verbinden, dagegen die sich auf die Verhältnisse der landwirthschaftlichen Arbeiter beziehenden Anträge (90b, 90, 91, 99, 100) mit den Verhandlungen über die Agrarfrage zu verknüpfen.

Wolmar erklärt sich damit im Wesentlichen einverstanden, weil die bayerische Angelegenheit erledigt werden müßte, so lange noch die Genossen sich sind und da außerdem der Haupt-Operateur Willenberger am Donnerstag zur Wahrnehmung eines Termins den Parteitag verlassen müßte.

Singer schlägt vor, die bayerische Angelegenheit zwar getrennt von den übrigen Anträgen, aber im Anschluß daran zu behandeln.

In diesem Sinne wird beschlossen; ebenso wird der Antrag Zimm angenommen. Nach dem Antrage Geel werden die auf das Verhalten der badischen Landtags-Fraktion bezüglichen Anträge (87, 88, 88a) der badischen Landesorganisation zur Vorberathung überwiesen, weil diese Angelegenheit noch nicht spruchreif ist.

Dagegen soll im Plenum behandelt werden der Antrag der Parteigenossen Aug. Dreesebach, H. Feig, Mez, Rapp und G. Pfeiffer aus Mannheim (88): Der Parteitag wolle beschließen: 1. Das Verhalten des Dr. Mühl bei der Ordensfrage im badischen Landtage entspricht den Prinzipien und der Gesinnung der sozialdemokratischen Partei nicht und spricht der Parteitag seine entschiedene Mißbilligung hierüber aus.

2. In gleicher Weise mißbilligt der Parteitag das Verhalten des „Offenbarger Volksfreund“, weil er durch seine einseitige, durch die gegnerische Presse beeinflusste Stellungnahme den Streit unter den bayerischen Genossen entfacht und eine persönliche Verbitterung in deren Reihen hineingetragen hat, die für die Agitation und weitere Verbreitung unserer Ideen entschieden schädigend wirken muß.

Zur Begründung des Antrages der Parteigenossen in Friedberg i. S. (80):

a) Der Parteitag wolle die Reichstags-Fraktion beauftragen, einen Gesetzentwurf dahingehend einzubringen, daß die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht mehr den Verluft der staatsbürgerlichen Ehrenrechte zur Folge habe;

b) Angesichts der empfindlichen Verluste, welche die bäuerliche Bevölkerung bei schlechter Witterung infolge des Mangels an ausreichenden Räumen zur gleichzeitigen Bergung der Getreide-Ernte oftmals erleidet, ist durch die geschwebenden Körperschaften darauf hinzuwirken, daß aus öffentlichen Mitteln für jede Gemeinde ausreichende Schuppen errichtet werden, in denen das Getreide rasch geborgen und zugleich gedroschen werden kann.

nimmt Prinz-Frankfurt das Wort: Der Antrag a spricht so sehr für sich selbst, daß jede Begründung überflüssig erscheint.

Der Antrag der Parteigenossen im Berliner 1., 2., 3., 4. Wahlkreis (81):

Der Parteitag fordert die Reichstags-Fraktion auf, dem Reichstage eine Interpellation oder einen Initiativantrag zu unterbreiten, welcher die reichsgesetzliche Regelung des Fabrikinspektors zum Gegenstande hat. Die Fassung der Interpellation oder des Initiativantrages bleibt der Fraktion überlassen, ebenso wie die Fraktion selbst darüber entscheiden soll, ob damit gleichzeitig eine Erweiterung des Fabrikinspektors, sowie die Anstellung weiblicher Gewerbe-Aussichtsbeamten zu fordern ist.

wird von Zimm-Berlin begründet: Die Sozialstatistik liegt so sehr im Argen, daß hier ein kleiner Anstoß noth thut. Auch mit der Vernachlässigung der Frau, diesem alten Jopf, muß aufgeräumt werden.

Der Antrag der Parteigenossen des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises (82):

Der Parteitag möge die Reichstags-Fraktion beauftragen, im Reichstage den Antrag zu stellen, die Gerichtsbarkeit der Gewerbegerichte auf die Handlungsgehilfen und -Beisitzer auszudehnen.

wird von Mattat-Berlin begründet.

Hop begründet den Antrag der Parteigenossen in Werbau (82): Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, den früheren sozialdemokratischen Arbeiterschutzes-Gesetzentwurf, der Neuzeit entsprechend abgeändert, wieder im Reichstage einzubringen.

Eine Fortmeldung liegt nicht vor zu den Anträgen der Parteigenossen in Gießen (84, 85):

Die Fraktion wird beauftragt, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, betreffend einheitliche Gestaltung der gesammten Arbeiterversicherung auf Grundlage der organisierten Orts-Krankenkassen.

und der Parteigenossen in Guben:

Der Parteitag wolle beschließen, die Reichstags-Fraktion wird beauftragt, auch in diesem Winter die Regierung zu interpellieren, was sie der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit gegenüber zu thun gedenkt.

Mattat spricht zum Antrag der Genossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (86):

Der Parteitag möge die Reichstagsfraktion beauftragen, im Reichstage eine alle Arbeiter Deutschlands umfassende Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu beantragen.

Ein spricht zu dem Antrage der Parteigenossen in Ottenfen (87):

Der Parteitag wolle die Fraktion beauftragen, dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Reichsregierung verpflichtet werden soll, periodische Ausnahmen über Löhne, Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit zu veranlassen.

Bonik begründet den Antrag der Parteigenossen des 17. sächsischen Wahlkreises (88):

Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion im Reichstage zu beauftragen, in der nächsten event. nächstfolgenden Session des Reichstages immer auf Verbesserung des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes antragen, insbesondere auf Herabsetzung der Altersgrenze.

Zum Antrag der Parteigenossen in Duisburg (89): Die Reichstagsfraktion zu beauftragen, einen Gesetzentwurf für Arbeitslosen-Versicherung und Statistik auszuarbeiten und denselben baldmöglichst der Reichsregierung vorzulegen, meldet sich niemand.

Stadthagen begründet den Antrag der Parteigenossen in Nieder-Barnim:

Der Parteitag wolle beschließen, der Reichstags-Fraktion aufzugeben, einen Antrag auf Abänderung des § 7 des Reichstags-Wahlgesetzes im Reichstage einzubringen, dahingehend, daß Reichstags-Wählern, wie Schiffern, Schmittern, Hühnern, Hausirern, Handelsleuten, Ziegelei-Arbeitern, Bauarbeitern u. s. w., die durch Erwerbsverhältnisse verhindert sind, ihr Wahlrecht an ihren Wohnorten auszuüben, gestattet ist, an demjenigen Orte zu wählen, an welchem sie sich zur Zeit der Wahl befinden resp. in Arbeit stehen. — Den Vertretern der sozialdemokratischen Partei wird im Interesse der Landagitation empfohlen, auf dem Parteitag dafür zu stimmen, daß die Fraktion ersucht werde, bei geeigneter Gelegenheit im Reichstage Gesetzesvor schläge etwa folgenden Inhalts einzubringen:

1. Gesetz, betreffend die Aufhebung der Ausnahme-Gesetze gegen ländliche Arbeiter und gegen das Gesinde. § 1. Sämtliche landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über das Rechtsverhältnis ländlicher Arbeiter, der Schiffer und des Gesindes zu ihren Arbeitgebern werden aufgehoben. Insbesondere werden hiermit die sogenannten Gesinde-Ordnungen, sowie die Gesetze und Verordnungen, welche Strafbestimmungen wegen Ungehorsam und Widerspenstigkeit der ländlichen Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes betreffen, oder das Reaktionsrecht ländlicher Arbeiter, der Schiffer oder des Gesindes beschränken, oder die Zuführung oder Zurückführung des Arbeiters zum Arbeitgeber gestatten, aufgehoben. § 2. Die Verträge zwischen ländlichen Arbeitern, Schiffern oder dem Gesinde und ihren Arbeitgebern sind Gegenstand freier Vereinbarung und unterliegen lediglich den allgemeinen Vorschriften über Dienstverträge (Verträge über Handlungen, Lohnverträge, Arbeitsverträge). § 3. Streitigkeiten zwischen den vorgenannten Arbeiterkategorien und deren Arbeitgebern sind durch aus öffentlichen Wahlen hervorgegangene Gerichte unenigentlich zu entscheiden. Die Gerichte haben zu zwei Dritteln aus Arbeitern und zu einem Drittel aus Arbeitgebern zu bestehen. § 4. Dieselben Gerichte treffen zu Beginn des Jahres erstinstanzliche Bestimmungen über die höchste Länge der täglichen Arbeitszeit und über die Sonntagsruhe der vorgeordneten Arbeiterkategorien.

2. Beamte und Mitglieder der bewaffneten Macht, welche Verwaltungsorganen unterstellt sind, sind für ihre Handlungen und Unterlassungen strafrechtlich und zivilrechtlich ohne Rücksicht darauf, ob ihnen ein Verstoß gegen die Last fällt, verantwortlich. Anträge auf Bestrafung von Beamten und Mitgliedern der bewaffneten Macht u. oder Verurtheilung zu Schadenersatzleistung können von Jedem gestellt werden, der sich geschädigt fühlt. Ueber diese Anträge haben Laiengerichte, die aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammenzusetzen sind, zu entscheiden.

3. In die Gewerbe-Ordnung ist eine Bestimmung aufzunehmen, durch welche außer Zweifel gesetzt wird, daß weder der Bundes-Gesetzgebung, noch irgend einem Beamten das Recht zusteht, das Schanzgewerbe durch Verbote zu beschränken, zu einer bestimmten Zeit auszusperren oder öffentliche Lustbarkeiten zu bilden.

Stadthagen bemerkt zu Punkt 91, 2 und 3: Die Annahme der Anträge würde nicht vor allem bei der Landtags-Agitation nützen, weil die Landbevölkerung außerordentlich unter der Unverantwortlichkeit der Beamten zu leiden habe.

Reumann begründet den Antrag der Parteigenossen in Essen und Elberfeld:

Der Parteitag der sozialdemokratischen Partei möge beschließen, die Reichstagsfraktion zu beauftragen, den zweiten Teil unseres Programms in Form von geeigneten Gesetzentwürfen im Reichstage einzubringen.

Söring spricht für den Antrag der Parteigenossen in Bremen und Kaiserlautern:

Der Parteitag wolle beschließen: Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, sofort nach Zusammenritt des Reichstages einen Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen der Artikel 4, Punkt 16 der Reichsverfassung, nach Maßgabe des Punkt 4 des Parteiprogramms zur Durchführung gelangt.

Den Antrag der Parteigenossen in Berlin I:

Der Parteitag wolle beschließen, die Fraktion aufzufordern, in der nächsten Session im Reichstage die ungerechten Zustände in der Auslegung der Gesetze in den einzelnen Bundesstaaten gegen unsere Parteigenossen zur Sprache zu bringen.

begründet Rehner: Der Zweck des Antrages sei, vor den gesetzgeberischen Faktoren gewisse Auslegungslinien an den Pranger zu stellen.

Der Antrag (95) der Parteigenossen des Saarreviers:

Der Parteitag spricht der Reichstagsfraktion sein Befremden darüber aus, daß der auf dem Erfurter Parteitag angenommene Antrag, behufs Abschaffung des in Elsaß-Lothringen existierenden Diktatur-Paragraphe, sowie der Vereins-, Preis- und Versammlungsgesetze mit so wenig Nachdruck befolgt wurde, und beschließt, daß die Fraktion die Abschaffung der genannten Gesetze mit aller Energie betreiben soll, mindestens soll die völlige Einführung der Gewerbeordnung, des Reichs-Pressgesetzes und Abschaffung des Diktatur-Paragraphe durchzusetzen versucht werden.

Der Parteitag wolle beschließen: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, nach dem Wiederzusammenritt des Deutschen Reichstages die Reichsregierung zu interpellieren, ob sie mit dem Vorhaben der Behörden im Saarrevier gegen die auf Grund des Genossenschaftsgesetzes errichteten sogenannten „Bergmanns- oder Arbeiter-Kasinos“ einverstanden ist.

wird von C. m. e. l. Saarbrücken begründet. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß andere Fraktionen nicht mit ihren Anträgen denen unserer Fraktion zuvorkommen und so ihre Besprechung verhindern. Die Interpellation über das Vorhaben der Behörden im Saarrevier gegen die Bergmanns- oder Arbeiter-Kasinos, deren Drangsalierung und Vernichtung der Redner schildert, soll Einspruch dagegen erheben, daß durch Polizeiverordnungen Reichsgesetze illusorisch gemacht werden.

Mittag-Halle beantragt: „Der Parteitag beschließt, die sozialdemokratische Fraktion möge im Laufe der nächsten Reichstags-Session einen Antrag auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages stellen und begründen ihn. Es gehe nicht an, als Zeitpunkt für die Einführung des Arbeitstages von acht Stunden das Jahr 1908 festzusetzen, wie es die Fraktion in ihrem Entwurf eines Arbeiterschutz-Gesetzes thut. Das stehe im Widerspruch zu den am 1. Mai erhobenen Forderungen. Die sozialdemokratische Fraktion in der Berliner Stadtverordnetenversammlung habe den Achtstundentag für die städtischen Betriebe beantragt, da könne auch im Parlament vorgegangen werden.“

Die Parteigenossen von Hamburg 3, District-Bornbeck, beantragen durch Frau Meyer, die Fraktion aufzufordern, im Reichstage die Aufhebung des Impfwanges zu fordern.

Ottfeld-Hamburg giebt kurz die Begründung.

Die Genossen des 1. und des 3. Hamburger Wahlkreises beantragen in zwei sich bedenkenden Anträgen, in Erwägung des Umstandes, daß die bestehenden Gesetze nicht ausreichen, um den Arbeitern, die bei nicht zahlungsfähigen Unternehmern arbeiten, in allen Fällen ihren Lohn zu sichern, möge der Parteitag die Fraktion beauftragen, dem Reichstage in der nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch der Lohn der Arbeiter sichergestellt wird.

Bömmelburg begründet diesen Antrag mit dem Nachweise, daß in zahlreichen Fällen selbst günstige Erkenntnisse des Gewerbegerichts den Arbeitern nicht zu ihrem Lohnes verhalten. Die Anträge werden dazu führen, wenigstens bis zu einem gewissen Grade der schwindelhaften Ausbeutung der Arbeiter durch gewissenlose Unternehmer, Bauunternehmer und andere vorzubeugen.

Von Genossen in Frankenhäusen ist der Antrag eingegangen, die Reichstagsfraktion zu veranlassen, im Reichstage eine Enquete über den Umfang der Arbeitslosigkeit anzuregen. Der Antrag wird gleichfalls zur Diskussion gestellt.

Zu der Generaldiskussion erhält das Wort

Fischer-Berlin: Die meisten Anträge gehen von einer falschen Voraussetzung über die tatsächliche Stellung der Reichstagsfraktion aus. Man hat eine ganze Reihe von Wünschen in die Form von Anträgen gekleidet, ohne dabei zu berücksichtigen, was die Fraktion überhaupt kann. Einmal ist die Stellung der Fraktion im Reichstage sehr beschränkt und dann kann es gar nicht ihre Aufgabe sein, die verschiedenen Forderungen in die juristische Form von Gesetzen zu kleiden, andererseits muß man doch berücksichtigen, daß die meisten Gesetzentwürfe gar keine Aussicht, hätten zur zweiten und dritten Lesung oder gar zur Annahme zu gelangen. Allmählich hat sich eine vollständige Ueberschätzung dessen herausgebildet, was wir überhaupt auf gesetzlichem Wege erreichen können, da muß ein kleiner Dämpfer aufgesetzt werden. Wenn wir Arbeitslosenversicherung und anderes in Gesetzesform verlangen, so fordern wir die Befähigung dessen, was die Existenzbedingung der bürgerlichen Gesellschaft ausmacht. Glauben Sie denn, daß die Bourgeoisie ihre eigene Existenz selbst untergeben werde? Warum fordert man denn nicht gleich die Verwirklichung des ganzen Programms? Das Schwerkgericht unserer parlamentarischen Thätigkeit liegt nicht darin, mit Gesetzentwürfen an die Regierung heranzutreten, sondern in der agitatorischen Seite. Wir müssen der Bourgeoisie zeigen, was sie alles nicht zu leisten vermag, warum sie es nicht kann, daß sie unfähig ist die inneren Widersprüche zu lösen, an denen sie zu Grunde gehen wird. Eine ganze Reihe der gestellten Anträge muß deshalb rundweg abgelehnt werden. Andere Anträge wären nicht gestellt worden, wenn mehr berücksichtigt, was wir tatsächlich geleistet haben. Wieder andere Antragsteller haben Forderungen gestellt, die aus der Kompetenz des Reichstages herausfallen und vor die Landesgesetzgebung gehören, so unter anderem beispielsweise der Antrag aus dem Saarrevier bezüglich des Arbeiter-Kasinos. Das schließt natürlich nicht aus, daß wir auch im Reichstage an geeigneter Stelle auf solche Dinge eingehen und man kann uns gewiß keinen Vorwurf daraus machen, daß dies nicht in ausreichendem Maße geschehen sei. Eine Reihe von Anträgen können sodann nur in der Form angenommen werden, daß sie der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden, so alle Forderungen bezüglich des Arbeiterschutzes. Die Fraktion hat ohnedies in ihrer letzten Sitzung beschlossen, den Arbeiterschutzgesetzentwurf unter zweckentsprechenden Änderungen im Reichstage wieder einzubringen. Bei den Anträgen (80) aus Friedberg i. H. und (90) dem letzten der Genossen aus dem I. Berliner Reichstags-Wahlkreis vergessen die Antragsteller ganz die tatsächliche Lage der Verhältnisse. Wir sind uns ganz klar darüber, daß Armenunterstützung niemanden des Wahlrechtes berauben dürfe. Würden wir aber eine solche Forderung durchdrücken, so würden wir nur den Gegnern eine Freude bereiten. Für Ortsarme ist gerade so wie für Soldaten und Gefangene die Abhängigkeit von den Behörden so groß, daß die freie Wahl gefährlich werden würde. Was die „richtige Auslegung der Gesetze“ anbetrifft, so handelt es sich bei der ganzen Frage darum, wer überhaupt die Macht hat Gesetze auszuliegen. Die besten Gesetze werden in für uns ungünstiger Weise ausgelegt, wenn die bestehende Klasse die Macht dazu hat. Ueberdies untersteht die Auslegung der Gesetze zum größten Teil den Landtagen. Wo sich aber Gelegenheit bietet, gehen wir ohnedies auf die offen-

baren Rechtsbeugungen ein. Ich erinnere nur an die Besprechung der Rechtspraktiken in Sachen. Einzelne Forderungen, so wie die Forderung der Hamburger, haben bereits durch die Konstantinordnung ihre Erledigung gefunden, ich wüßte nicht in welcher Weise wir die Forderungen anders formulieren sollten. Die Anträge 81, 82, 83, den Antrag Mittag und den Antrag 87 können nur der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen werden, zum Teil ist das ja bereits geschehen. Die Anträge 80a, 94, 96 und 92a bitte ich rundweg abzulehnen.

Die Diskussion wird eröffnet.
R u m m tritt für die Anträge 82 und 86 ein und hebt ihre agitatorische Wirkung hervor, auch den Antrag 94 empfiehlt der Redner: So lange wir nicht alle politischen Vergehen vor den Disziplinargerichtshof zu Potsdam bringen können (Heiterkeit), müssen wir dem Volke bei jeder Gelegenheit zeigen: so behandelt man uns und so behandelt man jene.

N e u m a n n - Eberfeld vertritt den Antrag 92: Wir müssen den Gegner nicht nur angreifen sondern zur Offensive schreiten.

C. m. e. l. Saarbrücken: Wenn wir dem Rathe Fischer folgen würden, so bräuchten wir überhaupt keine Anträge hier zu stellen, sondern müssen die Fraktion einfach handeln lassen, wie sie will. (Sehr richtig!) Dazu sind wir aber nicht da. Wir müssen der Fraktion hier die Direktiven geben. Fischer befindet sich im Irrthum, wenn er glaubt, daß die Berggesetz-Anlage zum Einschreiten gegen die Kasinos gegeben haben; es geschah auf Grund der Landesgesetze. Reichsgesetz geht über Landesgesetz. Der Boden für eine Interpellation im Reichstage ist gegeben und unser Antrag demnach nicht überflüssig.

J o s e m - Danzig: Der Parlamentarismus hätte gar keinen Sinn, wenn wir so gleichgültig, wie Fischer es will, über die Anträge, die hier gestellt werden, hinweggehen würden. In West- und Ostpreußen liegen die Verhältnisse so, daß das Parteinleben außerordentlich leidet durch die Anwendung des Landesgesetzes gegen uns unter Verletzung des Reichsgesetzes. Das kann und muß im Reichstage besprochen werden.

H o f m a n n - Saalfeld vertheidigt den Antrag der Genossen von Frankenhäusen am Stübchen auf Veranstaltung einer Reichsenquete über die vorhandene Arbeitslosigkeit, der von besonderer Wichtigkeit für die Thüringer Proletarier sei. Auf Thüringens Bergen wohnt nicht die Freiheit sondern der Hunger.

J a e c h - Mülhausen schildert die Mangelregelung und Vernichtung des elsaß-lothringischen Parteiblattes durch das ungesetzliche Vorgehen der Regierung. Als die Fraktion telegraphisch von den Genossen aufgefordert wurde, die Dinge sofort im Reichstage zur Sprache zu bringen, erwiderte sie, wir sollten zunächst Beschwerde erheben. Wir thaten es und haben heute noch keinen Bescheid. Möge die Fraktion künftig engere Fühlung mit dem elsaß-lothringischen Landesauschuß nehmen. Ihr Vorgehen war zwar korrekt aber das Instrukte wäre wirksamer gewesen.

Die Parteigenossen von Bilingen beantragen: Die Fraktion soll die Regierung darüber interpellieren, ob nicht eine Statistik herauszugeben sei, worin die Ausgaben und Einnahmen bei der Unfallversicherung und der Alters- und Invalidenversicherung klar und übersichtlich besonders in bezug auf die Verwaltungskosten zusammenge stellt sind.

W e h n e r - Berlin vertritt die Berliner Anträge: Es geht nicht an, die Anträge, so wie Fischer es will, kurzer Hand bei Seite zu schieben. Sie enthalten wichtige Materialien, die im Reichstage besprochen werden müssen, und deren Besprechung agitatorisch wirkt.

R u b e - Essen: Es ist eine rein praktische Frage, die uns bewegt, unseren Antrag einzubringen, schon um des Umstandes willen, daß wir nicht von den Ultramontanen überflügelt werden. Die Rothstands-Debatten haben im Rheinland die Geister gewaltig aufgeregert; wenn Gesetze auch abgelehnt werden, so wirken die Ablehnungen doch immer als Demonstration, ebenso wirkt die Maidemonstration. Im Interesse der Agitation, besonders in Rheinland-Westfalen, nehmen Sie die Anträge an.

B ö m m e l b u r g - Hamburg regt an, daß die Reichstagsfraktion den Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Landtags-Wahlrechtes rechtzeitig einbringen möchte. Im übrigen möge man dort über die verschiedenen Anträge nicht so leicht hinweggehen, wie es Fischer gethan habe. Im weiteren tritt Rehner für die Hamburger Anträge auf Sicherung des Arbeitslohnes ein.

O t t f e l d - Hamburg schließt sich diesen Ausführungen an. Das sogenannte Bauhewenthum, das den Arbeiter um seinen Lohn betrüge, muß durch Gesetz bekämpft werden. Rehner tritt ferner für Aufhebung des Impfwanges ein.

P r i l l e - Wöttingen: Die Fraktion muß verpflichtet werden, die eingebrachten Anträge in Form von Gesetzentwürfen dem Reichstage vorzulegen.

M i t t a g - Halle spricht nochmals zu seinem Antrage: Zwei Jahre lang „erwägt“ die Fraktion schon, und ist über die Erwägungen nicht hinausgekommen; es wird Zeit, daß sie mit den Erwägungen fertig wird. Es sieht etwas bourgeoismäßig aus, wenn wir der Fraktion immer Anträge zur Erwägung übergeben, wir machen es dann so wie der Reichstag, der, um die Wähler zu beruhigen, dem Bundesrath manche Anträge zur Erwägung übergiebt, die damit begraben sind.

K l e m e n t - Kaiserlautern: Die Anträge 93 und 96 zwingen geradezu dazu, das Vereinsrecht von Reichswegen zu regeln. Artikel 4 der Reichsverfassung giebt die Handhabe dazu, und es würde dadurch möglich, den zahlreichen Ueberschreitungen der Landespolizei vorzubeugen. Der Ueberschreitungen entsprechend dem Antrage 96 ist für den Schutz der Arbeiter unumgänglich notwendig.

R i e s e l - Berlin VI: Fischer hat ganz recht, wenn er einzelne Anträge als undurchführbar bezeichnet; das gilt z. B. von dem Antrage bezüglich der Arbeitslosen-Versicherung.

K a u s n i c h : Die Anträge haben einen großen Werth dadurch, daß die Indifferenten sehen, wie wenig geneigt die Besitzenden sind, unsere berechtigten Forderungen zu erfüllen, ja daß sie nicht einmal dazu im Stande sind, sie zu erfüllen. Bezüglich der Arbeitslosenstatistik können wir von der Reichsregierung doch dasselbe verlangen, was sie bezüglich der Tabak-Enquete geleistet hat. Was die Arbeitslosen-Versicherung anbetrifft, so würden wir mit einer solchen Forderung die Regierung und die Bourgeoisie dazu zwingen, ihre Dankerklärungen anzusprechen. Von den Anträgen des Vereinsgesetzes nimmt man aus tatsächlichen Gründen wohl besser Abstand. Für einzelne Landestheile käme vielleicht sogar noch eine Verschlechterung heraus.

D r. Q u a r t - Frankfurt a. M.: Ich finde, daß bei einem Theil der Anträge, die in gewerbepolitischer Hinsicht vorliegen, die Behandlung, die Fischer vorschlägt, nicht zutrifft. Es ist besser, sie zu prüfen; zu ergänzen; so ist der Antrag der Otfenher Parteigenossen auf Erhebung über die Dauer der Arbeitszeit von Reichswegen sehr gut, es muß nur hinzugefügt werden, daß eine Reichskommission für Arbeiterstatistik schon besteht, und daß deren Befugnisse zu erweitern sind. Der Hamburger Antrag auf Lohnschutz muß ergänzt werden, der Hinweis auf die Reichs-Lohnschutzordnung genügt nicht, es muß erinnert werden an die Submissionsbedingungen, an die Vergebung der großen Staatsarbeiten, bei denen den Unternehmern vom Reichstag bestimmte Bedingungen zu Gunsten der Arbeiter auferlegt werden können. Der Antrag 82 wünscht die Ausdehnung des Gewerbegerichtsverfahrens auf die Handlungsgehilfen. Die Organisation der Handlungsgehilfen ist noch so mangelhaft, ihr Dünkel häufig noch so groß, daß sie sich thätigst im Zustand der Rechtslosigkeit den Prinzipalen gegenüber befinden. Sie dürfen aber nicht mechanisch den jetzigen Gewerbegerichten unterstellt werden, sondern besondere Kammer erhalten. Der Antrag 81 verlangt die Schaffung einer Zentralkasse des Reiches für Fabrikinspektion. Diese Anlegung kann nicht schaden, obwohl sie ein frommer Wunsch bleiben wird; sie kann unterstützt werden durch den Hinweis auf die Suppentassen-Zentralkasse, die das Reich eingerichtet

hat. Es muß darauf hingewiesen werden, daß das Recht der Fabrikinspektoren, polizeiliche Befugnisse auszuüben, durch einzelstaatliche Verordnungen eskamottirt und das Reichsgesetz dadurch in skandalöser Weise verlegt wird. Die Genossen in den einzelnen Bundesstaaten müssen schärfere Kritik an den Berichten der Fabrikinspektoren üben. Es muß sofort gesagt werden können, daß und das ist falsch. Die noch sehr lüdenhafte Einrichtung von Beschwerdekommisionen seitens der Gewerkschaften muß erweitert werden. In bezug auf die Fabrikinspektion giebt es genug Kuriosa. Als ich mich wegen des Berichtes über das Großherzogthum Weimar, den ich vergeblich gesucht hatte, an den Fabrikinspektor wandte, erwiderte mir der Beamte, ich sollte mir nur nicht erst solche Mühe geben, ihn zu erhalten, es stände doch nichts darin. (Große Heiterkeit.)

R o b e l - Kottbus: Es ist falsch, die Anträge kurzerhand in den Papierkorb zu werfen, die Anträge müssen von unten herauf kommen, wenn sie dem proletarischen Bewußtsein entsprechen sollen. Der Parteitag muß sie dann in die geeignete Form bringen. Bezüglich der Arbeitslosen haben wir doch in erster Linie die Aufgabe, die Frage der Unterstützung zu prüfen. Die Einführung des Achtstundentages ist ein Mittel dazu. Das Alters- und Invaliditätsgesetz muß weiter ausgebaut werden: man weise die Anträge nicht kurzerhand ab.

S c h m a l f e l d - Bremerhaven: Einzelne Anträge sind ganz unannehmbar, aber andere verdienen die volle Beachtung, so die Schaffung von Gewerbegerichtskammern für Handlungsgehilfen. Auch in propagandistischer Hinsicht dürfte das Einbringen eines solchen Gesetzes von Vortheil sein. Punkt 86 bitte ich rundweg abzulehnen; einmal ist die Arbeitslosen-Unterstützung undurchführbar, und verlangen wir sie vom heutigen Staate, so thun wir ihm viel zu viel Ehre an, indem wir damit aussprechen würden, daß der Staat etwas leisten kann, wozu er absolut nicht im Stande ist. Was er leistete, das wäre höchstens ein neues Mittel, um die Abhängigkeit durch die Gewährung von Betteleinsparnissen zu erhöhen. Arbeitslosen-Statistik ist die Aufgabe der Gewerkschaften. Die übrigen Anträge eignen sich dazu, dem Parteivorstande zur Erwägung überwiesen zu werden; wir vergeben uns dadurch nichts. Bezüglich des Impfwanges erinnere ich daran, daß das erste Altonaer Reichstags-Mandat der Stellung zum Impfwange zu danken ist. Wir sind gegen jedes Zwangsgesetz, deshalb auch gegen den Impfwang.

Dem Parteitage wird Mittheilung von einer Anzahl von Resolutionen und Anträgen gemacht.

Ein Gesuch aus Blankenburg wird dem Parteivorstande zur Berücksichtigung überwiesen.

Gemahregelte Genossen von Malaga wenden sich an die deutschen Arbeiter um Unterstützung im Kampfe gegen die Ausbeutung.

Telegramme sind eingegangen aus Braunschweig, Baden und Rumänien.

Schluß der Vormittags-Sitzung.

Nachmittags-Sitzung.

Nach Erledigung geschäftlicher Mittheilung erhält in der Tagesordnung das Wort:

H ä l l e - Erfurt: Das gleiche Vereinsgesetz für Deutschland würde Deutschland zu einem Zuchtthau machen, wir wollen nach unserem Programm Abschaffung der Vereinsgesetze. Einen Sinn hätte nur die Garantieleistung der Vereins- und Verammlungs-freiheit in die deutsche Verfassung. Bezüglich des Impfwanges bedeutet die Aufhebung des Zwanges gleichzeitig die Aufhebung des ganzen Gesetzes. Man darf die Fraktion nicht unendlich überlasten. Ueberdies kommt noch hinzu, daß in dieser Frage, die mit der Partei prinzipiell nichts zu thun hat, sehr leicht die Stellung zum Impfwange zum Prüfstein der politischen Gesinnung werden kann, und das muß man verhindern. Außerdem sind die Fraktionsmitglieder nicht dazu berufen, in wissenschaftlichen Fragen ein Gutachten abzugeben. Schließlich müßten wir auch Stellung zur Diphtherie-Blutserum-Therapie nehmen. Nach Schmalfeld's Autorität ist im gegnerischen Sinne, so sind wir, die Sozialdemokratie, nicht bloß blamirt, sondern verlieren einen ganz bedeutenden Anhang, falls die Behandlung mit dem Diphtherie-Heißserum sich bewährt. In dieser Stellung muß man auch kommen als Impfgegner, wie ich einer bin.

G r e n z - Chemnitz: Die Anträge enthalten im Allgemeinen nichts Neues, sie sind nicht einmal werth, der Fraktion überwiesen zu werden. Außerdem aber hat die Fraktion im Allgemeinen bereits häufig genug in dem angeregten Sinne Stellung genommen. Dazu kommt noch, daß sich ganz augenfällig Wandlungen vollziehen, angesichts deren die Forderungen recht kleinlich erscheinen.

W ä s s i n g e r - Laß: Wenn wir der Bourgeoisie nicht immer wieder mit unseren prinzipiellen Forderungen kommen wollen, so müssen wir überhaupt auf unsere parlamentarische Thätigkeit verzichten. Die Arbeitsstatistik liegt in erster Linie den Gewerkschaften ob. Wegen die Zustände in Elsaß-Lothringen hat unsere Fraktion mit voller Entschiedenheit und mit einem Gesetzesantrag vorgehen.

B r u c k n e r - Reh ersucht, den Antrag 96 abzulehnen, da die Annahme dieses Antrages das Vertrauen zur Fraktion in Elsaß-Lothringen untergraben würde.

S t a d t h a g e n - Berlin: Es ist ein Uebling, eine umfassende Versicherung gegen Arbeitslosigkeit vom heutigen Staat zu fordern, ebenso wenig geht es an, die Fraktion schlankweg aufzufordern, den zweiten Theil des Programms in Gesetzentwürfen umzusetzen. Mögen die Antragsteller so freundlich sein, die Entwürfe auszuarbeiten! Mit dem Impfwang-Antrag bin ich nicht einverstanden, weil Impfen oder Nichtimpfen mit der Sozialdemokratie nichts zu thun hat. Es kann jemand ein vorzüglicher Impfgegner und ein sehr schlechter Sozialdemokrat sein. (Heiterkeit.) Mit Ausnahme der Anträge 92 und 95 zu 1, bitte ich alle Anträge anzunehmen.

S c h l e i c h e r - Reh: Wir sind Lothringer und brauchen das Saarrevier nicht, aus dem der Antrag 95 stammt, um unsere Vertheidigung zu übernehmen, in der Politik soll jeder in seiner Rolle bleiben. Der Antrag 95 ist schon aus diesem Grunde anzunehmen. In Lothringen giebt es noch Abür- und Steuererhöhung und andere besondere Steuern, die die Arbeiterklasse belasten. Der Diktaturparagraf gewährt der Regierung von Elsaß-Lothringen die Möglichkeit, die Arbeiterbewegung zu föhren und ihre Entfaltung zu verhindern. Wir ersuchen daher die Fraktion, sich mehr unseres Landes anzunehmen und die Aufhebung des Diktaturparagrafen zu beantragen.

Ein Schlussantrag, den S c h m i d t - München begründet und W u r m bekämpft, weil Fischer nicht den Standpunkt aller Mitglieder der Fraktion vertreten habe, wird abgelehnt.

Eingegangen sind 2 Anträge von Quarl und Genossen 1. anstelle des Antrages 81: Der Parteitag fordert zur lebhaften Agitation für Verbesserung der Gewerbe-Inspektion auf und ersucht zu diesem Zwecke a) die Fraktion eine reichsgesetzliche Regelung oder wenigstens eine Zentralkasse für Gewerbe-Inspektion, deren Erweiterung auf Hausindustrie und Handwerk, sowie Anstellung weiblicher Gewerbe-Inspektoren zu beantragen; b) die Abgeordneten in den Parlamenten der einzelnen Bundesstaaten sollen für Vermehrung der Gewerbe-Inspektoren, Trennung der Kesselfraktion von der Gewerbe-Zusticht, für Aufhebung der bundesstaatlichen Verordnungen, welche den Inspektoren die Polizeibefugnisse nimmt, Herausgabe billiger Ausgaben der Jahresberichte und Kritik derselben, Bildung von Beschwerdekommisionen zum Verkehr mit den Gewerbe-Inspektoren wirken. 2. Als Zusatz zu Antrag 82: Die Gewerbegerichte sollen durch Kammer für kaufmännische Streitigkeiten ergänzt werden, die aus Handelsprinzipalen und Handlungsgehilfen bestehen.

Ferner ist ein Antrag H o c h und Genossen eingegangen, durch welchen die Reichstags-Fraktion aufgefordert wird, das Vorgehen des Amtsgerichts Langenselbold, durch welches Wätern, die sich

weigerten, ihre minderjährigen Söhne zum Austritt aus sozialdemokratischen Vereinen zu zwingen, das Erziehungsrecht entzogen worden ist, im Reichstage zur Sprache zu bringen, und alles zu thun, um in Zukunft ähnliche Maßregelungen unmöglich zu machen.

Georgi-Berlin: Wenn die Taktik, die Fischer wünscht, von uns eingeschlagen würde, könnten wir den zweiten Teil unseres Programms gleich streichen. Damit würden wir aber ein vortreffliches Mittel verlieren, die indifferente Masse zu uns herüberzuziehen. Der Antrag Quark verdient kräftige Unterstützung; nur eine Reichstagsfraktion vermag genaue Resultate zu liefern. Der Antrag 87 ist deshalb anzunehmen.

Sindermann-Dresden tritt für den Antrag 94 ein. Seine Forderung wünscht die Annahme des Antrages 81: Unser Fabrikinspektor ist ein alter Oberbeamter, der hat in acht Jahren einen Betrieb revidiert. (Große Heiterkeit.) Als der eine Sozialdemokrat, der im meiningischen Landtag sitzt, die Angelegenheit dort zur Sprache brachte, erklärten selbst die freisinnigen Fabrikbesitzer, einen Fabrikinspektor hätten sie noch nicht zu Gesicht bekommen. Die meiningische Regierung aber läßt alles beim alten. Unser alter Fabrikinspektor läßt sich von einem alten Schimmel durchs Land ziehen. (Große Heiterkeit.) Er fürchtet sich nämlich auf der Eisenbahn zu fahren. (Erneute Heiterkeit.) Wenn er in eine Fabrik kommt, fürchtet er sich, mit dem Arm in ein Dreibrad zu kommen. Der Betrieb muß deshalb solange stillstehen. (Weiterkeit.)

Jahn: Man solle den Antrag ablehnen, für die Kaufleute eine besondere Gewerbegerichtskammer zu bilden, das bedeutet die Schaffung besonderer Handelskammern für das Proletariat im Kaufmannstande. Die Kaufleute in Berlin haben sich bereit dafür ausgesprochen, unter die bereits bestehenden Gewerbegerichte gestellt zu werden. Ueber die gestellten Anträge solle man nicht so leicht hinweggehen, vor allem solle man das gleiche Wahlrecht für die Frauen in den Gewerbegerichtswahlen verlangen.

Ein Schlussantrag, den Opificius begründet, Klee's beklämpft, wird abgelehnt.

Stein-Hochstadt: Die hier vorliegenden Anträge sind ein kleiner Ausdruck der Unzufriedenheit der Arbeiterklasse mit den herrschenden Zuständen, sie zeigen den Weg zur Besserung und müssen deshalb angenommen werden.

Burm-Berlin: Als Genosse Fischer vorhin Stellung zu den Anträgen nahm, hat er selbstverständlich nur seine persönliche Ansicht, nicht die der Fraktion ausgedrückt, da ja eine vorherige Beratung der Fraktion nicht stattgefunden hat. Die Differenz zwischen Fischer und anderen Fraktionsmitgliedern ist übrigens nicht so riesengroß. Es handelt sich mehr um die Form, die Fischer seinen Ansichten gegeben hat. Seine Rede erweckte den Eindruck, als halte er überhaupt eine längere Diskussion der hier gestellten Anträge für überflüssig. Wir halten sie für wichtig. Gemehrlich ist unser politisches Leben in der Thätigkeit der Fraktion konzentriert, hat ihre Arbeit der schärfsten und genauesten Kritik der Genossen im Lande zu unterliegen. Freilich ist es nicht immer möglich, die Wünsche der Genossen gerade in Form eines Antrages im Reichstag zur Sprache zu bringen. Es stellen sich dem häufig technische Schwierigkeiten in den Weg. Es ist dann besser, bei der Beratung des Etats unsere Meinung auszudrücken.

Unsere Gegner nehmen zu allem Stellung, was wir sagen. Herr Stumm und seiner Freunde Herz ist so voll, daß es bei jeder Gelegenheit überläuft. Die Frage der staatlichen Arbeitslosen-Versicherung verdient gründliche Erörterung. Jeder theoretisch klare Genosse muß zwar den Antrag aus Berlin 4 ablehnen, weil er der sozialistischen Lehre widerspricht, wie sie Marx und Engels begründet haben. Die kapitalistische Produktionsweise muß eine Reservearmee von Arbeitslosen erzeugen, und so wenig, wie sich jemand am eigenen Poppe aus dem Sumpf ziehen kann, so wenig vermag die kapitalistische Gesellschaft die Arbeitslosen, die sie schafft und braucht, zu beseitigen auf dem Wege staatlicher Versicherung. Der einzig praktische Weg, die Arbeitslosigkeit zu verringern — beseitigen läßt sie sich nicht — ist, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne zu erhöhen.

Das haben auch die Gewerkschaften, die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit haben, eingeschlagen. Die Anträge, die sich auf die Fabrikinspektion beziehen, verdienen Annahme. Wir haben die Wünsche, die in dieser Hinsicht heute ausgesprochen wurden, immer bei den Reichstagsdebatten darüber berücksichtigt. Quark's Antrag ist von einem Redner mißverstanden worden. Er will nur eine besondere Abtheilung für die Handlungsgehilfen bei den Gewerbegerichten schaffen. Fischer hat sich begeben gewandt, daß wir für diejenigen Armen, die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten, das Reichstags-Wahlrecht verlangen. Ich und eine große Anzahl anderer Fraktionsmitglieder sind entgegengehaltener Ansicht. Den Opfern der heutigen Gesellschaftsordnung darf das Wahlrecht nicht vorenthalten werden. Stimmen die Armenempfänger dann gegen uns, so müssen wir es ertragen. Es ist dies für uns eine Forderung der Gerechtigkeit. (Beifall.)

Nachdem ein Antrag Krons auf Schluss der Debatte angenommen wurde, erhält noch Koch das Wort zur Begründung seines Antrages.

Koch-Frankfurt: Die Entscheidung des Amtsgerichts Langensfeld ist dem gesunden Menschenverstand einfach verständlich. Wir können natürlich hier nicht jedes einzelne begriffliche Urtheil zur Besprechung bringen, das genannte Urtheil hat aber für unsere ganze Agitation eine so große Bedeutung, daß man entschieden dagegen Stellung nehmen muß. Noch einen Schritt weiter in der gleichen Bahn, den mit diesem Urtheil unsere Rechtspflege eingeschlagen hat, und es kann jedem sozialdemokratischen Vater, weil er Sozialdemokrat ist, in geeigneten Fällen das Erziehungsrecht abgesprochen werden. Wenn auch in dem vorliegenden Falle die letzte Instanz noch nicht gesprochen hat, so muß doch die gerichtliche Entscheidung an geeigneter Stelle gebührend kritisiert werden.

Personlich bemerkt Frohme: Schmalfeld bezog sich bei der Altonaer Wahl auf die Wahl Hasenclever's, aber auch damals sind den Kampfgegnern durchaus keine Konzessionen gemacht worden, sondern man hat sich damals nur überhaupt gegen jedes Zwangsrecht ausgesprochen.

Im Schlussworte führt Fischer aus: Burm hat es für nöthig befunden hervorzuheben, daß ich nicht im Namen der Gesamtkommunisten gesprochen habe. Das habe ich auch gar nicht präsumiert, obwohl ich mich, vielleicht mit Ausnahme von Antrag 80a, vollständig in Uebereinstimmung mit meinen Fraktionskollegen befunden. Wer meinen Ausführungen gefolgt ist, wird gesehen haben, daß ich weder den Antragstellern das Recht besprochen habe, der Fraktion Anregungen zu geben, noch daß ich mich gegen Initiativanträge an sich gewandt habe. Aber ich muß doch noch einmal hervorheben, daß ein Theil der vorliegenden Anträge bereits von der Fraktion erledigt worden ist, daß andere Anträge, wie 94 und 95, nach meiner Ansicht der Kompetenz der Landesgesetzgebung unterstehen, daß 86 und 89 materiell unannehmbar sind, daß bei den Anträgen 93 und 95 endlich bei einiger Ueberlegung auch die Antragsteller die Anträge als unberechtigt erkennen werden. Man hat dann meine Kritik an dem parlamentarischen Einflusse angegriffen. Daß aber der parlamentarische Einfluß vielfach überschätzt wird, dafür ist die Stellung des Antrages 85 der beste Beweis. Wenn da öfters ausgesprochen wird, daß die Fraktion für die Aufhebung des Diktaturparagraphen in Glatz-Votbringen hätte sorgen sollen, so wird mir die materielle Berechtigung für meine Bemerkung nicht abgesprochen werden können. Bezüglich des Ausnahmewahls in Glatz-Votbringen ist die Fraktion sofort bei Beginn der Session zur Stellung der Initiativanträge zusammengetreten. Da aber auch die eckig-leibliche Fraktion derartige Anträge gestellt hatte, hielt es die sozialdemokratische Fraktion nicht für nöthig, einen Wettlauf mit anderen Fraktionen zu unternehmen. Beinahe sämtliche Anträge verlangen die Vorlegung von Gesetzentwürfen, wenn auch in der Diskussion das Schwerkraft darauf gelegt worden ist, daß die beregten Fragen nur im

Reichstage zur Sprache gebracht werden. Was hat es denn für einen Zweck, wenn man uns Jahr für Jahr damit beauftragt, 20-25 Gesetzentwürfe auszuarbeiten, wenn wir ihnen dann berichten müssen, daß dies nicht möglich gewesen ist, oder daß unsere Initiativanträge nicht einmal zur ersten Lesung gekommen sind. In jeder Woche ist nur ein Tag für Initiativanträge bestimmt, so kommt es denn, daß in der letzten Session von 22 eingebrachten Anträgen nur vier erledigt wurden, von fünf sozialdemokratischen aber noch nicht ein einziger! Das Freizeite an der Diskussion war, daß gegen die Haltung der Fraktion an sich kein Vorwurf erhoben worden ist, daß sie also das Vertrauen der Genossen besitzt. Wenn Sie also meine Ausführungen nicht mißverstehen wollen, so ist meiner Meinung nach überhaupt gar kein Anlaß zu Mißverständnissen vorhanden, da sich die Fraktion zur Zeit mit etwa zehn Gegenständen beschäftigt, die sie im Reichstage als selbständige Anträge unterbreiten wird (darunter befinden sich Einführung des allgemeinen Wahlrechts in allen Bundesstaaten, gesetzliche Abgrenzung der Wahlkreise, Abschaffung der das Vereins- und Versammlungsrecht beschränkenden Gesetze, Arbeiterschutz u. s. w.), so ist meiner Meinung nach die einzige Form der Erledigung der materiell annehmbaren Anträge die, daß wir sie der Fraktion zur Berücksichtigung überweisen. (Beifall.)

Nach Schluss der Diskussion ist noch der Antrag Jahn eingelaufen, der die Fraktion damit beauftragt, für die Frauen das Wahlrecht zum Gewerbegericht zu verlangen. — Der Antrag Mittag (achtstündiger Arbeitstag) wird angenommen. Der Antrag der Genossen von Billingen wird angenommen. Der Hamburger Antrag (Zwangsangabezeitung) wird, nachdem die ersten Abstimmungen zweifelhaft geblieben sind, schließlich mit 108 Stimmen gegen 94 Stimmen abgelehnt. (Bravo!) Die Hamburger Anträge auf Lohnschutz werden angenommen. Der Antrag der Frankenhäuser Genossen — Reichs-enquete über Arbeitslosigkeit — wird angenommen. Der Antrag Ewers-Gilbert auf Sicherstellung des Lohnes des Arbeiters am Arbeitsprodukt wird abgelehnt. 80a wird angenommen. 80b wird ausgeschrieben, 81 wird angenommen, ebenso Antrag 82 mit dem Amendement Quark, desgleichen 83. Antrag 84 wird abgelehnt, desgleichen 86. Die Anträge 85, 87, 88 werden angenommen. Antrag 89 wird abgelehnt, 90 wird ausgeschrieben, 91 wird im ersten Theil angenommen, der zweite Theil, der sich mit der Landtagation beschäftigt, wird ausgeschrieben; Nummer 2 und 3 des Antrages werden angenommen. Anträge 92 und 93 werden abgelehnt, 94 wird angenommen. 95 erster Theil wird abgelehnt, zweiter Theil angenommen. Antrag 96 wird abgelehnt. Der Antrag Hoch (Amtsgericht Langensfeld) wird angenommen. Der Antrag Brandt und Genossen, für die Arbeiterinnen das Wahlrecht in die Gewerbegerichte zu fordern, wird angenommen. Der Antrag Quark — Verbesserung des Gewerbeinspektors — wird angenommen.

Die angenommenen Anträge werden, soweit sie noch nicht gedruckt vorliegen, auf Antrag Mittag's gedruckt werden. Damit sind die Anträge erledigt.

Es wird zur Erörterung der badischen Angelegenheit geschritten. Zur Debatte wird der erste Absatz des Antrages 68 und Antrag 69 gestellt. Das Wort zur Begründung des Mannheimer Antrages erhält

Dreesbach: In der letzten Session des badischen Landtages lagen mehrere kirchenpolitische Anträge des Zentrums vor, die uns auch vor 2 Jahren und früher schon beschäftigt hatten. Das Zentrum beantragte: 1. Der § 11 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860, die rechtliche Stellung der Kirche und kirchlichen Vereine im Staate betreffend, erhält folgende Fassung: Religiöse Orden und ordensähnliche Kongregationen sind im Großherzogthum zugelassen, von der Errichtung einer einzelnen Anstalt ist der Staatsregierung Anzeige zu erstatten. 2. Artikel 1, das Gesetz vom 2. April 1872, die Abhaltung von Missionen durch Mitglieder religiöser Orden betreffend, wird aufgehoben. Als dieselben Anträge in der Session 1891/92 vorlagen, da stimmten wir für die Zentrumsanträge, weil sie ein Ausnahmengesetz, einen Ueberrest aus der Kulturkampzeit beseitigen wollten. Damals stimmte Müdt ebenso wie ich, in diesem Jahre gingen die Zentrumsanträge in eine Kommission, in die von unserer Seite Müdt entsandt wurde. Wir verabredeten, daß wir dieselbe Stellung wie früher einnehmen und uns an der Kulturkampfpause zwischen Zentrum und Nationalliberalen nicht betheiligen wollten. Nach der ersten Sitzung sagte mir Müdt, er habe im Interesse unserer Partei folgenden Zusatz beantragt: unterziehen jedoch in jeder Beziehung den Bestimmungen des Vereinsgesetzes vom 21. November 1867.

Den Schluss der Rede Dreesbach's tragen wir nach.

Müdt erwidert. Auf Antrag Bebel's wird beschlossen, den Fall Steigmüller und den Streit zwischen der Mannheimer „Volkstimme“ und dem Offenburger „Volkfreund“ einer Reueur-Kommission vorzulegen. Der Streit zwischen Dreesbach und Müdt soll morgen im Plenum erledigt werden. Schluss 7 1/2 Uhr.

Die französischen Sozialisten an unsern deutschen Parteitag.

In die Delegirten der Sozialdemokratie Deutschlands, versammelt im Parteitag zu Frankfurt a. M.

Thoure Kameraden!

Jedes Jahr um die gleiche Zeit macht mit der Pünktlichkeit der Schwaben, die durch ihre Abreise und den Eintritt der schlechten Jahreszeit anzeigen, die bürgerliche Presse uns die Entbildung, daß in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie Zwietracht herrscht und daß diese Zwietracht auf dem bevorstehenden Parteitag offen ausbrechen werde. Dieses Jahr haben die Ungläubigen nicht verfehlt und vorauszusagen, daß es auf dem Parteitag von Frankfurt zur Rebellion die Tyrannen des Triumpvirats Bebel, Reblrecht, Singer kommen und daß die Partei in verschiedene Theile sich spalten müßte, die sofort den Kampf gegen einander begännen.

Diese regelmäßige und eintönige Wiederholung einer regelmäßig durch den Verlauf der Dinge widerlegten Nachricht, zeigt die Dürreweidung der kapitalistischen Fraktion, die für die ganze Klasse das Denken zu beforgen hat, und sie offenbart zu gleicher Zeit ein interessantes Phänomen.

Die Kapitalisten haben gegen den Sozialismus alles Mögliche versucht: nach dem Ueberfall mit 80,000 Leichen, den die Versäuer Reaktion veranfaßt hat, den man aber nicht wiederholen kann, ohne die Quelle der kapitalistischen Profite zu zerstören; — nach dem 12 Jahren des kleinen Belagerungszustandes des Herrn von Bismarck; — nach der illegalen Probe von Scheingeglichkeit ist man zu der Erkenntnis gelangt, daß das fürchterliche Uebel nicht durch barbarische Verfolgung, noch durch heuchlerische Duldung vernichtet werden kann, und daß, ähnlich wie der Diamant nur durch Diamant zu schneiden ist, die Sozialdemokratie sich nur überwinden läßt, indem man die Sozialdemokraten gegen die Sozialdemokraten best.

Es gab eine Zeit, wo die Bourgeois nur von Erschickungen, Deportationen (trodener Guillotine), Einsperrungen, Geldstrafen träumten; heute ist ihr Stedenpferd des Tages L.: Spaltung der Sozialdemokratie. Sie sagen sich: „Nehmen wir die Grenzen wieder auf, die unsere Väter thörichterweise abgeschafft haben, und die wir nur für die Bedürfnisse unseres Handels und unserer Spekulationen zu unterdrücken gezwungen sind; werden wir veraltete Vorurtheile wieder auf; sachen wir den blödsinnigen Pas-

wischen den Nationen an; säm wir unter den Sozialisten Zwietracht durch falsche Nachrichten, heimtückische Insinuationen, verlogene Schmeicheleien, und das Treiben pfiffiger Lockpfeile — und die Sozialisten, mit ihren inneren Kämpfen beschäftigt, werden uns in Ruhe die Arbeiter ausbeuten lassen.“

Aus Mitleid möchte man diese letzte Illusion der Herren Kapitalisten, denen wir so viele Illusionen erschöpfen haben, gerne schonen. Allein das ist schwierig; denn wenn Ihr nachweist, daß die Einigkeit bei Euch der Brudergruß der französischen Arbeiter ist, indem wir Euch den Brudergruß der französischen Arbeiter überfenden, die Herren Kapitalisten, den Mißerfolg ihrer chauvinistischen Aufreizungen festzustellen, und sie wären genöthigt, auf unserer Parteifahrt den Wahlspruch zu buchstabieren, den im Jahre 1848 das kommunistische Manifest von Marx und Engels der Arbeiterklasse gegeben hat:

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

Es ist aber unmöglich, den Herren Kapitalisten ihren süßen und unschuldigen Lohn auf die Dauer zu erhalten. Je mehr die kapitalistische Produktion sich entwickelt, und je mehr Fortschritte der Sozialismus macht, desto inniger und fester knüpft sich der Bund des Proletariats der alten und neuen Welt.

Statt sich gegenseitig zu hassen und sich zu einem brüdermörderischen Kampf vorzubereiten, betrachten die Proletarier der verschiedenen Länder sich als verschiedene Armeekorps einer einzigen großen Armee: der Armee der Arbeit, und sie weisere mit einander, welche Arbeiterschaft sich zuerst der politischen Gewalt ihrer Nation bemächtigen wird, um die Kapitalistenklasse zu expropriieren und die ökonomischen Kräfte von den Fesseln zu befreien, die deren Entwicklung aufhalten und den Vormarsch hemmen zu dem unvermeidlichen Schicksalsziel: der Wiedereinführung des Kommunismus.

Es lebe die internationale Verbrüderung der Arbeiter!

Es lebe die deutsche Sozialdemokratie!

Für den Nationalrath der französischen Arbeiterpartei.

Die Sekretäre:

Paul Lafargue, Jules Guesde.

Paris, den 16. Oktober 1894.

Parteinachrichten.

Gewerbegerichts-Wahlen. Ein Privat-Telegramm meldet uns: In Danzig siegten bei der heute stattgehabten Gewerbegerichts-Wahl des dritten Bezirks die Sozialdemokraten über die vereinigten Gegner.

Für den Eifer unserer Leipziger Parteigenossen in Sachen der Bürgerrechts-Erwerbung zeugt die Mittheilung, daß sich im Laufe des letztverflossenen Jahres durch Vermittelung der von unseren Parteigenossen errichteten Anstaltsstellen nicht weniger als 4000 Einwohner das Bürgerrecht erworben haben, während ein gleiches, von den Ordnungsparteien errichtetes Bureau nur in ca. 1500 Fällen benutzt wurde. In dieser Thatsache dürfte die Ursache der Eile zu finden sein, mit welcher der Rath bestrebt ist, schon in diesem Jahre das Klassen-Wahlssystem für die Stadtverordneten-Wahlen einzuführen.

Partei-Presse. Die erste Probenummer des neuen Volksblattes für Harburg, „Wilhelmsburg und Umgegend“ wurde am Sonntag Morgen von den Parteigenossen in Harburg, Wilhelmsburg und Umgegend in circa 12,000 Exemplaren verbreitet. Die nächste Probenummer erscheint am Sonnabend, 27. Oktober, in derselben Auflage. Wir wünschen dem neuen Mitstreiter für die Interessen des arbeitenden Volkes den besten Erfolg.

Die Lokale, die unseren Genossen in Brandenburg zur Verfügung stehen, ist um ein weiteres vermehrt worden. Die „Konordia“, welche 1500 Personen faßt, ist dieser Tage eingeweiht worden und ist für die Arbeiterschaft frei.

Boykott. Die Flensburger Genossen boykottiren mehrere Lokale, besonders den „Livolfsaal“, der ihnen zu Versammlungen verweigert wird.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Marschan, 23. Oktober. In der vergangenen Nacht explodirte in einem von mehreren Vergleuten bewohnten Hause eine Dynamitpatrone. Das Haus wurde leicht beschädigt; die Fenster wurden zertrümmert und die Thürspalten herausgerissen.

Paris, 23. Oktober. Der Wiederauftritt der Deputirtenkammer vollzog sich in Gegenwart zahlreicher Deputirter ruhig. Unter den eingebrachten Interpellationen befindet sich eine von Paschal Groussier über das Komplot der Boulangeristen, eine andere von Lamy und Chassaing über die Comptoir-Angelegenheit, ferner eine solche von Alpy über Madagaskar u. s. w. Nachdem die Tagesordnung festgesetzt war, wurde in die Beratung der Interpellation Groussier eingetreten. Groussier fragte an, warum die Regierung, während sie nach den neuerlichen Zeitungsangaben die in dem ehemaligen boulangistischen Komplott blosgestellten Monarchisten nicht verfolgte, für die von dem Staatsgerichtshofe Verurtheilten keine Amnestie gewähre. Der Ministerpräsident Dupuy erklärte, durch den Beschluß des Staatsgerichtshofes sei die boulangistische Angelegenheit erledigt worden; er erinnerte daran, daß die Kammer vor Kurzem die Amnestie verworfen habe und erklärte, daß die Regierung keineswegs unter der Oberhoheit der Rechten stehe. Darauf wurde die einfache, von der Regierung angenommene Tagesordnung mit 315 gegen 155 Stimmen genehmigt. Die Interpellation betreffend Madagaskar wurde nach Uebereinkunft zwischen der Regierung und den Fragestellern vertagt. Die nächste Sitzung findet Donnerstag statt.

Der Senat hielt eine kurze Sitzung ohne weiteres Interesse und vertagte sich dann bis Freitag.

London, 23. Oktober. Wie das „Reuter'sche Bureau“ aus Lourenço Marques von heute meldet, sandte die dortige Handelskammer an die portugiesische Regierung eine Depesche, in der sie den Stand der Dinge für unerträglich und die Geschäfte für ruiniert erklärt. Eine Epidemie drohe der weißen und der schwarzen Bevölkerung, welche letztere auf einen kleinen Theil der Stadt zusammengebrängt sei. Die Depesche bittet dringend, die Regierung möge die von Transvaal freiwillig angebotene Hilfe annehmen.

(Depeschen-Bureau Herald.)

Lemberg, 23. Oktober. Die Zahl der in Larnopol verhafteten Studenten beträgt 21. Auch in mehreren anderen galizischen Städten wurden Verhaftungen vorgenommen.

Sofia, 23. Okt. Das Ministerium hat beschlossen, die Anklage gegen Stambulow fallen zu lassen.

Brüssel, 23. Oktober. In dem heute unter dem Präsidium des Königs stattgefundenen Ministerrathe boten Ministerpräsident de Burlet und seine Kollegen ihre Demission an, die aber der König ablehnte. Die Minister berieten dann mit dem König über die von der Regierung in der kommenden Session einzubringenden sozialen Reformen. Ferner wurde die politische Lage erörtert, auf welche die letzten Wahlen einen Einfluß ausübten. Offiziell wird mitgetheilt, daß augenblicklich ein Ministerwechsel nicht eintreten werde; der ehemalige Ministerpräsident Vermeert werde das im Amte verbleibende Ministerium bezüglich der sozialen Reformen im christlich-demokratischen Sinne inspiriren.

Charleroi, 23. Okt. In voriger Nacht ist der Sambrer Fluß derartig gestiegen, daß an sieben Schiffen die Ankertoue gerissen sind und die Schiffe in der Nähe von Charleroi untergingen. Der Materialschaden ist sehr groß.

Arbeiter! Parteigenossen! Trinkt kein bojkottirtes Bier!

Eine sozialdemokratische Agrarkommission.

Der Verfasser des Artikels in Nr. 246, 2. Beilage (Eine sozialdemokratische Agrarkommission?) hat, soweit die Anträge der oberbessischen Parteigenossen in Frage stehen, zwei wesentlich verschiedene Dinge mit einander verwechselt. Er unterstellt uns den Wunsch, eine saubere, umfassende wissenschaftliche Arbeit von dieser Kommission zu erhalten, während es sich wesentlich um praktische Aufgaben handelt.

Bereits in Köln habe ich die Forderung einer „Sammlung landwirtschaftlichen Materials“ als inopportun bekämpft und auf die Verarbeitung des vorhandenen literarischen Stoffes hingewiesen, und in gleicher Weise mußte ich mich gegen den Gedanken einer von uns zu veranstaltenden Erhebung im „Sozialdemokrat“ erklären, da der Partei hierzu die Mittel, die Kräfte und die Befugnisse fehlen. Auf eine objektive amtliche Untersuchung warten, heißt die Sache ins Endlose vertagen. Es handelt sich vielmehr darum, die Grundlagen für ein agrarpolitisches Programm zu gunsten der Landarbeiter und Bauern zu gewinnen. Dazu gehört freilich theoretische Vorarbeit. Diese soll der Kommission von Referenten geliefert werden. Daraus hätten Landeskommissionen und eventuell Sachkommissionen die Ergebnisse zu prüfen und Vorschläge praktischer Art aufzustellen. Das ist keine exakte wissenschaftliche Methode, aber der Schelm giebt mehr, als er hat. Und gegen das, was von agrarischer Seite, der Kräfte und Material reichlich zur Verfügung stehen, geleistet wird, würde es immer noch Gold sein. Gold schon, weil nicht Sonderinteressen zur Unwahrheit zwingen, sondern das gemeinsame Interesse des arbeitenden Volkes die lautere Wahrheit erheischt.

Ferner ist nicht an eine stehende Kommission nach Art einer Akademie oder eines Verwaltungsamtes gedacht. Die einzelnen Mitglieder sollen zu Hause arbeiten, nach ihrer Arbeit entschädigt werden und nur zu bestimmten Sitzungen sich an Provinzialzentren, einige Mal auch in Berlin oder einem sonst geeigneten Punkte zusammensuchen.

Auf die Nebenwirkungen und den Kostenpunkt, die ich bereits im „Sozialdemokrat“ eingehender behandelt habe, will ich hier nicht eingehen. Aber nicht praktische Schwierigkeiten stehen in Frage, sondern der Scheideweg, ob wir der ländlichen, insbesondere der noch nicht proletarisierten Landbevölkerung das bieten wollen, was, unbeschadet des Gegensatzes zum kapitalistischen Privateigentum am Boden, wir heute bieten können, zum Segen der Landbevölkerung und zum großen Gewinn unserer Agitation — oder ob wir, auf ein vereinzeltes Prinzip gelehrt, die Forderung des Lebens ablehnen sollen. So steht die Frage, die man durch Bedenken praktischer Art nicht verschieben soll.

Leipzig, den 22. Oktober 1894.

Simon Katzenstein.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Oktober.

Der Zusammentritt des Reichstags ist nunmehr bestimmt zum 22. November festgesetzt worden. Die Regierungsmaschinerie arbeitet schon mit Hochdruck, um das neue Gewand zur „Bekämpfung des Umsturzes“ fertig zu stellen. Hinter dieser wichtigen Beschäftigung treten alle anderen Aufgaben zurück. Wie der „Königlichen Zeitung“ aus Berlin gemeldet wird, treffen auf Anregung des Reichskanzlers Graf Caprivi die stimmungsführenden Minister der verbündeten Staaten schon morgen in Berlin ein, um gemeinsame Besprechungen über die Maßregeln zu halten, welche zur schärferen Bekämpfung der Umsturzparteien von Reichswegen zu treffen seien. Demnach scheint Graf Caprivi doch schließlich sich zu einer Zwangspolitik verstehen zu wollen, obgleich er sich als verständiger Mann sagen muß, daß mit den rostigen Ausnahmegeetzen, auch wenn sie noch so sauber gepuzt und auspoliert werden, sich gegen eine Volksbewegung nichts ausrichten läßt. Nun läßt allerdings ein Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ darauf schließen, daß nichts unternommen wird vom Reichskanzler, was ihn einer Ablehnung seiner Vorlagen durch die Reichstags-Majorität aussetzt. Andererseits erhält sich das Gerücht, der Reichskanzler habe dem Plane des Grafen Eulenburg zugestimmt, im preussischen Landtag eine Verschärfung der Vereinigungs- durchjuden. Das ganze offiziöse und halb-offiziöse Gerede macht den Eindruck, als ob mit aller Gewalt etwas zu stande gebracht werden soll, das den Anschein einer ernstlichen Bekämpfung der Sozialdemokratie macht, daß aber die Aguren selbst nicht an die Heilkraft ihrer angepriesenen Heilmittel glauben.

Ein sehr erfreuliches Zeugnis für die Fortschritte unserer Partei legt die gegnerische Presse ab, welche den diesjährigen Parteitag mit einer Gehässigkeit behandelt, wie sie früher auch nicht annähernd in gleichem Maße zu finden war. Früher waren die Gegner der Sozialdemokratie immer noch einer gewissen Unparteilichkeit fähig. Allein jetzt hat das aufgehört, und auch die sonst ausländigeren der gegnerischen Blätter stimmen ein in das allgemeine Schimpf- und Schmäler-Konzert. Willkommenes Futter bietet den Gegnern dabei die freie Kritik, welche die Genossen auf dem Parteitag an der Partei selbst und an den Zuständen der Partei üben. Diese freie Kritik ist nicht bloß ein Recht der Genossen, es ist ihre Pflicht. Sie wären pflichtvergeissen, wenn sie nicht rücksichtslos und rückhaltlos wären in der Ausübung dieser ihrer Pflicht. Anhängliche und loyale Gegner würden in dieser freien Ausübung der Kritik ein zu unseren Gunsten sprechendes Moment erblicken. Denn sie ist nur möglich in einer durchaus gesunden, und sich gesund fühlenden Partei. Nur eine Partei, die an sich glaubt, die rein ist um das Nierenstück und ein gutes Gewissen hat, kann die absolute Freiheit der Kritik nach Außen und Innen vertragen. Daß bei Ausübung der freien Kritik auch harte und ungerechte Urtheile gefällt werden, das ist in der Menschennatur begründet. Solche harte und ungerechte Urtheile verhindern wollen, das würde einen Eingriff in die Freiheit der Kritik bedeuten. Vertuschen ist leicht. Potemkin'sche Dörfer kann die schlechteste und dümmste Regierung beschaffen. Und die schlechtesten und dümmsten

Regierungen werden am wenigsten getadelt und am meisten gelobt, denn sie unterdrücken die Kritik und betreiben methodisch das Selbstlob und die Schönfärberei. An den freien und guten Regierungen aber ist allezeit die schärfste Kritik geübt worden. Man vergleiche z. B. einen russischen Zaren mit einem amerikanischen Präsidenten. Die sozialdemokratische Partei ist die schärfstkritisirende und die schärfstkritisierte aller Parteien und darum die freieste und in sich gefestigste.

Die Debatte über die Parteigehälter auf dem Parteitag giebt in der gegnerischen Presse zwei Blätter, die zwar nicht in ihrer Parteirichtung, wohl aber in ihrem Charakter viel Verwandtschaft haben, der freikonservativen „Post“ und der „Freisinnigen Ztg.“ Anlaß zu einigen hämischen Betrachtungen. Daß beide Bourgeoisblätter übereinstimmend sich als Freunde der Anträge auf Herabsetzung der Gehälter entpuppen, könnte manchem Freunde dieser Anträge die Augen öffnen. Eugen Richter konnte natürlich auch bei dieser Gelegenheit nicht umhin, seinen Mangel an sozialpolitischer Einsicht zu bekunden. Er folgert aus dem Bestreben unserer Partei, durch eine zukünftige Gesellschaftsorganisation allen Menschen eine gleichmäßige ausgiebige Lebenshaltung zu verschaffen, daß auch jetzt alle Parteigehälter gleichmäßig ausfallen müßten, indem er in Bekämpfung der Bebel'schen Ausführungen sagt: „Es handelt sich doch um die Regelung der Gehälter von Personen, welche ausschließlich innerhalb der sozialdemokratischen Gesellschaft beschäftigt werden.“

Das ist nicht mehr lokales Spiel mit dem Worte „Gesellschaft“. Es giebt wohl eine sozialistische Partei und in dem Sinne, wie man von jemandem sagt, er befinde sich in guter oder passender Gesellschaft, wenn man von seinem Umgange spricht, gebraucht man auch wohl die Redewendung, die sozialdemokratische Gesellschaft, die freisinnige, die konservative Gesellschaft. Die „Gesellschaft“ im weiteren Sinne aber, die auf bestimmter wirtschaftlicher Grundlage organisierte Gesamtheit aller Volksgenossen, die Gesellschaft, auf die es hier ankommt, das ist die bürgerliche Gesellschaft, innerhalb der jeder Sozialdemokrat sich genau so gut betten muß wie der Freisinnige oder Konservative. Ein jedes Mitglied dieser bürgerlichen Gesellschaft hat sich ihren Existenzbedingungen zu akkomodieren. Das ist es, was Bebel ausgeführt hat und was Eugen Richter nicht verstanden hat, oder nicht hat verstehen wollen.

Die Kulturaufgaben leiden nicht. Die für wissenschaftliche Zwecke zur Verfügung stehenden Staatsmittel werden immer geringer. Der Anthropologischen Gesellschaft ist die außerordentliche Staatsbeihilfe von 1800 auf 1500 M. gekürzt worden, zugleich ist auf die Möglichkeit hingewiesen worden, daß im nächsten Jahre diese Beihilfe ganz in Wegfall komme.

Eine interessante Parallele zum Fall Peist theilt uns ein alter Genosse mit:

Vor etwa einem Jahre (wir schreiben nach dem Gedächtniß) wurde eine Frau aus einer westlichen Provinz wegen Kuppelerei zu einer Strafe verurtheilt, weil sie ihrer Tochter geschlechtlichen Umgang mit deren Verlobten, dem späteren Gatten, gestattet hatte. Manchem mochte die Verurtheilung hart erscheinen, da auf dem Lande und namentlich im Hannoverschen und Schleswig-Holsteinischen ein derartiger Umgang nach der Verlobung als selbstverständlich und als herkömmlich erachtet wird. Schrieb doch, wenn auch schon manches Jahr seitdem verfloßen ist, die gewiß gut erzogene und stilllich reine Tochter des Claudius, des „Wandbeter Boten“, Elisabeth ihrer Freundin, der Bräutigamswaise, in dem Briefe, in welchem sie dieser von ihrer Verlobung Mittheilung machte, daß von jetzt ab ihr Geist und ihr Körper ihren Verlobten gehöre. Und solche Anschauungen überdauern im Volke Jahrhunderte. Indes deutsche Richter sind strenge Hüter der Moral; bei ihnen gilt nicht das Sprichwort: „Ländlich, stilllich“, sondern das Strafgesetzbuch.

Aber was dem einen recht, ist dem anderen billig, ist ein Rechtsgrundsatz, der, wenn auch in anderen Worten, in der preussischen Verfassungsurkunde Aufnahme gefunden hat. Jene Frau mußte mit Besorgnis blicken, was ihrem Rechtsbewußtsein jedenfalls als etwas Strafbares nicht erschienen war. Der ehemalige Kameruner Kanzler hat aber Böses gethan, er hat den Lügen eines deutschen Marine-Offiziers sogenannte Pfandweiber wider ihren Willen preisgegeben, wie er zugleich als hoher Beamter in Kamerun war es seine Pflicht, mit peinlicher Sorgfalt jede seiner öffentlichen oder privaten Handlungen zu prüfen, ob sie mit den Gesetzen der Moral oder des Strafrechts in Widerspruch nicht stehen, das hat er aber, ganz abgesehen von seinem übrigen Verhalten, in dem Entgegenkommen für den Marine-Offizier unterlassen, und vergleicht man das Verhalten des p. Peist mit dem jener vorstehend erwähnten Frau, so kann er von dem Vorwurf schwerster Kuppelerei nicht teingemaltem werden.

Aber es giebt ja in Berlin eine Staatsanwaltschaft, die oftmals das, was man gedacht oder gesehen haben könnte, schon vor ihr Forum zieht, sie wird sich der Prüfung der Peist'schen Unthat nicht entziehen und deren Bestrafung veranlassen.

Duellwüthige Bürgermeister. Aus Trier wird uns unterm 21. Oktober geschrieben: St. Johann und Saarbrücken, die als Zentrale des Saarkohlen- und Industriegebietes in erfreulichem Aufblühen begriffen sind, besitzen immer noch zur Verwunderung aller Fremden getrennte Verwaltungen. Dieser eigenthümliche Zustand läßt sich wenigstens historisch erklären; was sich aber nicht erklären läßt, ist die bornirte Feindschaft beider Schwefelstädte. Das engberzigste Riquenwesen hat sich jetzt zu einem persönlichen Streit der beiden Bürgermeister zugespielt. Die Sache liegt kurz so:

Im vorigen Jahre fanden zwischen dem Generalkommando des 8. Armeekorps in Koblenz und der Stadt St. Johann Verhandlungen wegen der Errichtung eines Gebäudes für das Bezirkskommando in St. Johann statt. Anfangs August v. J. tauchte die Nachricht auf, die Stadt Saarbrücken bewerbe sich ebenfalls um das Bezirkskommando und habe sogar versprochen, die Gebäude auf eigene Kosten zu errichten. Darob entstand nun in St. Johann große Entrüstung und der St. Johanner Bürgermeister Dr. Neff erklärte

in der Stadtraths-Sitzung vom 7. Juli d. J., daß trotz der gegentheiligen Erklärung des Saarbrücker Bürgermeisters im Jahre 93 amtlich Verhandlungen über den erwähnten Neubau geführt seien. Bürgermeister Feldmann von Saarbrücken erblidete hierin den Vorwurf, daß er wesentlich die Unwahrheit gesprochen habe und ließ nun seinerseits in der Saarbrücker Stadtraths-Sitzung einen geharnischten Protest vom Stapel. Zum Schluß sagte er: „Ich betrachte die Angelegenheit damit als abgethan, zumal mir mitgetheilt ist, Herr Dr. Neff sei grundsätzlich gegen eine Austragung persönlicher Angelegenheiten auf dem Wege und es mir widerstrebt, die billigen Vorbeeren zu pflücken, welche die Stellung einer Forderung gewährt, deren Annahme von vornherein aussichtslos erscheint.“ Die Sache war aber damit nicht abgethan. Dr. Neff fühlte sich darüber, daß man ihm vernünftige Anschauungen in betreff des modernen Zweikampfs-Ansatzes zutraute, schwer beleidigt. Am nächsten Tage prangte in der „St. Johanner Ztg.“ eine lange Erklärung, der wir folgendes entnehmen: „Es ist eine Unwahrheit, daß ich jemals zu jemandem geküßert habe, ich sei Gegner des Duells. Ich erachte auch für das bürgerliche Leben den Austrag auf dem Wege als eine Nothwendigkeit. Ich erkläre Herrn Feldmann, daß ich sein Verhalten seiner nachgewiesenen Unkenntniß in der Behandlung von Ehrensachen zu gute halte und wenn auch sehr verspätet, seine weiteren Schritte erwarten will.“

Wie hieraus hervorgeht, werden sich die beiden Herren demnächst vor Zeugen prügeln. Die beiden Saarkräde bringen am Ende des 19. Jahrhunderts ihren Streit durch ein Gottesurtheil zum Austrag! Inzwischen schimpfen die Blätter der beiden Bürgermeister, die „St. Joh. Ztg.“ und die „Saarbr. Ztg.“, lustig aufeinander los. Aber auch andere rheinische Blätter stimmen in den Hymnen ein. Das Organ der Trierer Nationalliberalen, die „Tr. Ztg.“, schreibt: „Wir halten die Pistole für eine heute noch unter gewissen Voraussetzungen nicht unentbehrliche Ergänzung der geschlichen Hilfsmittel zur Wahrung der Privatrechte. . . Sollte wirklich Feilung eintreten, so müßten St. Johann und Saarbrücken zwangsweise zu einer Stadt unter einem Bürgermeister vereinigt werden. Für den Anfang müßte die Regierung natürlich eine Art Diktatur einrichten.“

Das nennt die Partei der „besten Männer der Nation“ den Kampf für Sitte und Ordnung! (Die „St. J. Ztg.“ und „Sv. Ztg.“ sind auch nationalliberal.) Der ganze Vorgang beweist, wie der Militarismus die breiten Schichten der gebildeten Bourgeois verrotzt hat.

Von der Regierung ist bis zur Stunde ein Disziplinarverfahren noch nicht eingeleitet. Daß dieses geschehen sollte, aber laum geschehen wird, scheint außer Frage zu stehen. Dr. Neff wird es wahrscheinlich gelegentlich schlecht ergehen, doch dürfte kaum seine Duelllust Anlaß zum Eingreifen der Regierung geben. Was die Vereinigung der beiden Städte anbetrifft, so ist dieselbe zwar leicht zu empfehlen, aber schwer durchzuführen, da die Vermögensverhältnisse sehr verschiedene sind. Saarbrücken zählt etwa 100 pSt. Gemeindeumlagen mehr als St. Johann und letzteres wird sich daher für die Verschmelzung bestens bedanken.

Professor v. Treitschke soll in Ungnade gefallen sein, weil er in seinem neuesten Bande deutscher Geschichte Friedrich Wilhelm IV. zu scharf kritisiert habe. Bei den unbedingten Verehrern eines jeden Monarchen scheint er damit ähnlichen Unwillen erweckt zu haben, wie Professor Quidde mit seinem Caligula. Der „Allg. Ztg.“ wird schon aus Berlin berichtet, „man“ gehe sogar mit dem Gedanken um, dem Verfasser das Staatsarchiv zu verbieten und ihm den Hof-Historiographentitel abzunehmen. Es wäre das allerdings ein heiterer Scherz der Nemesis, wenn sie diesen fanatischsten aller Hohenzollern-Historiographen über die Kritik eines Hohenzollern stolpern ließe.

Das Waisenhaus von Cempuis vor dem Generalrath der Seine. Man schreibt uns aus Paris unterm 18. Oktober: Wenn die Regierung glaubte, daß mit der Absetzung Robins', des Direktors des Waisenhauses von Cempuis, die ganze Angelegenheit erledigt sein werde, dann dürfte sie durch die gestern stattgehabte Eröffnungssitzung des Generalraths der Seine von ihrem Irrthum abgebracht worden sein. Denn laum war der Rath zusammengetreten, als der Präsident der Ueberwachungskommission des Waisenhauses von Cempuis, Generalrath Rouffelle, sowohl die Revolution Robins', wie alle sonstigen Kouselle die Waisenankalt begangenen Infamien zur Sprache brachte und dabei nachwies, das was die Regierung treffen wolle, der religionslose Unterricht war, daß sie sich den Merkmalen und Merkmalen gefällig zeigen wolle, mehr noch, daß sie sich vor der „Bibie Parole“ beugte, hinter welcher die Jesuiten ständen und von welcher der Kampf gegen Cempuis in der That ausgegangen ist. So kam es denn auch, daß die Anstalt, die so viele Auszeichnungen, Preise und Medaillen erhielt und dessen Direktor von allen zur Ausstellung von 1889 gekommenen ausländischen Pädagogen ob der erzielten Erfolge beglückwünscht worden war, in einem Rase zu einem „Schweinefahl (porcherie)“ wurde, die dort erzogeten Knaben als „Agenten der Verbrecherarmee“ bezeichnet wurden, während es von den dort untergebrachten Mädchen hieß, „daß sie zur Prostitution bestimmt seien“. Die Infamien in diesem Kampfe gegen Cempuis gingen so weit, daß gewisse illustrierte Blätter Bilder brachten, die eine nackte Frau zeigten mit der Ueberschrift: „Jögling von Cempuis in Uniform“, oder ein mit emporgestreckten Beinen auf dem Trottoir liegendes Mädchen, unter dem die Worte standen: „Das ist meine Nichte, sie ist in Cempuis erzoget worden.“ Und auf grund welcher Informationen, welcher Untersuchung ist Robin entlassen worden? Und warum ging man bei dieser Entlassung über die Köpfe der Ueberwachungs-Kommission des Waisenhauses von Cempuis hinweg? Zur Antwort gedrängt, mußte der Präsekt nichts anderes vorzubringen, als daß er als Beamter nur die ihm von der Regierung erteilten Instruktionen durchzuführen hatte, und daß die Regierung die Altkenside, auf grund deren sie ihre Entscheidung traf, als solche betrachte, die sie dem Generalrath nicht mitzutheilen habe, was doch mit anderen Worten nichts anderes heißt, als daß die Alken der Regierung, wenn sie überhaupt welche besitzt, nicht das Tageslicht vertragen können. Der Generalrath will aber Licht in dieser Sache, will Genugthuung für den der Anstalt und deren Jöglingen angethanen Schimpf und drängt darum auf die Mittheilung der Alken, was er denn auch in einer einstimmig angenommenen Resolution zum Ausdruck brachte. Verweigert die Regierung diese Mittheilung, dann wird der Generalrath in seiner nächsten Sitzung, die auf Montag angefezt ist, über die weiteren Schritte

die er in dieser Angelegenheit zu unternehmen gedenkt. Man sieht, wie entfernt mit der Revolution Robins' beendigt zu sein, beginnt erst der Konflikt und dürfte sich vom Generalsturm in die Kammer verpflanzen, die bekanntlich am Dienstag zusammentritt. Da wird sich denn auch bald zeigen, ob das Pfaffenstüm, das hinter dem „Schweinefalsch“ von Campuis steckt, wirklich so mächtig ist, als es sich unter der Herrschaft Perier III. einzubilden das Recht hat.

Zu der Sitzung des Pariser Gemeinderaths vom 22. d. M. brachten die Sozialisten einen Antrag ein, die Sitzungen einzustellen, bis die Regierung die Auslieferung der Alten in Betreff des Waisenhauses zu Campuis zugesagt habe. Der Antrag wurde abgelehnt.

Durch die Ausweisung eines Redakteurs aus Italien hat Crispi auf neue gezeigt, wie völlig er den schlimmsten Praktiken der Gewaltspolitiker anheimgelassen ist. Es handelt sich da um den Abbé Eugen Böglin, Leiter des „Moniteur de Rome“, der ausgewiesen und am 22. Oktober an die Grenze nach Chiasso gebracht wurde. Sein Blatt mußte infolge dessen sein Erscheinen einstellen. Ein anderes ultramontanen Blatt, der „Osservatore Romano“ erklärt, Böglin werde ebenso, wie der ebenfalls vor einiger Zeit ausgewiesene Redakteur Abbé Montemisi, befehlshäßig, die italienischen Finanzen und die italienische Politik diskreditiert und der italienischen Regierung Verlegenheiten bereitet zu haben. Ganz Russisch! Wie ja auch die ganze innere Politik des ehemaligen Revolutionärs nach dem Vorbilde despotischer Staaten gemodelt ist. Er wird aber auch die nämlichen Erfahrungen machen, wie andere Gewaltthäter vor ihm. Sein Werk wird in Stücke gehen und durch seinen Zusammenbruch der Volksbefreiung die Bahn frei machen.

Zankow's, des bulgarischen Ruffreundes, Versuche, die gegenwärtige bulgarische Regierung zur Annahme seiner Politik zu bewegen, werden in einem Telegramm aus Sofia als gescheitert bezeichnet, trotzdem Zankow kurz vorher noch sehr siegesgewiß in seinem Organe auftrat. Es heißt, daß nunmehr Radozlawow die Leitung der Opposition übernehmen werde.

Aus St. Petersburg schreibt man uns: Bis vor kurzem hat man uns mit allerlei beschwichtigenden Fabeln über die Gesundheit des Zaren einzulullen versucht, andererseits aber forderte man uns auf, recht fleißig in die Kirchen zu gehen, damit wir für die Gesundheit des Zaren beim lieben Gott ein gutes Wort einlegen können. Was mit dem Zaren selbst aber geschah, wußte niemand. Die Minister lassen das Volk in voller Unwissenheit über den Gesundheitszustand seines „Väterchens“. Verbotten ist das Lachen, nicht minder aber auch das Weinen. Die Schergen und Epizel bemühen sich im Trüben zu fischen, und notiren mit großer Sorgfalt jede Abweichung von diesem Verbot. Die Stimmung in Rußland läßt sich folgendermaßen schildern: Das Volk, d. h. etwa 80 Millionen Bauern, sehen ihr gewohntes Leben fort, mit allen ihnen noch zu Gebote stehenden Mitteln kämpfend, gegen die Noth und den Hunger, gegen die Verdummungs-Anstrengungen der Pfaffen, mit einem Wort gegen alles, was im Namen des Zaren herumhantirt — ohne sich darum zu kümmern, ob Alexander III. oder Nikolaus II. an der Seite steht. Die sogen. russische Intelligenz sieht dem Tode des Zaren gleichgültig entgegen, des alten kleinrussischen Sprichworts eingedenk: Lieber Aukderes, wenn auch Schlimmeres. Die Leute endlich, die ziemlich hohe Stellungen einnehmen, die man für die Hauptstütze des bestehenden Systems zu halten pflegt, sind meistens von einem so großen Haß gegen das Befehlende durchdrungen, daß sie mindestens, durch des Zaren Tod, eine Erlösung von der Herrschaft eines Robbenoszen erhoffen. Im allgemeinen setzt man keine großen Hoffnungen auf den bevorstehenden Zarenwechsel, der — wie man allgemein glaubt — nur ein Namenwechsel sein wird.

Japan. Der Krieg gegen China hat die Regierung so sehr gefestigt, daß der Landtag alle Vorlagen unbeanstandet annahm. Vor seiner Schließung am 23. Oktober gab er noch in einer Adresse dem Wünsche Ausdruck, daß China schwer geächtigt werden müsse, um den Ausbruch eines neuen Krieges zu verhüten, die Dazwischenkunft einer anderen Nation dürfe nicht gebildet werden. Somit geht Japan einer chauvinistischen Aera entgegen, die seinem Fortschritte in wirklicher Zivilisation nicht förderlich sein kann.

Brasilien. Ein tragisches Nachspiel hat der letzte Aufstand gehabt. In der Nähe des englischen Friedhofes bei Rio de Janeiro wurde ein geheimes unterirdisches Magazin entdeckt, wo die Insurgenten während des letzten Aufstandes Munition und Dynamit gelagert hatten. Man schickte Soldaten hin, um dieses Magazin auszuräumen. Eine große Volksmenge folgte dem Militär. Ein Soldat ließ eine Granate fallen, welche platzte; darauf explodirten zehn Dynamitpatronen. Sechzig Personen sollen getödtet worden sein.

Tokales.

Die Sprechstunde des Rechtsanwalts wird heute, Mittwoch Abend von 7—8 Uhr abgehalten.

Herr Köstke und die bürgerliche Presse sind seit Beginn des Boykotts ein Herz und eine Seele. Diese Presse feiert Herrn Köstke als den modernen Hercules, der die sozialdemokratische Hydra mit starkem kapitalistischen Arm zu erwürgen versucht, und dieses Publikum schließt sein Bier wie Leibetrunk, um all die peinlichen Gedanken an die erwachte Arbeiterklasse zu vergessen. Aber es gab eine Zeit — und sie liegt noch gar nicht so weit zurück: 1892, als der Berliner Brouillon plötzlich durch Herabsetzung des Bierpreises von 20 auf 18 M. pro Zonne gegen die gesammten Berliner Brauereisellschaften einen Vernichtungskampf, allerdings vergebens, zu inszenieren versuchte — da schämte dieselbe bürgerliche Presse vor Wuth über diese „Schmutzkonturrenz“ des Herrn Köstke, und dasselbe bürgerliche Publikum konnte nicht genug über das elende „saure Geßiß“, so da „Schult“ heisset, schimpfen. Damals schon wollte Herr Köstke nicht bloß „Arbeiterfreund“, sondern Wohltäter der gesammten Berliner Bevölkerung werden und sich vom Bierkäse zum Alleinbierher, zum Bierzaren von Berlin emporschwingen, wochten gleich Tugend seiner Brauereier auf der Strecke bleiben. Ganz dieselbe Presse, die 1892 ihr „Kreuzige, kreuzige!“ rief, posaunt heute ihr „Hosiannah!“ und ganz dasselbe Publikum, das damals den Bierkönig schier feigenen wollte, möchte jetzt am liebsten Steine zu einem Denkmal für ihn sammeln! Um ein recht charakteristisches Zeugniß von dieser Stimmung und Charakterlosigkeit anzuführen, wollen wir den Ausschnitt einer Zeitung abdrucken, deren bekannter „alles machende“ Herausgeber heute durch seine „Neuesten Nachrichten“ den lokalen Theil der gesammten Berliner bürgerlichen Blätter füllt. Nachdem der Verfasser jenes Artikels im Märchentum des Lagen und Breiten erzählt, wie zahlreiche Braupriester aus

aller Herren Länder in einer großen Stadt der Mogelei (Berlin) prachtvolle Biertempel errichtet und durch allerhand Kräfte und Pfiffe recht viel durstige Gläubiger zum Bierkultus herangezogen, fährt er wörtlich wie folgt fort:

„Und so standen sich die Priester gut dabei, denn der Silberlinge ungezählte und goldene Kronen flossen in ihre Tempelkassen. Aber siehe da, es war der Oberpriester einer, ein Mann Namens Kee-Si-Kee, ein Wozze von großer Habacht und Verschlagenheit, den verdroß es, daß so viele Tempel neben ihm; er wollte keine anderen Götter haben neben seinem Bier-Moloch mit den drei Köpfen; er wollte der allein seligmachende Bierpriester sein und er jamm nach, wie er die anderen verderbe. Und da er des schönen Mammons viel besaß, so gewann er damit der kleineren Priester viele und bewog sie, daß sie ihm ihre Tempel und ihre Böden überantworteten und Kee-Si-Kee trat hin vor das Volk und sprach im Tone des Sebers: „Sehet, mein Moloch, so da „Schult“ heißet, Meißt „Schult“ und ich bin sein Prophet! Eure anderen Böden sind falsch und der Schult, der bereits mehrere von ihnen verschlungen, wird auch mit den übrigen fertig werden, denn ihre Zeit ist nahe herbeigekommen!“ Und um das Volk zu locken, daß sie von ihren übrigen Böden absahen, ließ er ihnen das Bier seines Tempels um zwei Silberlinge billiger verabreichen wie es die anderen Priester thaten, und ließ solches öffentlich auf den Straßen und in den Gassen durch Posaunenbläser und Andrerer alten Volke verkünden, wohl wissend, daß das Volk in seinem dunklen Drange sich stets des Billigsten bemüht. Das Versprechen nun auch eine kurze Weile, aber das Volk belehrte sich bald eines Besseren, denn es merkte, daß ihm der schlaue Oberbozze den Trank verabreichen ließ, den er von jenen verschlungenen Biertempeln als schädigen Rest mit in den Kauf genommen, und sagte sich: „Was nützen uns die zwei Silberlinge in unserer Tasche, wenn wir saures Bier in unserm Magen haben“, und es wandte sich ab von dem Groß-Moloch, so da „Schult“ heißt, und spottete seiner und rief: „Reiche von uns, Verführer, der du unsern guten Geschmack einschläferst wolltest um zwei Silberlinge!“ Und zu derselben Stunde schlossen die gesammten übrigen Bierpriester einen Bund, daß nur um 20 Silberlinge die Zonne Bier im Lande der Mogelei feil sein sollte, wie es immer bisher gehalten worden, und sie stellten den Moloch, so da „Schult“ heißt, kalt, und im Volke ging fortan die Sage, daß der „Bod“ dem „Schult“ den ersten Stoß gegeben und ihn von seiner erträumten Höhe herabgehoben und seinen unerfülllichen Wank zertrümmert, so daß die Flammen der Habsucht ihn verzehrten! Und alles Volk wandte sein Antlitz ab von dem gesunkenen Delgöhen und sang den Bierpsalm:

Dort aus dem „Schult“ da sieht ein Greis, —
Der sich nicht zu helfen weiß!

Und sie tranken ohne Gube und sangen Bierpsalmen und Bod-walzer und freuten sich ihres Daseins und wenn sie nicht gestorben sind, so trinken sie heute noch!

Freilich leben sie heute noch, aber sie schimpfen heute nicht mehr über das verdönte Bier; dasselbe Publikum und dieselben Presseleser trinken es mit schmeichelndem Behagen in den 12 großen Bierpalästen, so da „Schult“ heißen und raunen sich allerhand Märchen von ihrem genialen Bier-Moloch ins Ohr, der nun schon fünf Brauereien und zwei Mälzereien verschlungen und „im geheimen“ auch den „Bod“ und — noch ein anderes „Brauhaus“ in seine Gewalt gebracht habe, denn der erstere stoße ihn nicht mehr, und von dem letzteren habe er bereits die meisten Altien im vorigen Jahre, als noch niemand außer ihm an den Boykott denken konnte, in aller Stille durch eine dritte Hand für einen Sportpreis aufkaufen lassen. — Ja, er ist pfliffig, der Bierzar von Berlin!

Ja, Bauer, das ist ganz was anderes! In den ring-bierbegeisterten Chorus der bürgerlichen Presse kommt nicht zum leichten auch die fromm-katholische Germania ein. Aus ihr erlösen ganz dieselben abgedroschenen Phrasen über „Friedlichkeit“, „Mäßigkeit der Sozialdemokraten“ etc., wie aus der evangelisch- oder jüdisch-mammonistischen Presse; sie ist im Bierkrieg ein Leib und eine Seele mit den übrigen Organen der Ringbrauer, und eitel Zerfetzwerk ist in ihren fromm aufgeschlagenen Augen der ganze böse Boykottstreik.

Anderes gestaltet sich jedoch die Sache, wenn fromme Leute unter sich sind. Wird da zur Zeit im schönen Freiburg im Breisgau irgend ein katholisches Konventikel abgehalten, auf dem die Zentrumsblätter in ihrer Weise tapfer Stellung zur leidigen sozialen Frage nehmen. Und einer der Männer, die dort am gewaltigsten Reden reden, ist der berühmte Held aus der noch berühmteren sozialisten-tödtenden Zukunftsabende, der große Lieber.

Dort zu Freiburg also dursten die gläubigen Zuhörer heil-verheißenden Worten aus dem Munde des großen Sozialisten-tödters lauschen, welche die „Germania“ gewissenhaft wie folgt registriert:

„In Gegenden, wo der Katholik von der anderen Seite unterdrückt wird, hält Redner es für die Pflicht der Selbst-erhaltung, nur bei Katholiken zu kaufen, vorausgesetzt, daß ihre Waaren nicht minderwerthig sind, nach dem englischen Sprichwort: Charity begins at home. Zum Schluß empfiehlt er dringend die Unterstützung unserer kaufmännischen Vereine, vamentlich den Prinzipalen und den Geistlichen. Gelingen es uns, auch diesem Gebiete unsere volle Fürsorge zuzuwenden, dann werden wir auch von dieser Seite die „Ruhe und Ordnung“ in die Gesellschaft tragen, einen wesentlichen Schritt in der Bekämpfung des sozialdemokratischen Unsturzes vorwärts thun.“

Also, der von Katholiken geübte Boykott gegen Juden, Protestanten und Heiden ist gutes Kampfmittel, Pflicht der Selbst-erhaltung und wirkt in Verbindung mit andern Sympathiemitteln sogar wohltuend und nervenstärkend gegen den bösen Unsturz. Aber der Boykott von sozialdemokratischen Arbeitern gegen ihre Unterdrücker gäbt — — ja, Bauer, das ist ganz was anderes!

Das „Brauhaus Hohen-Schönhausen“ wird in nächster Zeit mit dem Bier-verkauf beginnen. Mehrfach gestellte Anfragen veranlassen die Boykottkommission zu der Mittheilung, daß die genannte Brauerei sich bislang über ihre Stellung im Bierboykott noch nicht geäußert hat, und daß, solange eine befriedigende Erklärung von der Brauerei nicht ergangen ist, die Arbeiterkassette gut thut, gegenüber dem Brauhaus Hohen-Schönhausen dieselbe Stellung einzunehmen, die sie gegenüber den Ring-brauereien einnimmt.

Zur Lokalliste. Das Gerücht, daß die Gastwirthe Knappe, Keeserstraße 69 und Kieser, Keeserstr. 70, Ringbier schänden, entbehrt jeder Grundlage und mag sich dadurch erklären, daß der Brauhändler Thomas, Keeserstr. 69, Ringbier verkauft.

Wenn der Winter herankommt, dann beginnt alle Jahre von neuem das alte Spiel, das mit beweglichen Klagen der „Wohltätigkeit“-Vereine über die Noth der Armen anhebt und mit der Ablehnung eines ernstlichen Nothabendes, welcher wirk-samer Maßregeln erfordert, durch die bürgerliche Presse und durch die Organe der städtischen Verwaltung endet. Schon hat der erste „Wohltätigkeit“-Bazar stattgefunden, und der zweite soll nächstens folgen. Der Verein zur Speisung armer Kinder und Nothleidender“ wendet sich in einem durch die Zeitungen veröffentlichten Aufruf „vertrauensvoll an alle Menschen-freunde“ und bittet um Zufundung von Geld und Gaben und um Besuch des Bazar. Der Aufruf spricht von den „geheiligten Anforderungen an unsern Verein“, und weiter unten wird mitgetheilt, daß bereits im vorigen Winter täglich 5000 Kinder zweites und die nächtern zur Schule kommenden Kinder außerdem vor dem Unterrichte erstes Frühstück erhalten mußten. Diese Mittheilungen werden natürlich andere Leute auch in dem

kommenden Winter nicht abhalten, den Nothstand wiederum für ein von der Sozialdemokratie erfundenes Märchen zu erklären. Für den Winter trifft auch die Direktion der städtischen Armen-Speisungsanstalt bereits ihre Vorbereitungen. Sie läßt durch einen empfehlenden Hinweis auf ihre Thätigkeit, der eben jetzt durch die bürgerlichen Blätter geht, ankündigen, daß nächstens wieder, wie alljährlich um diese Zeit, der Klingelbeutel umgehen soll, um milde Gaben für die Armensuppen, die im Winter vertheilt werden, einzusammeln. Auch hier wird versucht, die Bereitwilligkeit zum Geben durch den Hinweis auf die „wachsenden Ansprüche der ärmeren Bevölkerung“ zu steigern. Drei Monate später, wenn der Winter und mit ihm die Noth ihren Höhepunkt erreicht haben wird, werden wir darüber belehrt werden, daß die Ansprüche der ärmeren Bevölkerung unberechtigt sind und nur deshalb wachsen, weil die Sozialdemokratie die Begehrlichkeit der Massen anfaßt.

Ist das noch menschlich? Überall Arbeitslosigkeit, Noth und Elend. Morgen für Morgen stehen vor jedem Fabriktor hochwichtige Gefallen, um nach Arbeit zu fragen, nach Arbeit, damit der raffigieriger Hauswirth befriedigt werden kann, damit die Pfänder ausgelöst werden, damit Weib und Kinder endlich einmal wieder eine regelmäßige, wenn auch elende Nahrung zu sich nehmen können. Wer vom frühen Morgen bis zum späten Abend von Fabrik zu Fabrik gewandert ist, leidet freilich in neummundneuzig Fällen von hundert resuktallos in seine Höhle zurück. Arbeit giebt es nicht. Man kann weiter hungern, es sei denn, man macht dem Elend ein vorzeitiges, gewaltthames Ende!

Auch der Vortier der Schwarzkopffischen Maschinen-Fabrik in der Chausseestraße wird übergenug durch Nachfragen Arbeitfindender gestört. Einfstellungen neuer Arbeiter erfolgen hier wie überall jedoch nur höchst selten, trotzdem zur Zeit gerade in dieser Fabrik wie rasend darauf los gearbeitet werden muß. Wie rasend, sagen wir mit vollem Verbedacht. Bei Schwarzkopff sind zur Zeit vierzig Lokomotiven für russische Eisenbahnen fertig zu stellen; alle Woche müssen zwei Maschinen aus dem Etablissement herausgehen. Da nun die Leitung der Fabrik aus unbekanntem Grunde wenig neue Arbeitskräfte einstellt, so bringt es das Geschäft einmal so mit sich, daß das vorhandene Arbeitspersonal zur Zeit wie wahnsinnig seine Gesundheit zu Grunde richten muß. Ueber den Grad der Ausbeutung, die sich die Arbeiter der Schwarzkopffischen Fabrik gefallen lassen, giebt zuverlässig der Lohnzeitel vom vorletzten Montag Auskunft. Es ist auf ihm für die verflochtenen sechs Arbeitstage verzeichnet: Ein Arbeiter mit 105 Arbeitsstunden, einer mit 104, zwei mit 102, fünf mit 100 Arbeitsstunden; eine lange Liste bilden aber die Arbeiter, die in der betreffenden Woche 90—99-Stunden gearbeitet haben. Wie ist das möglich? wird man fragen. Nun, ein Arbeiter hat von Freitag früh 7 Uhr bis zum Sonnabend Abend 6 Uhr gearbeitet und in diesen 35 Stunden nur 5 Stunden pausirt. Hobler, sowie Arbeiter am Stohwerk haben von früh 7 Uhr bis zum nächsten Morgen 4 Uhr gearbeitet, sind dann auf drei Stunden „zur Ruhe“ gegangen, um hierauf wieder von 7 Uhr früh bis zum kommenden Morgen 4 Uhr zu schuften. Es ist nicht neu, daß Arbeiter in der Schwarzkopffischen Fabrik drei bis vier Mal wöchentlich diez großsame Spiel mit ihrem Körper wiederholen. Wein in drei Arbeitstagen des Inuitus zählt man 16 Mann, die sich oer-artig geschunden hatten. Das Empörendste ist aber, daß sich die Arbeiter, die zu weit von der Fabrik entfernt wohnen, um in der dreistündigen Pause ihre Familie aufsuchen zu können, sich während der Pause auf den schmutzigen, stinkigen Puhloppen ausruhen! Man bekommt einen Begriff von den sanitären Einrichtungen dieser Fabrik, wenn man z. B. erfährt, daß erst vor etwa fünf Wochen auf Anordnung des Fabrikinspektors, der nach recht langer Pause das Schwarzkopffische Institut inspizirt hatte, die zehn nebeneinander befindlichen Klosets der Fabrik wenigstens zum Theil mit Zwischenwänden versehen wurden, die ihnen bislang fehlten.

Der Unbefangene wird fragen, warum denn aber die Arbeiter sich eine derartige entsetzliche Ausbeutung ihrer Arbeitskraft gefallen lassen?

Ja, ganz abgesehen von dem Umstand, daß unter dem heutigen Elend dem Kapitalisten auch beim tollsten Wüthen Streikbrecher oft in Hülle und Fülle zu Gebote stehen, befindet sich die Leitung der Schwarzkopffischen Fabrik noch in ganz besonderer, fast einzig glücklicher Lage. Sie braucht keine Furcht vor ihren Arbeitern zu haben. Eigenartige Umstände, deren Erörterung hier zu weit führen würde, haben es nämlich gefügt, daß Schwarzkopff's Fabrik die einzige in Berlin ist, in der die Hirsch-Dunder'schen Gewervereiner verhältniß-mäßig zahlreich zu finden sind. Das erklärt Alles. Der Harmonie-duseler darf nicht müden, wenn der Kapitalist von ihm verlangt, aus einem Arbeitstage zwei zu machen; er muß sich denken, wenn der Kapitalist es für gut befindet, im Hinweis auf den dergestalt erzielten „hohen“ Arbeitsverdienst später etwa den Lohn zu kürzen. Für ihn gilt auch nicht das leider nur zu wahre Sprichwort: „Alfordarbeit ist Nordarbeit“, denn das schlimmste Ungeheim, das der Harmonieduseler kennt, ist bekanntlich der „Streikbruder“, der Sozialdemokrat. Wo die Harmonieduseler in der Mehrheit sind, da sind die klaffenbewußten Arbeiter fast machtlos, denn sie wissen, daß die Harmoniebrüder bereit sind, ihnen bei jedem Abwehrveruch auf Kommando in den Rücken zu fallen.

So erklärt es sich, daß gerade bei Schwarzkopff die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft einen Umfang annehmen ann, der schon nicht mehr menschlich zu nennen ist.

Unsere Waisenspflege erscheint in einem recht eigenthümlichen Lichte, wenn man in dem von der Armen-Direktion durch das „Gemeindeblatt“ veröffentlichten Protokoll einer Versammlung der zum zweiten Waisenkreise gehörigen Gemeinde-Waisens-räthe sieht, daß nicht nur die Versammlung dem Antrage, die Vormünder durch die Zeitungen auf ihre Pflichten gegenüber den Waiseln hinzuweisen, einstimmig annehmen zu müssen geglaubt hat, sondern daß gleichzeitig auch der Vorschlag gemacht worden ist, denjenigen Vormündern, welche sich um ihre Waiseln wenig kümmern, letztere einmal persönlich vorzuführen, um ihr Interesse für dieselben wachzurufen und sie dadurch an ihre Pflichten zu erinnern.“ Ein Seitenstück zu diesem Vorschlag bildet eine Klage, die im Herbst 1893 in der Versammlung der Gemeinde-Waisensräthe des fünften Waisenkreises laut wurde. Nach Angabe des Protokolls wurde in jener Versammlung getadelt, daß bei Auswahl der Vormünder seitens der Vorschlagenden oft nur aus Verwandtschafts- und Freundschaftsrücksichten Personen, die sehr geeignet wären, als Vormünder zu fungiren, verschont würden.“ In Zusammenhang hiermit scheint auch zu stehen, daß in der gleichfalls im Herbst 1893 abgehaltenen Versammlung der Waisensräthe des dritten Kreises nach Angabe des Protokolls „von neuem dringend ersucht wurde, dahin zu wirken, daß die Vorschläge der Gemeinde-Waisens-räthe zur Vermeidung von Unannehmlichkeiten für letztere den beteiligten Personen seitens des Richters nicht vorgelegt werden.“ Das ist wohl so anzufassen, daß wiederholt Personen, die als Vormund vorgeschlagen waren, nachdem sie beim Vormundschaftsrichter erfahren hatten, wer ihnen die Suppe eingetrocknet hatte, dem Betreffenden auf die Wade gerückt sind und ihn zur Rede gestellt oder ihm sonstige Unannehmlichkeiten bereitet haben. Von solchen Vormündern kann von allerdings nicht verlangen, daß sie sich um ihre Waiseln kümmern, Apropos: wenn eine Arbeiterwitwe es einmal selber über-nähme, solch einen Vormund an seine Pflicht zu erinnern, und dabei ihrer berechtigten Entrüstung einen etwas berberen Ausdruck verlehe, — ob der ehrenwerthe Herr nicht geschwind das Gericht zu Hilfe rufen und eine Verurteilung der Mutter seines vernachlässigten Waisels wegen „Beleidigung“ durchsetzen würde?

Ueber die Zunahme der Bevölkerung Berlins seit 1840 bringt der eben erschienene 19. (das Jahr 1892 behandelnde)

Jahrgang des „Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin“ eine bis 1892 durchgeführte tabellarische Uebersicht, welche die Bevölkerungszahl mit Unterscheidung von männlich und weiblich, sowie die Zahl der Geburten, Sterbefälle, An- und Abmeldungen und den Militärbestand für jedes einzelne Jahr von 1840 bis 1892 angibt. Die dürren Zahlenreihen werden sehr interessant, sobald man zwischen den Zahlen zu lesen versteht. Die Wirkung von Zehnerung und Epidemien, von Kriegen, wirtschaftlichem Aufschwung und wirtschaftlichem Niedergang, daneben natürlich auch von Erweiterungen des Reichthums sind in den jeweiligen Zahlen für die Elemente der Bevölkerungsbewegung (Geburten, Sterbefälle, Zu- und Abzug) deutlich zu erkennen. Die Bevölkerungszahl betrug (um nur einige Hauptzahlen hier mitzutheilen) Ende 1840: 322 628, 1850: 418 690, 1860: 493 394, 1870: 774 452, 1880: 1 123 650, 1890: 1 579 542, 1892: 1 657 034. — Wir werden aus dem reichen Inhalt des „Jahrbuchs“, das die verschiedensten Gebiete behandelt, weitere Mittheilungen machen.

Die Entrüstung über die Heldenthaten des Frauenpreiters Peiß — dies Kind, kein Engel ist so rein — zieht immer weitere Kreise. An den Anschlagäulen erklären die Dahomey-Damen im Passage-Panoptikum, daß sie mit den von Peiß und Genossen ausgepeitschten und gemißbrauchten Pfandweibern nicht identisch sind, und die Bewohner von Neu-Kamerun haben in Hinsicht auf die Gräuelt, durch die sich die deutsche Kultur in Afrika einen Namen gemacht hat, an den Amtsvorsteher von Friedrichshagen das Ersuchen gerichtet, die Kolonie fortan „Sprachland“ zu nennen.

Herr Aschinger und der Gummischlauch. Am Montag Abend gegen 1/4 1 Uhr beiraten mehrere Kutscher, die noch bis um diese Zeit Nachwagen gefahren hatten, das Aschinger'sche Lokal auf dem Moritzplatz in ihrer Arbeitskleidung, um ein Glas Kullmbacher zu trinken. Es wurde den Leuten, die durchaus nicht etwa angegrünelt oder radausüchtig waren, von dem Waffener jedoch bedeutet, daß es für sie kein Bier gäbe. Auf die erstaunte Frage nach dem Grunde dieser Weigerung, wurde ihnen gesagt, das ginge sie gar nicht an, sie sollten nur sofort das Lokal verlassen. Als sie nun noch einmal fragten, warum man ihnen so begegne, wurden sie von dem Geschäftsführer unter Aufsicht der Kellner gepackt und aus dem Lokale hinausgeworfen. Zur wirksameren Unterstüzung eilte auch der Waffener mit einem Gummischlauch herbei, um auf die nun natürlich heftig schimpfenden Arbeiter loszugehen. Er hätte das auch gewiß getan, wenn nicht ein Schuhmann hinzugetreten wäre und in weit ruhigerer Weise die Kutscher aufforderte, den Platz vor dem Lokal zu verlassen, was diese auch sofort thaten. Mehrere Herren, die im Lokal anwesend waren, fragten ebenfalls, warum denn die Leute kein Bier bekommen hätten, es wäre ja gar kein Grund vorhanden gewesen, ihnen solches zu verweigern. Auf diese Frage hatte der Geschäftsführer nur die im großen Tone gehaltene Antwort, es ginge Niemanden etwas an, was er hier thäte.

Vom Bankier zum Schlosser. Die Schlacht bei Leipzig wird so manchen unserer Leser an einen „Fall Leipziger“ erinnert haben, der vor einigen Jahren viel Aufsehen machte. Der Bankier Wolf unruhigen Angedenkens hatte seiner Zeit mit dem Bankier Leipziger Geschäftliches in Terrain gemacht. Wie das manchmal so trifft, hatten die Beiden bei ihren Spekulationen Pech. Um sich aus der Patsche zu helfen, griff man schlankweg dem Wolf anvertraute Depositionen an und verdrängte sie. Die schließliche Folge war ein Strafprozeß gegen die ehrenwerthen Leuten, der mit ihrer Verurtheilung wegen Unterschlagung und gewerbsmäßiger Hebelerei endete. Der gewerbsmäßige Hebelerei für schuldig befanden und zu 10 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde Leipziger, während nach dem Spruch: „Der Hebler ist schlechter wie der Dieb“, Wolf mit einer geringeren Strafe davon kam. Das Zuchthaus zu Reinitz nahm Herr A. als Gast auf. In seinem Asyl hat Leipziger der Kellere, wie wir aus sicherer Quelle erfahren, das Schlosserhandwerk erlernt. Sein Gesundheitszustand ist derartig, daß er nach menschlichem Ermessen wahrscheinlich die Strafe überleben wird. Wir hoffen, daß der Mann als tüchtiges Mitglied der Gesellschaft, das heißt als redlich sich nührender Schlossergehilfe, in die Welt zurückkehre. „Ueber einen Sünden, der Buße thut u. s. w.“ Warum sollte man sich nicht später einmal über den strebsamen und fleißigen Schlossergehilfen Leipziger, Bankier a. D., freuen können?

Die Schneidigkeit in dem Arbeitsnachweis der Metallindustriellen ist schon des öfteren von uns nach Gebühr geißelt worden. Dies Institut, das die Kuhnemänner und Konsorten hauptsächlich zu dem Zweck errichtet haben, um über die von ihnen ausgebeuteten und nicht ausgebeuteten Arbeiter eine Art Kontrolle auszuüben, kann natürlich unter dem heutigen Glanz am allerwenigsten Wunder verrichten und muß die Arbeiter, die dort um Beschäftigung nachfragen, größtentheils abweisen. Bei allem wird eine Kontrolle sogar über die Häufigkeit geführt, in der der Arbeiter auf dem Bureau vorpricht. Ein Arbeiter, der gestern dort um Arbeit nachfragen ging, sollte zum so und so vielen Male die letzte Arbeitsbescheinigung vorzeigen. Dem Arbeiter fiel dies auf und er fragte den Beamten des Instituts, wie es denn zugehe, daß man, trotzdem keine Arbeit vorhanden, den Kontrollschein einfordere. Statt eine Antwort zu geben, telephonirte der Beamte dem „Herrn Hauptmann“ herunter, einem Offizier a. D., der sich ausgezeichnet zum Direktor des Instituts der Kuhnemänner qualifizieren soll. Als der Hauptmann vernahm, um was der Arbeitslose gefragt hatte, war aber auch von einer Auskunft keine Rede. Ein Achselzucken und die kurzen Worte: „Dort ist die Thür“, war alles, was der Arbeitsuchende erfahren konnte. Der Kontrollschein wurde zurückbehalten — zur Kontrolle des Arbeiters, der so dreist war, eine unbedequate Frage zu stellen. Leider gehört nur eine verhältnismäßig geringe Zahl unter den zehntausenden Berliner Metallarbeitern ihrer Organisation an, so erklärt es sich, daß das Institut der Kuhnemänner ganz nach seinem Willen schalten und walten kann.

Staatsanwalt und Referendar. In der Ermittlungssache gegen den Referendar Schwabs und Genossen hat die Staatsanwaltschaft bekanntlich beschloffen, das Verfahren einzustellen, weil sie annahm, daß bei der sensationellen Bluthene auf dem Korridor des Gerichtsbauhauses am 15. Juli d. J. der Referendar Schwab nur in Nothwehr gegen die Emilie Berg den Revolver gezogen haben sollte. Gegen diesen Beschuld hat Rechtsanwalt Dr. Grelking mit Erfolg Beschwerde eingelegt und es haben sich bereits 8 Zeugen gemeldet, welche von den Vorgängen eine Darstellung geben, die eine Nothwehr völlig ausgeschlossen erscheinen lassen. Die Vernehmung dieser Zeugen hat gestern bereits begonnen, und durch dieselben soll die Sachlage durchaus so dargelegt worden sein, wie wir es auf grund zuverlässiger Berichterstattung s. B. mitgetheilt haben. Nach dieser Mittheilung war bekanntlich der Pastor Schwab der Angreifer.

Ein Schadenfeuer, welches vorgestern Abend im Hause Holzmärktstraße 2 entstand, nahm die Thätigkeit der Feuerwehre durch mehrere Stunden in Anspruch. Es brannten die Werkstätten einer Pufffederfabrik und einer darüber liegenden Färberei; eine Zeit lang schien durch das Feuer der Stadthofhof Jannowbrücke bedroht, dessen Wohnsteig an das brennende Haus grenzt. Mit fünf Handdruckspritzen und einer Dampfspritze wurde das Feuer isolirt; die Ausräumungsarbeiten zogen sich bis zur frühen Morgenstunde hin.

Zur Bucheraffäre. Wir erhalten folgende Zuschrift: Bezugnehmend auf die Notiz in Ihrer geschätzten Zeitung, daß ein neuer Bucherprozeß „Scholem und Genossen“ schwebt, bitten wir mit Rücksicht darauf, daß unser Name selten vorkommt, um Aufnahme einer Erklärung, daß wir mit dem in diesem Prozeß genannten Scholem weder identisch noch verwandt sind. Hochachtungsvoll Siegfried Scholem, Buchdrucker-Besitzer, Sebastianstraße 20. Arthur Scholem, Buchdrucker-Besitzer, Köhlerstr. 8.

Während der Fahrt auf der Stadtbahn erblindet ist der in der Georgenkirchstraße wohnhafte Kaufmann H. Derfelbe benutzte vor mehreren Tagen die Stadtbahn zu einer Fahrt von Plessur nach dem Bahnhof Alexanderplatz; während der Fahrt schaute der Passagier, sich weit aus dem Fenster hinanschauend, heraus, als er plötzlich einen stechenden Schmerz im rechten Auge verspürte und eine völlige Erblindung desselben wahrnahm. Herr H. begab sich sofort zu einem Augenarzte Dr. C., welcher ein völliges Verlögen der Sehkraft, hervorgerufen durch Eiteranfang am Augennerv, feststellte, welcher durch Zugwind herbeigeführt worden war. Die Erblindung des Auges wird zwar durch ärztliche Behandlung wieder gehoben werden können, doch dürfte eine andauernde Schwächung des erkrankten Nerves zurückbleiben.

Eine Franz Neuz'sche Erfindung, deren Patent bereits angemeldet ist, wird in der ersten Ausführung der neuen Ausstattungs-Pantomime, welche am Donnerstag in Szene geht, vor die Oestlichkeit treten. Es handelt sich um ein mechanisches Bühnenpodium, das sich in größter Geschwindigkeit über den ganzen Rand der Manège spannt und ebenso schnell wieder zu beiseite rückt. Die Handlung der Jirkus-Schauspiele spielt sich nun nicht mehr im Sandboden der Manège, sondern auf diesem erhöhten Nischenpodium ab.

Geringfügige Zwistigkeiten haben den 59 Jahre alten Verwalter des Hauses Spidstr. 16a, namens Karl Men in den Tod getrieben. Er hatte mit seiner Ehefrau am Montag Mittag einen Wortwechsel und begab sich unmittelbar darauf aus dem Hause. Als er nicht zurückkam, machte sich sein 21 Jahre alter Sohn Richard um 5 Uhr Nachmittags auf die Suche nach dem Vater. Er betrat den Handwerker-Schulboden in der Sophienstraße 15, wohin man den Vater hatte gehen sehen. Hier hatte sich der Gesuchte mittels einer Zunderschnur an einer Leiter erhängt und war schon tot.

Schon wieder hat ein Streckenarbeiter auf der Bahn sein Leben aufs Spiel setzen müssen. Am Dienstag Morgen gegen 9 Uhr wurde der unverheiratete Streckenarbeiter Baden, der auf der Strecke an Bude V unweit des hiesigen Anhalter Bahnhofes beschäftigt war, von der Maschine des Lokalfuges, der um 8 Uhr 51 Minuten aus Groß-Dickersfelde hier eintrifft, gefaßt. Ihm wurden die Beine und eine Hand zerquetscht, so daß er mittels Tragetorbes nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht werden mußte. Die Schußwunde ist noch nicht erörtert worden, doch sei bemerkt, daß den Arbeitern auf dieser Strecke keine Hornsignale zur Warnung vor herannahenden Zügen gegeben werden!

Selbstmord in einem Gasthause. Am Sonnabend Nachmittags erliefen in einem Gasthause (Hotel de l'Europe, Taubenstraße 16) ein junger Mann, der sich für den Landwirth Krosch aus Westpreußen ausgab, sofort die Zimmermische bezahle, von einem Ausgange aber erst in der Nacht zum Montag heimkehrte. Am Montag Vormittag um 10 Uhr hörte der Oberkellner von einem Nachbarnzimmer aus zwei Schüsse fallen, die in dem Zimmer Nr. 11, das der angebliche Krosch bewohnte, abgegeben zu sein schienen. Beim Nachsehen ergab sich, daß Krosch in die Wunde lag und sich zwei Schüsse über dem rechten Ohr in den Kopf gejagt hatte. Da er noch lebte, ließ ihn der Polizeileutnant Zehle mittels Krankenwagens nach der Charité bringen, wo er aber schon als Leiche eintraf. Aus hinterlassenen Papieren geht mit Sicherheit hervor, daß es sich um den 21 Jahre alten Landwirth Kurt Krosche handelt, der ein Sohn des früheren Leutnants K. aus Ernter ist und sich einen falschen Namen beigelegt hatte. Welche Gründe den jungen Mann in den Tod getrieben haben, ist noch nicht zu ermitteln gewesen.

Polizeibericht. Am 22. d. Mts. Morgens fiel auf dem Dombauplatze ein Arbeiter ein schwerer Balken auf das Bein und fügte ihm einen Bruch des Unterschenkels bei. — Vormittags schon in einem Hotel ein Mann sich zwei Revolverkugeln in den Kopf. Er wurde noch lebend nach der Charité gebracht. — Von der Michaelstraße sprang Nachmittags ein Mann in die Spree, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen. — Auf dem Boden eines Hauses in der Sophienstraße wurde ein Mann erhängt vorgefunden. — Abends fiel ein Kutscher in der Friedrichstraße von seinem Arbeitswagen, gerieth unter die Räder und wurde an den Hüften erheblich verletzt. — In einem Hause in der Prenzlauer Allee warf ein Schlosser einem Arbeiter ohne jede Veranlassung ein Nischenbeil ins Gesicht und verletzte ihn schwer an der Wacke. — In der Nacht zum 23. d. Mts. gerieth in der Holzmärktstraße ein Mann unter die Räder einer Dreschle und wurde am Arme bedeutend verletzt. — Im Hause Holzmärktstraße 2 brach Abends in den im 2. und 3. Stock des Seitensflügels belegenen Fabrikräumen Feuer aus, das bedeutenden Schaden verursachte. — Außerdem fanden im Laufe des Tages vier kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 23. Oktober 1894.

Stationen.	Barometerstand in mm, reduziert auf Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Stab 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) (90 C. = 40 F.).
Ewinemünde .	762	WNW	2	wolfig	3
Hamburg . . .	764	EO	1	bedeckt	1
Berlin	763	N	1	beiter	3
Wiesbaden . . .	762	SW	—	Regen	8
München	764	SW	5	bedeckt	13
Wien	762	SW	2	halb bedeckt	9
Saparanda . . .	748	SW	2	wolfig	-7
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Cort.	753	EO	6	Regen	13
Aberdeen	764	W	2	beiter	-1
Paris	763	SW	3	bedeckt	12

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 24. Oktober 1894. Theils beiteres, theils nebeliges, am Tage ziemlich warmes Wetter mit mäßigen südlichen Winden, keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Soziale Uebersicht.

Das Risiko der Arbeit ist ein ungleich größeres, als das des Kapitals. Was kann hier verloren gehen? Die Verluste an der Börse sind überhaupt nur scheinbare. Das baare Geld, die Wertpapiere wechseln nur den Besitzer, das immobile Kapital, als Maschinen, Fabriken u. s. w. sind fast stets versichert und werden ersetzt, falls sie zerstört werden; das Leben eines einzigen Arbeiters aber ist nicht zu ersetzen durch Hunderttausende, es ist unüberwindlich darin. Und gegenüber diesen ungeheuren Risiken, dem der Arbeiter jederzeit ausgesetzt ist, was hat er eventuell zu gewinnen? Nichts! Kaum daß der Lohn für seine Arbeit, vorausgesetzt, daß er solche hat, hinreicht, mit seiner Familie ein kümmerliches Leben fristen zu können, und ist er zum Krüppel geworden oder hat er den Tod gefunden, so genügt die Rente nicht, ihn und seine Familie vor Entbehrungen zu schützen. Und Hunderte und Tausende von Arbeitern sind es jährlich, die auf dem Schlachtfelde der Arbeit bleiben. In folgendem geben wir 3 Fälle wieder, die wir in einem rheinischen Arbeiterorgan hintereinander registriert finden: Auf der Zeche Germania (Dortmund) stürzte der Hauer Meinberg von Marlen bei der Ausführung von Reparaturarbeiten in einen Schacht und erlitt einen Bruch des Rückgrats

und einen Schädelbruch. Er starb auf dem Transport zum Krankenhaus.

Ein größlicher Unglücksfall geschah gestern auf dem Walzwerk der Firma Thyssen u. Co. in S t y r u m. Mehrere Arbeiter hatten den Auftrag erhalten, für die elektrische Bahn in Essen bestimmte Röhren zu verladen, und mußten sich dazu eines Bedenkens bedienen. Plötzlich riß die Kette desselben, eine Röhre fiel dem Arbeiter Deßberg auf den Unterleib und zermalmete ihn zu einer unkenntlichen Masse.

Auf der Zeche „Zahlhauser Tiefbau“ (Zahlhausen, Ruhr) fiel der Bergarbeiter Schucht von hier durch den Fußboden der Kohlenwäsche in die Kläber der darunter befindlichen Wäsche. Ein Arm wurde ihm buchstäblich aus dem Körper gerissen, außerdem wurde ihm die Brust vollständig eingedrückt. Er war sofort tot.

Diese 3 Unglücksfälle wurden an einem Tage berichtet. Ein weiterer Unglücksfall wird aus Athen gemeldet. Dort explodirte eine Pulverfabrik, wobei sechs Arbeiter ihren Tod fanden. Ein Heizer wurde fortgeschleudert und ist gerettet worden. Der Besitzer liegt vor Schrecken noch ohnmächtig in seinem Hause. Die nahegelegene königliche Pulverfabrik war in großer Gefahr. Athen ist ganz von Rauchwolken bedeckt. —

Wie der „Pesti Naplo“ meldet, fand heute früh in einem Schachte des Aninaer Bergwerks eine Explosion statt; bisher sind bereits 15 Tote und 20 Schwerverwundete zu Tage gefördert worden. Dem „Berliner Lokalanzeiger“ wird aus Budapest noch weiter telegraphirt: Bei dem Aninaer Grubenunglück wurden neuen Tagesen zufolge 200 Arbeiter durch ein Flammenmeer von der Außenwelt abgeschnitten. Den verzweifeltsten Anstrengungen gelang es, 150 derselben noch lebend herauszubefördern. Bisher sind 88 Leichen, die zum Theil schon verrotzt waren, geborgen worden.

Der städtische Arbeitsnachweis in Köln wird voraussichtlich am 1. Dezember eröffnet werden. Ueber die Statuten soll innerhalb der Stadtverordneten-Versammlung später noch berathen werden; im übrigen wurden die Geldmittel schon jetzt bewilligt. Im ganzen sind an Lokalmietze, für Neubausent und den Jahresbeitrag 4600 M. nöthig.

Zur Einführung des neuen Heilmittels gegen Diphtheritis in den städtischen Krankenhäusern bewilligte die Kölner Stadtverordnetenversammlung 5000 M. — Die Viesfelder Stadtverordneten-Sitzung bewilligte zu dem gleichen Zweck 1000 M.

Die Bauhandwerker-Krankenkasse (Eingeschriebene Hilfskasse Berlin Nr. 118) ist vom Polizeipräsidenten genehmigt und hat die Bescheinigung erhalten, daß sie vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes entspricht. Der Beginn der Thätigkeit der Kasse ist auf den 1. März 1895 festgesetzt. Ausnahmeberechtigte Personen, die sich innerhalb einer Woche nach diesem Tage zur Aufnahme melden, werden ohne Rücksicht auf ihr Alter und ohne ärztliche Untersuchung aufgenommen. Der provisorische Vorstand. C. Behrend, Blumenthalstr. 5.

Gewerkschaftliches.

An alle in der Schirmbranche und verwandten Berufszweigen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wiederum ist es der Agitationskommission der Berliner Schirmarbeiter und Arbeiterinnen gelungen, einen Schritt vorwärts zu thun, indem sie beschlossen hat, Mitte nächsten Monats ein eigenes Fachorgan herauszugeben. An Euch Kollegen wird es nun liegen, ob Ihr gewillt seid, mit uns Schritt zu halten und vorwärts zu streben; an Euch wird es sein zu zeigen, daß Ihr gewillt seid, Euch auszurufen und mitzukämpfen für die Wahrung unserer gemeinsamen Interessen. Leider muß es gesagt werden, daß gerade die Arbeiter und Arbeiterinnen der Schirmbranche sich um die Wahrnehmung ihrer heiligsten Interessen nicht in dem Maße bekümmern, als es in anbetracht ihrer elenden Lage, in der sie sich größtentheils befinden, erforderlich wäre. Kollegen! Hier ist Euch Gelegenheit gegeben, den Beweis zu erbringen, daß in unseren Reihen die Erkenntnis immer mehr um sich greift, daß die Befreiung der arbeitenden Menschheit von dem Druck des Kapitalismus unsere vornehmste Aufgabe ist. Darum verfaßt Eurem zukünftigen einzigen Fachorgan, welches voll und ganz Eure Interessen vertreten wird und das Schallrohr Eurer Gedanken sein wird die weiteste Verbreitung. Sendt jeder Adresse ein, damit die Nummer 1 in die Hände aller Interessenten gelangen kann.

Die Agitations-Kommission der Schirmarbeiter und Arbeiterinnen. Adressen von Kollegen und Detailisten bitten wir zu senden an Max Simon, Berlin SO., Naunynstraße 57, vorn parterre links.

NB. Alle Arbeiterblätter werden um gefällige Aufnahme gebeten.

Die Stuhlbaure der Stuhlfabrik Brandmühle bei Kreischa sind in Anspruch getreten, um bessere Behandlung zu erzielen, und bitten deshalb, den Zugang streng fern zu halten. NB. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Der nationale Bergarbeiter-Kongress soll nach einem Beschlusse des Komitees, dem die Vorarbeiten übertragen worden waren, am 26. und 27. Dezember in Bochum oder in Essen stattfinden. Als provisorische Tagesordnung hat man festgesetzt: 1. Die achtstündige Schicht. 2. Verbot der Frauen- und Kinderarbeit in und auf den Gruben. 3. Festsetzung eines Minimallohnes. 4. Bereinigungsfrage. Sämmtliche deutsche Arbeiter werden in Abtheilungen gruppiert, worüber noch in dem nächste Woche erscheinenden Aufrufe näheres bekannt gegeben wird.

Der Streik der Arbeiter in Alipol in Spanien, welcher sechs Monate hindurch dauerte, ist beendet.

Gerichts-Beitrag.

Die beleidigte Charlottenburger Polizei. Vor dem Charlottenburger Schöffengericht stand am 23. Oktober unser Parteigenosse Buchdrucker Otto G ö r k e unter der Anklage, die dortige Polizeibehörde beleidigt zu haben. Er hatte in einer im Juli d. J. abgehaltenen Verammlung die bedauerlichen Vorgänge verurtheilt, zu der in Charlottenburg unzufriedene polnische Arbeiter von frommen Leuten verführt worden waren. An gewisser Stelle, so soll sich G ö r k e geäußert haben, hätte man es vielleicht gern gesehen, wenn in der sozialdemokratischen Versammlung, in der die armen Polen randallirt hätten, ein kleiner Landfriedensbruch entständen wäre.

Diese beleidigende Äußerung bezog die Charlottenburger Polizeibehörde auf sich und stellte Strafantrag. Aus der Verhandlung vor dem Schöffengericht verdient das Verhalten des als Zeugen vorgeladenen Polizeileutnants M u n d t hervorgehoben zu werden. Dieser Herr nannte unseren angeklagten Parteigenossen unter Zeugeneid wörtlich „einen der bisflüchtigen Redner, die wir haben“; der Angeklagte sei als g e w e r b s m ä ß i g e r A g i t a t o r z u betrachten, als ein Mann, dem es darum ankomme, bestraft zu werden, da „bekanntlich“ jeder sozialdemokratische Agitator einige Monate hinter sich haben müsse, um vollständig zu erscheinen.

Leitere unter Zeugeneid abgegebene Äußerung gab selbst dem Vorsitzenden Veranlassung, den Polizeibeamten darauf aufmerksam zu machen, daß solche Reden unschicklich und zum mindesten als sehr gewagte Behauptungen zu betrachten seien. Eigenhändig berückte es, daß der Polizeileutnant sich im übrigen auf einen Bericht des Zeitungsredakteurs W i r c h berief, den dieser der „Charlottenburger Zeitung“ geliefert hatte. W i r c h hatte sich in jener Versammlung gleich nach G ö r k e zum Wort

gemeldet und das Vorgehen des Beamten, der nämlich Görke wegen der inkriminierten Äußerungen vom Platz weg verhaften wollte, durch die Äußerung gebilligt, daß der Vorredner sich leider in einer Weise ausgelassen habe, wie er es nicht dürfe. Der Staatsanwalt beantragte, die inkriminierte Äußerung mit einem Monat Gefängnis zu bestrafen.

In seiner Verteidigung nahm Görke auf die Ansichten, die der Polizeileutnant über die sozialdemokratische Partei zum Besten gab, gebührend Bezug. Erkannt wurde noch über den Antrag des Staatsanwalts hinaus, nämlich auf sechs Wochen Gefängnis.

Der Vorsitzende betonte bei der Urtheilsbegründung, daß der Angeklagte ohne Zweifel im Interesse seiner Partei gehandelt habe, ob er aber dazu berechtigt war, das zu unternehmen, lehne das Gericht ab. Der § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) finde keine Anwendung. Die gethane Äußerung könne nur auf die Polizei gemünzt sein und enthalte solch schwere Beleidigung, daß sich eine empfindliche Strafe rechtfertige, die noch schärfer ausgefallen wäre, wenn der Gerichtshof nicht die bisherige Unbescholtenheit Görke's strafmildernd in Betracht gezogen hätte.

Die Brutalität eines sogenannten Gebildeten vor Gericht. Der Student Albert Steink hatte sich gestern wegen einer ganz gemeinen Nothheit vor dem Schöffengerichte zu verantworten. In einer Julinacht kam der Angeklagte mit

mehreren Kumpanen aus einer Restauration in der Nähe des Oranienburger Thors. Sie befanden sich sämtlich in der üblichen „angeheiterten Stimmung“, die man an Arbeitern mit den Worten kennzeichnet: „Der Kerl ist besoffen.“ Zwei Damen, welche des Weges kamen, wurden von ihnen umringt. Beide verlangten energisch, daß man sie unbelästigt lasse und die eine von ihnen, ein Fräulein Sp., bemerkte zu dem ihr zunächst stehenden Angeklagten: „Das ist nicht das Benehmen eines gebildeten Herrn, sondern das eines dummen Jungen!“ Darauf hieb der rohe Burche ihr mit seinem biden Spazierstock mit solcher Wucht über den Kopf, daß sie aus einer tiefen Kopfwunde blutend ohnmächtig zu Boden sank. Die Jungin Sp. ließ dem Gerichtshofe ihre blutbespritzten Kleider unterbreiten. Sie ist längere Zeit bettlägerig gewesen und leidet infolge der Verwundung an periodisch auftretenden Kopfschmerzen. Vor Gericht suchte sich der Angeklagte feiger Weise mit dem Einwand herauszureißen, daß er von der Dame, die er angerempelt hatte, zuerst mit einem Schirm geschlagen worden sei. Diese Behauptung konnte jedoch in keiner Weise erwiesen werden. Der Gerichtshof erkannte gegen den Angeklagten, der sich einer anständigen Dame gegenüber roh wie ein Zuhälter benommen hatte, auf eine Geldstrafe von nur dreihundert Mark, indem er die Trunkenheit des gebildeten Angeklagten als strafmildernd in Betracht zog.

Wegen Unterschlagung von Krankenkassen-Geldern hatte sich gestern der Tischlergeselle K. aus Groß-Lichterfelde vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Derselbe war Kassier der dortigen Kranken- und Sterbefälle der Tischler, bis bei einer Revision in der Kasse ein Fehlbetrag von 455 M. festgestellt wurde, wovon 208 M. nicht zu belegen waren. Der gefändigte Angeklagte entschuldigte sich mit langer Arbeitslosigkeit sowie mit Krankheits- und Sterbefällen in der Familie. Diese Entschuldigung erschien so glaubhaft, daß nur auf vierzehn Tage Gefängnis erkannt wurde.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Schilff (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.
N. B. 100. Die erste Frage finden Sie in jedem Kalender beantwortet, und über die zweite giebt Ihnen jedes 7jährige Schulkind Auskunft. Die Nachricht über die Vergrößerung der Brauerei ist uns nicht bekannt.
H. Müller, Bankov. Eine derartige Erklärung können wir im redaktionellen Theil nicht veröffentlichen.
H. A., Stettin. Genz, Treßlowstr. 26a.
Benzig. Weil die Post besondere Beilage-Gebühren erhebt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, den 24. Oktober. Opernhaus. Tristan und Isolde. Schauspielhaus. Die die Alten Jungen. Fassung-Theater. Die Schmetterlingsfledermaus. Deutsches Theater. Die Kameraden. Berliner Theater. Das Heirathsdienst. Pankow-Theater. Ein Fallissement. Neues Theater. Komödianten. Friedrich-Wilhelmsstadt. Theater. Der Vogelhändler. Residenz-Theater. (Théâtre libre.) La Tanto Léontine. Jacques Damour. Theater Unter den Linden. Orpheus in der Unterwelt. Selkalliance-Theater. König Rausche. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi. Central-Theater. O! diese Berliner! Alexanderplatz-Theater. Der Mikado. National-Theater. Verbotene Liebe. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung. Parodie-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.) Wallner-Theaterstrasse. Mittwoch, 24. Oktober, Abends 8 Uhr: Ein Fallissement. Donnerstag, 25. Oktober, Abds. 8 Uhr: Ein Fallissement. Freitag, den 26. Oktober, Abends 8 Uhr: Ein Fallissement.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30. Direction: Richard Schulz. Emil Thomas a. S. Anna Bäckers. Josefine Dora. Zum 54. Male: O! diese Berliner!

Große Fosse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern nach Salinger's Reise durch Berlin von Julius Freund. Musik von Jul. Einödshofer. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen und folgende Tage: O, diese Berliner!

Adolph Ernst-Theater

Charley's Tante. Schwan in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazzi. Parodistische Fosse in einem Akt von Ed. Jacobson und Benno Jacobson. Musik von Franz Roth. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Jeder Besucher der morgen stattfindenden Jubiläumsvorstellung erhält ein Souvenir-Exemplar gratis.

Alcazar

Vaudeville- u. Variété-Theater Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage) Vornehmster Familienaufenthalt. Neu! Sensationell! Neu! Pusebach auf Korea. Neu! Mr. Chong und Geschwister Sarno. Neu! Auftreten sämtl. Spezialitäten. Entree: Wochenf. 20 Pf., Sonntags 40 Pf. Anfang: Wochenf. 7 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr. R. Winkler.

National-Theater. Circus Renz

Große Frankfurterstraße 132. Gastspiel des fliegenden Serpentin-Ballets, arrangirt vom Balletmeister Géza Zimmer.

Verbotene Liebe.

Berliner Sittenbild in 4 Akten nach einem vorhandenen Stoffe von G. Reny. Regie: Max Samst. Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr. Morgen: Volks-Vorstellung. Othello, der Mohr v. Venedig.

Castan's Panopticum.

Hassan Ali der grösste Mensch der Welt. Prinzess Topase das kleinste Menschenkind. Mexikanische Riesen-Cacteen in noch nie gesehener Größe.

Passage-Panopticum.

51 wilde Weiber aus Dahomey. Die Fergenshautel, neueste Illusion.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20. Säle und Vereinszimmer von 20-600 Personen. Winter-Paletots zu billigen aber festen Preisen empfiehlt Julius Lindenbaum, Große Frankfurterstraße 139.

Lüchtiger Gesang-Lehrer,

theoretisch und praktisch gebildet, wird als Bundes-Divigent für den Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend gesucht. - Reflektanten werden ersucht, ihre Adressen einzusenden an Ad. Neumann, Berlin N., Pasewalkstr. 3.

Achtung! Achtung!

Allgem. Verein d. Töpfer und Berufsgenossen Deutschlands, Filiale Berlin.

Mitglieder-Versammlung am Freitag, den 26. Oktober 1894, Abends 6 Uhr, in Gröndel's Saal, Brunnenstraße 188.

Tages-Ordnung: 1. Die Lage der Fensterfrage. 2. Die Verhandlungen der Gewerkschafts-Kommission bezüglich unserer Stellungnahme zur Fensterfrage. 246/7. Unsere Mitglieder werden dringend ersucht, in dieser Versammlung vollständig und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Luxuspapier-Branchen.

Donnerstag, den 25. Oktober 1894, Abends 8 1/2 Uhr: Grosse öffentliche Versammlung

aller in der Luxuspapier-Branchen besch. Arbeiter und Arbeiterinnen im Lokal von Kelle, Schönhauser Allee 28. Tages-Ordnung: 1. Warum organisiren wir uns? 2. Die Zustände in der Fabrik von Israel. Referent Kollege A. Sailer. 3. Diskussion und Werkstatt-Angelegenheiten. 76/5. Zu dieser Versammlung sind die Kollegen und Kolleginnen von Israel, Heymann u. Schmidt, Kutzner u. Bayer, Hohorstolz u. Lange, sowie die in der Spinnpapier-Branchen beschäftigten Personen ganz besonders eingeladen. Der Einberufer.

Carlstrasse. Mittwoch, den 24. Oktober cr., Abends 7 1/2 Uhr: Zum letzten Male. Auf auf zur frühlichen Jagd.

Außerdem: d. oöpr. Hengst Blaudel, vorgef. vom Dir. Fr. Renz; d. Schulpferd Cromwell und der Steiger Alp, ger. von Hrl. Wally Renz; Colmar, ger. v. Herrn Ernst Renz; die Neufährerinnen Geschw. Hoffmann; d. renom. Akrobaten Gebr. Eugène; d. Klowns Gebr. Villand etc. Croissanos electricus (d. geheimnißvolle Wacksthum, pant. Schwan vom Dir. Fr. Renz.

Donnerstag: Zum 1. Male: Tj. ni en (Weim Jahreswechsel in Peking), gr. Manege-Schauspiel v. Dir. Fr. Renz.

Sonntag, Nachm. 4 Uhr: Romiker-Vorstellung (1 Kind unter 10 Jahren frei). Fr. Renz, Kommissionsrath.

Kartonbranche.

Donnerstag, den 25. Oktober, Abends 7 1/2 Uhr:

Versammlung

bei Wilke, Andreasstr. 26. Tagesordnung: 1. Können Gewerbe-Inspektion und Polizei den gesetzlichen Bestimmungen bez. der Arbeiterinnen dauernd Geltung verschaffen? Ref. W. Wach. 2. Die Mißstände in der Kartonfabrik von Max Wunderlich. 76/7. Zahlreiches Erscheinen erwarten. Die Vertrauenspersonen. NB. Die Kolleginnen werden gewarnt, in der Fabrik von Cohn und Friedländer, Stralauerstraße 58, Arbeit zu nehmen. D. D.

Kartonarbeiter.

In der Kartonfabrik von M. Wolff, Neue Friedrichstraße 48, sind Differenzen mit den Zuschneidern ausgebrochen und ist deshalb die Fabrik zu meiden. Die Kollegen.

Achtung! Sozialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, den 25. Oktober 1894, Abends 9 Uhr, bei W. Gröndel, Brunnenstr. 188. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Heymann über: „Die Philosophie des Sozialismus“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 282/6. Gäste haben Zutritt. Der Vorstand.

Lederarbeiter.

Oeffentl. Versammlung

aller in der Lederfabrikation besch. Arbeiter (als Weißgerber, Lohgerber, Färber u. s. w.) am Donnerstag, den 25. Oktober, Abends 8 Uhr, im „Victoria-Garten“, Badstrasse 12. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Heinrich Schütz über: „Der Einfluß des Kapitalismus auf die Wohnungsverhältnisse“. 2. Diskussion. 3. Wahl der Revisoren zur Abrechnung. 4. Bericht des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission. 5. Verschiedenes. 556/5. Der Vertrauensmann.

Achtung! Achtung!

Musikinstrumenten-Arbeiter.

Montag, den 29. Oktober, in Sanssouci, Kottbusstr. 4a: Große öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Wie stellen sich die Kollegen zu dem bevorstehenden Lohnkampf? Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber ist es Ehrenfache, daß alle Kollegen am Platze sind. Die Frontenpuffer außer dem Hause sind besonders eingeladen. 197/19. Die Werkstatt-Kontrollkommission.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 28. Oktober cr., Vormittags 10 Uhr: Grosse öffentliche Versammlung

der Maurer Berlins und Umgegend in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20. Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zur Wahl von Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission. 2. Unsere Stellung zur Presse. 3. Gewerkschaftliches. 188/13. Die Vertrauensmänner der Berliner Maurer. J. A.: F. Freydank.

Achtung! Moabit. Achtung!

Oeffentliche Volksversammlung

am Donnerstag, den 25. Oktober, Abends 8 1/2 Uhr, im Victoria-Salon, Perlebergerstr. 13. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Otto Näther über: Der Bierbockott und die bürgerliche Gesellschaft. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 297/2. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vertrauensmann.

Fritz Bock, Schneidermeister, Oranienstr. 204.

Herren- u. Knabengarderobe, fertig und nach Maß. - Garantie für tadellosen Sitz. Große Auswahl in deutschen und englischen Stoffen. Bestellungen in kürzester Zeit. - Billigste, feste Preise. 982/4.

Künstl. Zähne, vorzügl. u. Garantie, schmerzlos, Zahnschmerz beseitigt, schmerzlos, loses Zahnziehen. Theilzahlung. Goldstein, Oranienstr. 123

Sumatra, deckt mit 1 1/4 Pfund, heiß, brennt schneeweiß, per Pfund 3,30 Mark, verkauft Carl Roland, Mariannenstraße 23.

Alte Stiefel, gr. Ausw. Best. u. Reparatur, reell u. bill. Rauge, Reichenbergerstr. 178. 558/5

Gute rothe Kartoffeln

sind zu haben bei Dahms, Adlershof, Hackenbergerstr. 20. 547/5

Die Niederlage von hochfeinem Speise-Leinöl aus der Tabakmühle b. Zinnig N.B. befindet sich Plödenstrasse 5 pt. Wiederverkäufer gesucht.

Brehm's Thierleben, Andree's Handballas, Lexika von Meyer u. Brockhaus und andere Werke laßt Hannemann, Kochstr. 56, 1 Tr

Unfalljahren, Klagen, Eingaben, Genossen empfehle ich meine Möbel-Spiegel- und Polsterwaren, auch gebrauchte. Chr. Behrend, Grüne Weg 13. 161/5

Theilzahlung, Monatl. 10 M. liefert Comprowski, Schneidermeister, Berlin O, Südeustr. 57 I.

Für die Berliner Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die geistige Gewinnliste der preuß. Lotterie bei.

Arbeiter! Parteigenossen!

Die Verhandlungen wegen Beendigung des Bierboikotts sind abgebrochen worden, weil die Ringbrauereien eine Bedingung stellten, deren Annahme mit der Ehre der Arbeiterschaft unvereinbar ist. Die Vertreter des Brauerings hatten die Stirn zu fordern, daß der Friedensschluß davon abhängig gemacht werde, daß 33 Arbeiter nie mehr in den Betrieben der Ringbrauer beschäftigt werden.

Arbeiter! Parteigenossen! Ohne jeden Anlaß seitens der betreffenden Arbeiter sind am 16. Mai Hunderte aufs Pflaster geworfen worden. Und nun sollen nach monatelanger Aussperrung, nach monatelangen Entbehrungen dreißig Arbeiter dauernd dem Elend, für immer der Existenzlosigkeit, also dem langsamen Zugrundegehen überliefert werden, dreißig Mann, von denen keiner Schuld an dem Boikott trägt. Sie sollen als Opfer des Kapitalistenübermuthes auf der Strecke bleiben. An der barbarischen Doppelbestimmung des 16. Mai hatte der Brauering nicht genug — seine Rache verlangt die Vernichtung von weiteren dreißig Existenzen. Arbeiter! Genossen! Wir wissen, daß wir in Eurem Sinne gehandelt haben, als wir diesem ungeheuerlichen Ansinne ein empörtes kurzes Nein entgegensetzten und die Verhandlungen abbrachen. Die Arbeiter Berlins konnten und wollten einen ehrlichen Frieden schließen; niemals aber werden wir unsere Hand dazu bieten, niemals werden die Klassenbewußten, in den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie organisirten Arbeiter dulden, daß ein

ehroloser Friede

geschlossen wird.

Nun ist die Entscheidung getroffen. Der Boikott muß mit erneuter und vermehrter Energie fortgeführt werden. Die Parole

Kein Tropfen Ringbier

muß mit unwiderstehlicher Macht zur Durchführung gelangen.

Jeder einzelne Arbeiter muß seine ganze Kraft aufwenden, um den Boikott zur vollen Wirkung zu bringen. Dazu ist nöthig, daß die gesammte Arbeiterschaft mit verdoppelter Kraft Hand ans Werk legt, die zur Organisation, Ueberwachung und Durchführung des Boikotts erforderlichen Maßregeln energisch zu unterstützen.

Es bedarf aller Kraft, aller Energie, denn die Brauerdirektoren haben offen erklärt, die Unterwerfung der Berliner Arbeiterschaft durch neue Massenmaßregelungen erzwingen zu wollen!

Arbeiter, Parteigenossen! Der Brauering hat zwar Millionen zur Verfügung und wird in diesem Klassenkampfe auch fernerhin Hunderttausende opfern; hinter uns aber stehen die Massen, auf unserer Seite ist das Recht, ist die Begeisterung, ist der Opfermuth. Und an Euren Opfermuth appelliren wir abermals.

Die unschuldigen Opfer kapitalistischen Uebermuthes dürfen nicht dem Hunger preisgegeben werden. Seit Monaten liegen diese Hunderte existenzlos auf der Straße. Wir wenden uns deshalb an die Arbeiter von ganz Deutschland um thatkräftige und schnelle Unterstützung.

Der Kampf ist uns aufgezwungen worden. Die Berliner Arbeiterschaft hat den Handschuh ausgezogen und sie wird den Kampf durchführen bis zum Ende.

Arbeiter! Euer Klassen-Interesse nicht bloß, Eure Klassen-Ehre ist im Spiel. Da giebt es keinen anderen Gedanken als Sieg!

Vorwärts zum Sieg! Kein Tropfen Ringbier! Hoch der Boikott!

Die Boykott-Kommission.

Boikottfreies Bier liefern:

- Brauerei Carlsberg, Friedrich Reichenron, Charlottenburg.
- Brauerei Wilhelmshöhe, E. Lehmann, Berlin.
- Brauerei Pichelsdorf, Direktor Hoffmann.
- Münchener Brauhaus, Aktien-Gesellschaft, Berlin.
- Süddeutsche Brauerei, Karl Ring u. Co., Berlin.
- Brauerei Müggelschlöfchen, Friedrichshagen.
- Nordstern-Brauerei, Berlin.
- Rathenower Exportbrauerei-Niederlage, Juh. Max Demhardt, N.W., Hannoverstr. 18a. Tel. III. 8178.
- Schloßbrauerei, Fürstenwalde. Niederlage bei Franz Heiser, N., Liesenstr. 5.
- Bürgerliches Brauhaus (in Firma Müller), Frankfurt a. D. Niederlage Greifswalderstr. 228.
- Phönix-Brauerei, E. Radon, Lichterfelde.
- Brauerei Jagdschlöfchen, Eberswalde. Niederlage Edm. Kenter, Swinemünderstr. 45.
- Brauerei Wusterhausen, Vertreter: Max Fleischer, Reichenbergerstr. 155.
- Brauerei Tivoli, Strausberg. Niederlage Stabernad, Mühlenstraße 49a.
- Louisen-Brauerei, Bellermannstr. 71a/72.
- Brauerei Lang, Freienwalde a. D. Vertreter: W. Marten, N., Gartenstr. 152.
- Bürgerliches Brauhaus, Ludenwalde. Niederlage Gust. Spieckermann, Weberstr. 66.
- Export-Brauerei Grabow a. D. bei Stettin. Niederlage Marten, Bellermannstr. 6.

Arbeiter-Sanitäts-Kommission.

Zum Chariteboikott. Vergangene Woche ging durch die Presse die Nachricht, daß sich Kriegs-, Finanz- und Bautechniker, Beamte vom Ministerium des Innern, beamtete Bautechniker und Hygieniker in der Charite ein Stellbündnis gegeben, um sich durch den Augenschein von der Berechtigung unseres Boikotts zu überzeugen.

Die bürgerlichen Blätter sehen in diesem Erfolg — unserer Agitation den ersten Schritt zur Besserung, der den baldigen Neubau in die Wege leiten würde.

Wir Sozialdemokraten sind nicht so vertrauensselig, wir wissen aus der Vergangenheit, daß es an Verheißungen und Versprechungen auch früher nicht gefehlt hat; leider wurden sie nie in die That umgesetzt. Herrn Miquel, dem Umstürzler a. D., mögen die

medizinischen und bautechnischen Sachverständigen die Dringlichkeit dieses „Umsturzes“ noch so beweglich ad oculos demonstrieren, er hält die Taschen zu, handelt es sich doch nicht um nothleidende Agrarier, sondern nur um kranke Arbeiter. Herr Bronsart v. Scheleendorff braucht die Millionen für neue Mordwaffen, Kasernen und ähnliche Kulturzwede — gegenüber so dringlichen Behürfnissen treten Kleinigkeiten wie die Niederbrechung hygienisch unzulässiger Krankenhäuser in den Hintergrund.

Freilich in einer Richtung liegen die Verhältnisse dies Mal anders, zum ersten Mal verlangen die organisirten Arbeiter, die Kranken selbst ihr Recht und haben diesem Verlangen durch den Boikott einen auch für den Herrn Finanzminister empfindlichen Nachdruck verliehen. Gelingt es, das Manco der Charite-Einnahme im preussischen Staatsbudget immer empfindlicher zu machen — nun, diesen Beweidgründen verschließt sich auch der Militärhaat nicht auf die Dauer.

Die Sozialdemokraten sind gewohnt, ganze Arbeit zu machen, sie werden in dem Chariteboikott nicht nachlassen, bis die Millionen in den Etat auch wirklich eingestellt sind, bis der Umbau Thatsache geworden.

Außerdem wollen die Herren von der Charite-Verwaltung und der Regierung nicht vergessen, daß der Umbau zwar ein Punkt unserer Forderungen ist, aber nicht der einzige. Gleich unläßliche Bedingungen für die Aufhebung des Boikotts sind der Fortfall des Kasernentons und der inhumanen Behandlung, die Besserung der Wartung und Verpflegung, der Fortfall des Zwanges zur Demonstration, der unnötigen Verbote und Strafen, insbesondere auf der Abtheilung für Geschlechtskranke („weiß Zuhälter“, wie Herr Spinola meinte) und endlich die Ueberwachung des Krankenhauses durch die organisirten Arbeiter. Und ein großer Theil dieser Forderungen läßt sich ohne die verlangten Millionen, ja ohne einen Pfennig Geld erfüllen, wenn die Chariteverwaltung und die Staatsregierung nur einigen guten Willen zeigen und sich zu der Einsicht bequemen, daß die Arbeiter — auch Menschen sind.

An den Arbeitern wird es liegen, ihr Programm ganz zu erfüllen und nicht früher diesen „Kulturkampf“ (im eigentlichen Sinne des Wortes) aufzugeben, bis in jeder Beziehung menschenwürdige Zustände in der Charite geschaffen sind.

Unserer Aufforderung an die Krankenkassen, ihre Abrechnungen mit der Charite vom 1. Juli 1892 bis 1. Juli 1894, nach Quartalen geordnet, und zu übergeben, sind bisher nachgekommen:

die Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter, die Orts-Krankenkassen der Bergolder, Nadler und Siebmacher, Goldschmiede, Töpfer und Guttmacher.

Wir ersuchen die übrigen Rassenvorstände, das Gleiche zu thun, wir ersuchen die Mitglieder und insbesondere die Delegirten der Krankenkassen, für die Erfüllung unserer Bitte Sorge zu tragen und nach wie vor für

die Durchführung des Charite-Boikotts zu agitiren.

Mit der beginnenden Kälte werden für die Arbeiter die Wohnungsverhältnisse wieder unbilllicher, werden die nassen Wohnungen zur Ursache der mannigfaltigen Schädlichkeiten für deren Insassen. Das unter den bestehenden Verhältnissen dieser Mißbrauch mit der menschlichen Gesundheit getrieben werden kann, beruht auf den ökonomischen Interessengegensätzen.

Die Rücksicht auf eine einträgliche Verzinsung seines Kapitals veranlaßt den Grundbesitzer, einen jeden noch so verwahrlosten und gesundheitsgefährlichen Raum zu vermieten und der Proletarier ist gezwungen, weil seine Mittel für bessere und gesunde Wohnungen nicht ausreichen, zu nehmen, was ihm gubdigt geboten wird, wenn ihm auch zehnmal die Zerrüttung seiner mit seiner Familie Gesundheit als sichtbare und unaussprechliche Folge vor Augen steht.

Die Erkenntnis, daß diese Zustände mit dem heutigen System unänderbar verknüpft sind, wird uns jedoch nie veranlassen, von einer gebührenden Beleuchtung und Schilderung derselben Abstand zu nehmen und die Forderung zu wiederholen, daß Staat und Gemeinde hier eingzugreifen haben.

Alexandrinenstr. 71, Kellerladen und Wohnung. Im Fußboden sieht der Schwamm, Wände naß und schimmelig. Thür so defekt, daß man die Hand durchstoßen kann. Das Wasser läuft an den Wänden hinunter, sämtliche Sachen und Kleidungsstücke schimmelig. Da auch die Fenster defekt sind, ist es in der Wohnung sehr kalt. Frau ist kränzlich. Die Räume liegen 1,70 Meter unter dem Straßenniveau.

Oranienstr. 44, linker Seitenflügel, rechte und linke Kellerwohnung. Der Fußboden ist vom Schwamm durchfressen, Wände naß, Wohnungen sehr finster, liegen 1,72 Meter unter dem Straßenniveau. Neben der linken Kellerwohnung liegt die Waschküche, die Kinder klagen über Kopf- und Halsschmerzen; vor den Fenstern der rechten Wohnung liegt auf dem Hofe eine Dungsgrube.

Elisabeth-Ufer 46, Kellerwohnung, bestehend aus Stube und Küche; die Außenwände sind naß und schimmelig, der Fußboden asphaltirt. In der Küche droht die Kochmaschine einzufallen, daher sehr feuergefährlich. Die Wohnung liegt 1,68 Meter unter dem Straßenniveau.

Gerichtsstr. 89. In jeder Etage befinden sich auf den Treppen für je 16 Haushaltungen 2 Klosets, welche fast täglich verstopft und sehr unsauber sind. In den Wohnungen der 3. und 4. Etage befinden sich fast gar keine Kochvorrichtungen, so daß die Miether selbst eiserne Oefen aufgestellt haben, die ohne Schutzbleche und daher sehr feuergefährlich sind. Räufe und Schwaben sind stark im Hause vertreten. Treppenbeleuchtung wird durch Petroleumlampen sehr mangelhaft hergestellt, manchen Tag soll sie gar nicht vorhanden sein. Auf dem Hofe zwei meist überfüllte Müllkästen, daneben beträchtliche Müllhaufen. Das Haus

Theater.

Schauspielhaus. Das königliche Schauspielhaus scheint die ernsthafteste Kritik kaum mehr beschäftigen zu wollen oder beschäftigen zu können. Verübt man nicht kindische Harmlosigkeit, so läßt man doch praktischen Kampf gegen den Umsturz. Am Sonntag wurde ein neues Lustspiel „Wie die Alten Jungen“ von Karl Niemann gegeben. Der Autor ist Journalist im Dessauischen. Ein kluger, spekulativer Cabotin folgt er dem Wink, der da befragt, die dramatische Kunst habe Magdendienste bei der patriotisch-loyalen Erziehung zu leisten; und also sah er sich föhlich belohnt. Der Hof wohnt der Erkaufführung seiner Komödie bei. Das Lustspiel, armselig in seinem künstlerischen Gehalt, läßt auf eine Verherrlichung des Soldatenfürsten Leopolds von Dessau (des alten Dessauers) und seiner Annaliese hinaus. Wenn der Dessauer seine plumpten Späße macht, wenn er die Stimmung der Dessauer Bürger eigenmächtig verbrennt, weil auf ihnen ein Bürgermeister vorgeschlagen war, den der spaßhafte Fürst als Steuerverweigerer haßt; wenn er einem kriecherischen Bürger mit seinem schweren Stock auf die Zehen klopf; wenn vollends gar die Grenadiere mit hohen Blechmähen aufmarschiren, da wieherte das Publikum vor Entzücken. Nicht satt sehen konnte es sich an dem Autor, der sich beseligt vor der Hofloge verbeugte. Erquicklich an dem so unerquicklichen niedrigen Schauspiel war einzig die seltene komische Kraft der Frau Schramm. Sie gab eine alte Pölerin, die unter all' dem Bürgerpack im alten Dessau jetzt allein vor dem patriarchalischen Despoten sich kein Blatt vor den Mund nimmt.

Französische Schauspiele im Neuen und im Residenz-Theater.

Pailleron's „Cabotins“, eine Komödie, die auf der bedeutendsten französischen Bühne, dem Theatre francais viel Glück gemacht hatte, gelangten am Sonnabend im Neuen Theater zum ersten Male auf die Deutsche Bühne. In der deutschen Uebersetzung nannte man „Cabotins“ Komödianten. Das ist nicht ganz zutreffend für den Begriff „Cabotins“, der das Strebertum, das soziale, das politische und das künstlerische zugleich in sich schließt. Die Leute spielen nicht bloß Komödie um der Komödie willen, sie legen bestimmte Masken an, nicht um an der Maske Freude zu vergnügen, sie heucheln in bewußter Absicht, um ein Stück Vortheil, ein Ehrenzeichen, eine Stellung im Salon, und vor allen Dingen ein tüchtiges Maß Baargeld zu ergattern. Unsere Gesellschaft ist in der Auflösung begriffen, so definiert Pailleron die Seelenstimmung der Cabotins, also sieht jeder, wo er bleibt und wo er einen feyen Deute aus dem allgemeinen Klau für sich erjoge. Der eine reumt einer Moberichtung nach, die ihn mittragen helfe, der andere heuchelt Enthusiasmus für die Kunst, die ihm doch nur eine Melktah ist, der prostituiert den Journalismus, jener seine politische Ueberzeugung. Die Prostitution in der Kunst speziell, die in gewissen Modelfalons getrieben wird, schamlos und lappisch zugleich, wü nun Pailleron in seinen Cabotins geisteln. Eine Aufgabe, die eines satirischen Genies wohl würdig wäre. Allein zwischen Beginn und Vollbringen liegt bei Pailleron eine gewaltige Kluft. Pailleron's vorzüglichste Eigenschaften sind die des Gauferns, im besondern Pariser Wortsinne. Der Gaufer, der Plauderer, soll vor allen Dingen ein heiterer, großzügiger Mann sein. Etwas vom Allereilmenschen steckt unbedingt in ihm und in literarischem Charakter Pailleron's gleichfalls, und am Ende ge-

hört Pailleron in gewissem Sinne eben auch zu der langen Reihe von Cabotins. Denn er läßt die Kunst, jedermann gefallen zu wollen, und selbst, wo er angreift, peitschen seine Liebe nicht, sie erregen bloß ein Prickeln auf der Oberfläche. Ihm fehlt das Pathos, die Leidenschaftlichkeit des Hasses, und ein satirisches Genie kann das Pathos so wenig entbehren, wie ein tragisches Genie. Die Maler und die Bildhauer, die Journalisten und Dichter, die sich in der wilden Vereinigung „Lomate“ bei Pailleron zusammenschließen, sind durchaus nicht die Glücksjäger, deren Zimmerlichkeit bittere Empfindungen wecken könnte, es sind eigentlich durch die Gauferien des Autors ganz nette Leute geworden, deren moralischen Buckel der Autor selber durchaus nicht allzu ernsthaft nimmt. Solche Spielerei mit ernsthaften Dingen weckt allemal ein wenig Unbehagen; und die Erwartungen, die Pailleron im ersten Akt erregt hatte, gingen zum Schluß nicht in Erfüllung. Manches feingefühlteste Wort ging gewiß in der ziemlich unbeholfenen deutschen Uebersetzung von Otto Reumann-Josser verloren; wenn aber alles blank herausgekommen wäre, wie im französischen Original, so hätte die Komödie darum doch schwerlich einen weit lebhafteren Eindruck hinterlassen, als sie that. Wo man Hohn verlangt, herausfordernden Hohn und wo man mit seinem feilheitonistischen Geplauder anant vortet wird, da ist etwas innerlich brüchig. Eine Satire, sanft, vorsichtig und liebendwürdig vorgetragen, das stimmt nicht zusammen. Dem Lumpengesindel, das nicht durch Streben, sondern durch Streberei, nicht durch Können, sondern durch gesellschaftliche Verbindungen und Heilame vorwärts kommen will, steht ein einsamer braver Künstler gegenüber. Pailleron's Satire will Miemanden verletzen. Was ist nicht an Neben so oft vorkommt, oap die Lichtigkeit, die steht, von 129 Gemeinheit

ist im allgemeinen sehr unfauber. Verwalter erklärt, nichts machen zu lassen.

Alte Jakobstraße 120. Nach Angaben des Beschwerdeführers soll die auf unsere Veröffentlichung hin recherchierte Polizei von der Hauswirthin in einen falschen Keller geführt worden sein, so daß sie den gerügten Schutthaufen natürlich nicht entdecken konnte. Nicht eine einmalige, sondern ständige Kontrolle durch eigens dazu vorgebildete Gesundheitsaufseher thut noth.

Josephstr. 4. rechter Seitenflügel, Dachwohnung, bestehend aus Stube und Küche, ist feucht und dunkel, liegt über dem Pferdestall, an die Stube grenzt der Heuboden; unter dem Treppenaufgang befinden sich 2 Klosets, welche Gestank verbreiten. Die Miether klagen viel über Mäuse, welche aus dem Müllkasten kommen. In der Stube stehen 2 Betten für 5 Personen, darunter 3 Kinder. Der Gesundheitszustand der letzteren ist nicht günstig, da die Wohnung überhaupt gesundheitsschädlich und unbewohnbar ist.

Steinmehlr. 55. Kellerwohnungen im Hinterhause in völlig unbrauchbarem Zustande. In einer derselben, früher Tischlerwerkstatt, sind die Dielen versaut, Wände starren vor Schmutz, Kachelofen überhaupt nicht brauchbar. Wohnungen liegen 1,57 Meter unter dem Straßenniveau.

Angestellte der Berliner Dampfstraßenbahn-Gesellschaft klagen über den Mangel an Klosets an den Stationen „Bahnhof Steglitz“ und „Alter Bietzen“. In letzterer Station ist für den Mann, der von früh bis Abends Noths auszugeben hat, gar kein Unterkommen für den Winter geschaffen.

In Nr. 229 des „Vorwärts“ „berichtigt“ Herr Gahner, Mecherstr. 11, die Angaben über Schlafräume in seiner Bäckerei in unserem letzten Bericht. Unser Kontrolleur besieht auf der Richtigkeit seiner Angaben, die Nachkontrolle durch einen zweiten Kontrolleur verweigerte Herr Gahner!

Gerichts-Beilage.

Gewerbegericht.

Der Bussfeller ein Kaufmann. Der Bussfeller Sch. klagte auf Lohnentschädigung gegen den Restaurateur S. Es wird festgestellt, daß Kläger vom Beklagten das von ihm in dessen Lokal verpackte Bier in sogenanntem Tonnenpacht nahm. Er zahlte für die Tonne eine bestimmte Summe und ihm gehörte der volle Ertrag. Die Differenz zwischen diesem und die gezahlte Summe war sein Verdienst. Kläger wurde wegen Unzulänglichkeit des Gerichts abgewiesen. Gründe: Durch die Tonnenpacht werde ein Handelsvertrag vollzogen. Der Bussfeller sei, wenn er ausschließlich Bier kaufe und es zu einem höheren Preise wieder verkaufe, ein Kaufmann und nicht ein Gewerbegehilfe. Daß die Stellung eines solchen Bussfellers äußerlich der Stellung eines Gewerbegehilfen entspreche, ändere an seinem Charakter als Kaufmann nichts; ebenso wenig wie gewisse Neupflichten in der Ausübung des Berufs den Handlungsgehilfen und die weiblichen Angestellten einer Konditorei, welche z. B. durch das Verabreichen von Waaren an Gäste eine äußerliche Ähnlichkeit mit Kellnern gewännen, zu Gewerbegehilfen bez. -Gehilfinnen machten. Rechtlich bleibe der Tonnenpächter, Bussfeller genannt, ein Kaufmann.

Daß ein Hauswirth sich eines ihm kontraktlich zustehenden Rechtes gegen einen Miether begiebt, wenn er die laufenden Mieten ohne Vorbehalt in Empfang nimmt, zeigte ein Rechtsstreit, welcher vor der 20. Zivilkammer des hiesigen Landgerichts I zur Erledigung gelangte. Die Hausbesitzerin L. hatte dem Strohmann J. in ihrem Hause Statyerstr. 33 eine aus Stube und Küche bestehende Wohnung zu einem Miethepreise von monatlich 26 M. vermietet, und im § 8 des Miethekontraks war ausdrücklich gesagt, daß die Vermieterin das Recht habe, den Miether zu exmitiren, falls dieser seine Wohnräume Atermietern überlasse. Gleichwohl nahm J. ein junges Mädchen in Schlafstelle. Erst nach einigen Monaten verlangte die Hauswirthin die Entfernung der Atermietern und strengte, da J. ihre Aufforderungen nicht befolgte, die Exmissionsklage an. Die Klägerin wurde unter folgender Begründung abgewiesen: die Klägerin hat von der Aufnahme der Atermietern schon am 8. Oktober Kenntniz erlangt und trotz dieser Kenntniz im November und Dezember widerprüchlich die Miete angenommen. Längeres Dulden des Miethers in der Wohnung trotz Kenntniz von der Aufnahme eines Atermiethers sei aber zweifellos, trotz der entgegenstehenden Vertragsbestimmung, als Genehmigung zur Aufnahme des Atermiethers zu deuten und entziehe dem Vermieter das Recht, wegen Aufnahme dieses Atermiethers Entfernung des Miethers zu fordern (Riendorff-Mugdan, Preuß. Mietrecht S. 124). Die

erdrückt wird, die eine reiche Familie hat, das trifft in Pailleron's Manier nie zu. Bewahre! Die Tugend kann ein Weibchen leiden. Zum Schluß wird sie gekrönt, und Pierre, der wirklich geniale Bildhauer, erhält den ersten Preis auf der Ausstellung und die Hand eines braven Mädchens, das von Schandmählern eine Zeit lang verkommen war. Raum über den Durchschnitt erhob sich das Zusammenpiel im Neuen Theater, wenn man von Herrn Bonn absteht, der einen spekulativen, fündigen Journalisten spielte, wie er sich von kleinen Anfängen zum angehenden Deputirten emporgeschwindelt. Die Unverfrorenheit des Mannes traf er ganz vorzüglich, schade nur, daß er die Gestalt nicht noch durch einen Schuß von Humor belebte.

Ein französisches Schauspiel, das der Komödie von Pailleron im Charakter völlig entgegengesetzt ist, brachte das Théâtre Libre zur Darstellung. Es ist die Komödie La Dupe von Georges Ancey. Ancey ist ein junger Schriftsteller. Er steht in den vorderen Reihen jener, die den starken Formalismus und den allzeit bedächtigen akademischen Ton bekämpfen, der vor lauter Bedächtigkeit zu seiner Krastierung kommt. Ancey war daher eine Stütze der Pariser Freien Bühne, die der ängstlichen konventionellen Bühnenliteratur den Krieg erklärt hatte. Nach unseren, nach deutschen Begriffen wäre Ancey ein Radikaler, nicht so sehr im Hinblick auf die künstlerische Form, als vielmehr in der Wahl seines Stoffgebietes. Die Tradition in der Bühnenkunst ist bei den Franzosen eine weit stärkere Gewalt noch, als bei uns. Das erfieht man daraus, daß Ancey ein gefährlicher Naturalist genannt werden konnte; und doch hat er nichts gethan, als daß er seine Komödie in lockerer, stützenhafter Komposition belieh. Ihm kam es mehr auf sein psychologisches Beispiel an und da wählte er — allerdings radikal — eines der kräftigsten Muster. Wo ein Pailleron, den Zylinderhut in der Hand, jedem Hohn, jeder „Nahbeugtheit“ in weitem Bogen aus dem Wege geht, da steht Ancey seine Lust darein, in bitterstem, grellstem Hohnschlächter anzubringen. Ja, er wagt in seinem Radikalismus künstlerisch bedenkliche Schritte, der Hohn kann ihm nicht scharf und bitter genug erklingen. Er schreitet bis zur äußersten Unwahrscheinlichkeit, er sucht das Normale auf, nur um mit seiner herben Anschauung Recht behalten zu können. Was ist eure Liebe, eure beseligende Liebe, die Ihr in süßen Worten besingt und in rosa Farben abmalst? ruft er aus. Ich kenne eine Liebe, die ist lauter Brinnst und sie reißt den Menschen ins Elend und in die elckste Hölle. La Dupe, die Betrogene, ist solch ein Weib, das von der Liebe befeuert ist. Man hat sie an einen gemüthstollen Mann verhandelt; weltmännische Gewandtheit täuschte bei dem Bräutigam über seine Erbärmlichkeit hinweg. Während der Ehe aber erwacht die Weisheit in ihm. Er bringt sein Weib mit einer Wairresse. Was er der Gattin flehrt, wirft er der Geliebten in den Schooß. Adels, sein Weib, weis davon; sie erkennt, daß ihre Leidenschaft ein Laster sei, aber sie kann vor dem Gatten nicht lassen. Er bringt Adelen in Armut, — handelt sie, wie der roheste

Klage wurde deshalb kostenpflichtig abgewiesen. Hiergegen legte die Klägerin Berufung ein, aber die Zivilkammer schloß sich dem Amtsgericht durchweg an und verwarf das Rechtsmittel.

Sächsische Justiz. Inkriminirt war ein die Schule kritisirender Artikel in Nr. 38 der sächsischen „Arbeiterzeitung“, den unser Präsident Bruderorgan dem „Hamburger Echo“ entnommen hatte. Als verantwortlicher Redakteur war Robert Emil Eichhorn gezeichnet, dieser aber wies nach, daß er seine Einwilligung zur Drucklegung des Artikels nicht gegeben habe, er habe die Redaktion an jenem Tage verlassen, um in den Landtag zu gehen, nachdem er das Material für die Nr. 38 zusammengestellt. Nachher habe man die Entdeckung gemacht, daß das Material nicht ausreichte und ein anderer Redakteur habe angeordnet, den inkriminirten Artikel als Leitartikel aufzunehmen. Eichhorn wurde jedoch am 13. Juni vom Landgericht in Dresden wegen Preßvergehens zu 100 M. Geldstrafe ev. 10 Tagen Gefängniß verurtheilt, wobei als strafmildernd ins Gewicht fiel, daß der Artikel kein Originalartikel gewesen. Auf die Revision des Angeklagten wurde heute das Urtheil vom Reichsgericht aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückerwiesen, weil die zum Thatbestand des Vergehens erforderlichen Thatfachen nicht genügend festgestellt seien.

Versammlungen.

Eine Versammlung der Deputirten tagte am 14. Oktober in Wieners Salon, Alte Jakobstraße. Das Referat hatte der Genosse Lehner übernommen, der über das Thema: „Werth und Nutzen der Organisation“ sprach. Die betriebskritik des Redners an den heutigen wirtschaftlichen Zuständen fanden in der Versammlung allseitige Zustimmung, so daß von einer Diskussion Abstand genommen wurde. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wird ein Antrag angenommen, in nächster Zeit ein Vergnügen zu arrangiren.

In dem wegen Ueberfüllung polizeilich abgesperrten Gründelschen Lokale in der Brunnenstraße sprach auf Veranlassung der Arbeiter-Bildungsschule am 15. Oktober Wilhelm Dieblnecht über das Thema: „Was ist Natur?“ Der Mißbrauch, der mit dem Wort Natur getrieben würde — ähnlich wie mit dem Worte Freiheit — veranlaßte den Referenten, zur Wahl eines derartigen Themas. Wer und was füge sich nicht alles auf die „Natur“! Seit Rousseau, der in der Aera des entarteten Despotismus und der unnatürlichen Zivilisation sein: Zurück zur Natur rief, bis auf die heutige moderne Zeit gebraucht so mancher das Wort recht unpassend für seine Ziele und Zwecke. Von gleichen Vorkellungen ausgehend wie die biblische Legende und gleich unrichtig wie diese, suchte Jean Jacques Rousseau seine Idealmenschen, sittlich, geistig und körperlich gesunde Menschen, in der Vergangenheit. Nicht aber sei die Menschheit von einem früheren Idealszustande herabgekommen, gesunken, sondern die Wissenschaft gebe unwiderlegliche Beweise, daß aufwärts ihr Gang geht, nicht in großer Linie freilich, sondern in spiralförmig aufsteigender Linie, wie Humboldt das treffend ausgedrückt habe. Kampf gegen die Zivilisation bedeute eine geistige Verirrung; sei nicht die Zivilisation selber in der Natur begründet? Sei nicht die Ungleichheit bei Thier und Mensch Natur? Kraft seiner Natur konnte der Mensch sich Wissen erwerben und Gewalt über die Natur erlangen, und damit Kultur. Das habe zur Folge, die Bildung von Gruppen, Stämmen, und so fort bis zur Staatsbildung. Der Kampf aller gegen alle wurde so eingeschränkt. Der moderne Staat hat in der Theorie das Prinzip der Gleichberechtigung aller Menschen anerkannt, die Praxis zeigt allerdings ein anderes Bild. Der Krieg aller gegen alle dauert auf ökonomischem Gebiet fort.

Wer wollte leugnen, daß gegen früher große Fortschritte zu verzeichnen seien! Die Natur der Menschen drängt ihn vorwärts. Wenn man aber sage, der Arbeiter von heute liehe sich besser als die Königin Elisabeth von England, die kein Hemd gehabt habe, was heute doch jeder Arbeiter habe, so ist das Schwindel. Ist der Abstand zwischen einem Großbourgeois und einem Arbeiter von heute nicht bedeutend größer, als vor dreihundert Jahren der Unterschied zwischen der Lebenshaltung eines Arbeiters und einer Königin? In diesem Abstand liegt die Wurzel des Sozialismus, und in der Erkenntnis, daß nur eine fehlerhafte Organisation der Gesellschaft s. verhinert, daß alle an den Erzeugnissen der Kultur theilnehmen. Doch nicht hinter uns, in der Vergangenheit, nein, vor uns liegt das Paradies. Rousseau mit seinem Naturbegriff stellt also die Natur thatsächlich auf den Kopf.

Eine ähnlich verkehrte Ansicht von der Natur, wie Rousseau, haben die Anhänger der Natur-Heilmethode, der naturgemäßen Lebensweise und anderer auf die „Natur“ sich stützenden Lehren. Ihre „Natur“ ist eine Ein-

Stroch. Adels läßt sich von ihm scheiden. Aber als ein halbes Jahr vergangen ist und ihr Gatte sich ihr wieder nähert, ein Schiffbrüchiger, verkommen und verwest, da benimmt die freie Leidenschaft Adelen wieder alle Sinne. Sie theilt mit dem Elenden, was ihr geblieben war und willigt in das Erniedrigendste ein. Sie wird selber die Maitresse ihres einstigen Gatten. Mit dieser grausamen, unbarmherzigen Ironie schließt die Komödie, die da lehrt, wehe dem Schwachen, dem eine starke Leidenschaft gepakt hat. Wie Herr Antoine, der Führer und der Erste in seiner Truppe, den Stroch von Gatten spielte, das war ein graufiges Charakterstück; in den Ausbrüchen des Höllelosen klemmend wahr.

Herrn Antoine gebührt auch das Verdienst, fremdländische Bühnenwerke von Bedeutung dem Pariser Publikum, das sich dem Auslande gegenüber hochmüthiger verhält, als das irgend einer anderen Großstadt, vorgeführt zu haben. Er war es, der Jben's „Gespenster“ und Hauptmann's „Weber“ nach Paris brachte und an zwei besonders charakteristischen Beispielen zeigte, welche literarischen Strömungen außerhalb Frankreichs nach Geltung ringen. Wie er die „Gespenster“ in Paris gab, zeigte er in einer Berliner Aufführung am Residenztheater. Es war nichts Vollendetes, nur ein Versuch; aber ein Versuch, der manches nationale Vorurtheil erschütterte und bewies, daß auch französische Gemüther die gräßliche, schwere Melancholie in Jben's Dichtung begreifen können.

Literarisches.

Wer zerstört die Familie? Vom Verfasser der so betitelten Brochüre erhielten wir folgende Zuschrift:

Wer zerstört die Familie? Ihr Herr „gl.“ macht mir den Vorwurf, ich stehe noch in den Vorurtheilen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, weil ich gesagt habe, „der Wunsch, eine Person, die man liebt, und von der man geliebt wird, sicher und zweifellos zu besitzen, ist ein sehr natürlicher menschlicher Wunsch, daß eine Gesellschaft, die dem nicht Rechnung tragen wollte, unheilbar zersprengt würde.“ Herr „gl.“ legt auf das Wort „besitzen“ den Ton, es schreut ihn, es erinnert ihn an „Erlaubenbedürfnis“!

Nur fachte! Die Personen, die sich gegenseitig lieben, wie es in meiner Ausführung ausdrücklich Voraussetzung ist, „besitzen“ sich gegenseitig. Es wäre also der eine in der Sklaverei des anderen. Das soll nicht sehr gefährlich oder demüthigend sein, wie jeder weiß, der einmal im Leben so recht herzlich geliebt hat und ebenso geliebt worden ist.

Diese Personen schließen einen Ehe-Vertrag, in dem sie sich gegenseitig Treue versprechen und sie verlangen und dürfen verlangen, daß dieser Vertrag mit Garantien umgeben wird, die ihn vor Eingriff von Außen und vor leichtfertiger Sprennung durch einen Theil sichern.

bildung! Naturgemäß heißt doch, gemäß der menschlichen Natur und gemäß der äußeren Natur. Das ist aber nicht gegen die Wissenschaft. Was thut die Wissenschaft anderes, als das Wesen, die Gesetze der Natur zu erforschen? Die Wissenschaft ist in letzter Linie nichts anderes als die Erkenntnis der Natur; die Natur ist ja Alles, das ist. Stetig schreitet die Erkenntnis der Natur vor, neue und immer neue Wahrheiten werden auf dem Gebiete des Wissens im allgemeinen und insbesondere auf dem der Heilkunde entdeckt (Bakterien, Bedeutung der Hautporen u. s. w.). Vermessen würde es sein, wenn jemand ohne genaue Kenntniz der menschlichen Organe, ohne wirklich wissenschaftliche Bildung sich in diesen Dingen ein Urtheil erlauben wollte. Meist eifert man im Namen der „Natur“ gegen Theorien, die von den Aerzten selber schon seit längerer Zeit aufgegeben sind; der hygienische Nutzen des Wassers u. s. w. wird heute ausnahmslos anerkannt von den Rebjünnern. Der Streit der Naturärzte gegen die wissenschaftliche Medizin gehe die Partei nicht an, die keine Akademie sei. Das Streben, hygienische Kenntnize zu verbreiten, ist gewiß zu loben. Aber das Eifern gegen die Wissenschaft zieme sich nicht für die Anhänger einer Partei, die sich auf die Wissenschaft stütze, das sage er (Medner), obwohl er persönlich noch nie Medicamente gebraucht habe und jedenfalls nach Kräften „naturgemäß“ lebe.

Nach in der Kunst mache sich eine Richtung breit, die mit souveräner Beachtung neue Bahnen dadurch zu wandeln glaube, daß sie „naturalistisch“, rein natürlich sei. Das rein natürliche seien aber zumeist rein physische, besonders geschlechtliche Vorgänge und Funktionen, deren Schilderung den Hauptvorwurf der Kunst bilde. Homer, der große Naturdichter, und Goethe, auch ein Naturdichter im höchsten Sinne des Wortes, der in der That alle Seiten des menschlichen Thuns und Empfindens behandelt hat, sind diesen modernen „Naturalisten“ ein überwundener Standpunkt. Aber ist denn die einfache Wiedergabe des Wirklichen Kunst? Ist Natur und Kunst eins? Und ist das Thierische die Menschennatur? Es ist ein Theil seiner Natur, aber nicht die ganze. Wir wären ja keine Menschen, wenn unser Leben auf die thierischen Funktionen beschränkt wäre. Es muß folchem ungesunden Gang gegenüber betont werden, daß die Menschen auch geistige Eigenschaften und Funktionen haben, und daß sie mit diesen geschildert werden müssen. Ich bin gewiß nicht geübt, allein was man in gesitteter Gesellschaft nicht thut oder bespricht, das gehört auch nicht auf die Bühne, nicht in die Kunst. Die sozialdemokratische Partei lehnt auf dem Boden der Wissenschaft und der Kunst; nichts Menschliches ist ihr fremd, wie jenem Dichter des Alterthums, aber dagegen muß sie sich verwahren, daß sie mit dem sogenannten Naturalismus, dieser krankhaften Entartung der Kunst identisirt wird.

Das Problem: Was ist die Natur? ist so groß und unendlich wie die Natur selbst, es wird niemals ganz gelöst werden, eben weil die Natur unendlich ist. Aber wir kommen immer weiter — eine dunkle Erde nach der anderen wird erleuchtet, und so weit sind wir schon heute, daß das höchste Problem der Menschennatur gelöst werden kann: die soziale Frage. In der Beherrschung der Natur haben wir solche Fortschritte gemacht, daß bei einer vernünftigen Einrichtung der Gesellschaft jedem Gesellschaftsmitglied ein menschenwürdiges Dasein und die volle Entfaltung der Menschennatur gesichert ist.

Medner empfiehlt zum Schluß den Beitritt zur Arbeiter-Bildungsschule, die ihr rechtliches Theil dazu beiträgt, Naturerkentnis zu verbreiten.

Die Anwesenden gaben ihre Zustimmung zu den Ausführungen des Redners durch allgemeinen Beifall zu erkennen.

Nachdem in der Diskussion Ludwig, Frau Ludwig, Frau Schäblich und Vager das Wort genommen hatten, behandelte der Referent in seinem Schlusswort noch kurz einige hygienische Progen. — Ein Hoch auf die freie Wissenschaft und auf die Bildungsschule bildete den Beschluß der imposanten Versammlung.

Wie der Vorsitzende Platon bekannt gab, werden in nächster Zeit noch mehrere derartige Versammlungen zum Besten der Schule abgehalten werden.

Am 15. Oktober er. hielt der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter von Berlin und Umgegend eine Branchensammlung für die Formver, Sternmacher und Berufsgenossen ab. Der Referent Genosse Locke sprach in einem interessanten Vortrag über das Thema: „Der Arbeiter im Klassenkampf“. Redner giebt in seinen Darstellungen einen Ueberblick über die Arbeiterbewegung der verschiedenen Industrieländer, hauptsächlich die von England und Frankreich eingehend behandelnd, und betont die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation neben der politischen. Nur eine kräftige gewerkschaftliche Organisation könne die wirtschaftlichen Ansprüche der Arbeiter erfolgreich führen und auf die Existenzbedingungen derselben bessernd einwirken. Auch von anderen Rednern wird noch in kräftigen Worten zur Organisation aufgefördert. Die

Wie oft kommt es nicht vor, daß eine junge Frau wegen irgend eines kleinen Janis mit dem Gemahl ruft: „Du liebst mich nicht mehr!“ und zur Mutter läuft, wo ihr dann klar gemacht wird, daß die Ehe kein Taubenschlag, sondern mit sittlichen und geistlichen Schranken umgeben ist. Sie kehrt zurück und der Mann hat sich dieserhalb auch gar nicht sehr beunruhigt.

Es wäre aber entsehrlich, wenn der eine oder der andere Theil gleich seiner ärgerlichen Laune folgend, in die Arme einer dritten Person fallen könnte. Die Ehe muß mit Garantien umgeben werden der Eheleute selbst wegen.

Das ist nicht ein bürgerliches Vorurtheil, sondern meine aus der praktischen Erfahrung eines langen und ereignisreichen Lebens gewonnene Ueberzeugung, die ich übrigens niemandem aufdrängen will. Es ist kein „krasser Widerspruch“ und nur die Unachtsamkeit des Herrn „gl.“ kann den Widerspruch annehmen, wenn ich weiter sage, die Ehe soll auf die Liebe gestellt werden, denn mein erster Satz hebt eben die gegenseitige Liebe voraus.

Ich halte die heute in Preußen gültigen Ehegesetzbuchgründe, wenn der vermögensrechtliche Zwang fortfällt, für durchaus ausreichend, um eine Ehe zu trennen, die einem Theile zur Last geworden ist, denn heute kann er vom anderen Theile nur an der Vermögensfrage festgehalten werden.

Die Reason meiner Ausführung war die: der sozialdemokratische Zukunftsstaat braucht keine looderen Ehe, als sie heut besteht. Der Vorwurf, der uns gemacht wird, wir wollen die Ehe zerstören, ist daher ungerechtfertigt. Uebrigens wird die Form der Ehe sich den Verhältnissen anpassen.

Aus diesen Gründen muß ich den mir gemachten Vorwurf, ich stehe in kapitalistischen Vorurtheilen, als leichtfertig zurückweisen.

Kurtav Reiser.

Zu vorstehender Zuschrift habe ich zu bemerken:

Es ist mir unverständlich, wie Herr Reiser glauben kann durch diese Ausführungen meine Kritik zu widerlegen. Er behauptet ja vollumfänglich, was ich an seinen Forderungen betrefis der Gestaltung des Eheverhältnisses in einer sozialistischen Gesellschaft anzusehen hatte. Es handelt sich nicht nur um das Wort „besitzen“, obgleich es charakteristisch ist, daß dem Verfasser dieser aus der Verslavung des Weibes herabrende Ausdruck ganz natürlich und passend erscheint, um das eheliche Verhältnis zu bezeichnen — es handelt sich vielmehr um die thatsächliche Gestaltung der Ehe. Da will ich denn, um die Auffassung Reiser's in's klare Licht treten zu lassen, den von mir in der Kritik und von ihm selbst in der Erwiderung angeführten Zitaten aus seiner Schrift nach das folgende beibringen:

Freilich soll die Ehe die Menschen nicht in unlösliche Sklaverei schlagen, aber die Scheidungsgründe, wie sie heut in Deutschland bestehen (Nutzere, Ehrlosigkeit, Gewaltthat gegen den anderen Gatten, böswilliges Verlassen, Verweigerung



Pianino kauft Kube, Adalbertstr. 66.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L.
am hiesigen Plage wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billige
Preise! Sämtliche im Handel
befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Möbel, Spiegel
Franz Kernien, Tischlermeister, Seydelstr. 8.

Milchfäbel, Kannen, Satten, Maße,
Siebe, Tafelwaagen,
Lampen, Rührapparate, Buttermaschinen
Butterfnetzer, Drehrollen.
Jordan, Kl. Markstr. 28.

**Möbel-
Gelegenheitskauf**
zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen
von 200-1000 M. Teilzahlung ge-
stattet. Elegante Kuschbaum- u. Maho-
goni-Meiderispinden u. Vertikons 30 M.,
einfache 20 M.; Sophas, Bettstellen mit
Matratze 20 M.; Waschtiseltten, Küchen-
spinden, Kommoden 12 M.; Stühle 3 M.;
Sophasische 6 M.; Säulen-Trumeaux
65 M.; Plüschgarnitur 60 u. 100 M.;
Paneelsophas 80 M.; Buffets, Silber-
schränke, Herren-Schreibtische, Schreib-
sekretäre, Zylinder-Bureau, Spiegel
(wenig gebrauchte) zu halben Preisen
und sollte es Niemand versäumen, wer
gut und reell kaufen will, mein großes
Lager zu besichtigen. Gefauste Möbel
werden bis Januar kostenfrei aufbe-
wahrt, transportiert und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

und Polsterwaren. Große Auswahl
in Kuschbaum und Mahagoni, empfiehlt zu
billigen Preisen 7068*

**Sonntags-
Werktags-
Engl. Leder-
Hosen** von 1,50 an
in großer Auswahl zu billigen, festen
Preisen empf. Julius Lindenbaum,
Grosse Frankfurterstrasse 139.

**Grosse Auswahl
Damen-Mäntel**
eigener Fabrik, neueste Façons,
enorm billig.
Regen-Paletot, anschliessend
und lose, aus besten engl. Stoffen,
 chic, neueste Façons, 10 M.,
12 M., 15 M.
Regen-Paletot mit abzu-
nehmender Pelzine, mit u. ohne
Capuchon, 12, 15, 20 M.
Regen-Mäntel mit Hohen-
soltern-Pelzine, mit und ohne
Capuchon u. reicher Applikations-
stickerei, 18, 20, 25 M.
Schafsch-Mäntel in grösster
Auswahl, 10, 12 u. 15 M.
Golf Cape (Herbst-Umhang)
letzte Neuheit,
in leichten, warmen Stoffen.
Grosse Farben-Auswahl, 7,50,
9, 12, 15 u. 20 M.
Jaquets für Herbst u. Winter,
sehr chic Façons in
den neuesten Farben u. Stoffen,
9 M., 10 M., 12 M., 15 M.
Plüsch-Jaquets 30 u. 40 M.
Plüsch-Capes und Kragen,
echt engl. Seal, 30, 40,
50 Mark. 929L*

**Mäntel-Fabrik
Sielmann & Rosenberg**
Berlin, Kommandantenstr.,
Ecke Lindenstraße.

**S. Neumann's
Zentral-Bazar.**
1. Geschäft: Andrastr. 62.
2. Geschäft: Frankfurterstr. 90,
Ecke Markstrasse. 8159*

Durch Gelegenheitskäufe und Massen-
ablässe große Posten in Haus- und
Küchengeräten, Emaille, Porzellan,
Stengut, Holzwaren, Wabenwaren,
Waschtänder, Gardinenstangen 50 Pfg.
Kosteten von 8 Pf. an zc. zc. wie be-
kannt zu den billigsten Preisen.

**In
Roh-
Tabaken
und Utensilien für
Cigarren-Fabrikanten
!! billigster
Einkauf!!
W. Hermann Müller
Berlin
Neue Friedrich-Strasse 9.
Strong reelle Bedienung.
Creditgewährung
nach Uebereinkunft!!
Ein Jeder mache den Versuch.**

Hoabt Ocht! 5916*
Die billigsten langen und kurzen Pfeifen,
nur Fabrikpreise, Raunynstr. 51.

**Feith's weltberühmte
Harmonikas**
Genationell! Reichheit!

mit Metall-Schlagzügen, wodurch ein
Reichtum der Töne erzielt wird,
ist die schönste, praktischste im
Zoo. Große Form mit 16 Klappen,
3 Registerzügen, doppeltstimmig,
in doppelter Ausführung, nur
12 M. Dielele etwas kleiner
10 M. Dielele mit 3 Register,
3 Klappen, 12 M. Dielele mit 4 Re-
gister, doppeltstimmig, 15 M. Dielele
mit 16 Klappen, 3 Register, doppeltstimmig,
14 M. Dielele mit 21 Klappen,
4 Register 20 M.

Ariophon
(Hochdruck-Harmonika) D. R. P. 50765
mit 16 Klappen, 3 Register, doppeltstimmig,
in doppelter Ausführung, wodurch eine un-
gewöhnliche Reichhaltigkeit erzielt wird,
Wohlklang und auch abgelesen werden.
16 Klappen, 3 Register, doppeltstimmig,
16 M. Dielele mit 21 Klappen,
4 Register, 20 M.

durch Feith's Neuheiten-Vertrieb,
Dresden, Pirnaischerstr. 34.
Filiale: Berlin C., Stralauerstr. 41.

Ausschank
der Brauerei
Pichelsdorf.

Fritz Zubeil
(vis-à-vis der
Neuenburgerstrasse)
(früher Raunynstr. 86)
empfehl den Parteigenossen, sowie allen Freunden und Bekannten nebst
deren Familien sein neuverordnetes
Weiss- u. Gairisch-Bierlokal
nebst schönem Naturgarten sowie Saal (ca. 300 Personen fassend)
zu öffentlichen Versammlungen, für Vereine und Festlichkeiten.
Mehrere Vereinszimmer mit Pianinos, 2 franz. Billards u. Regel-
bahnen. Mittagstisch sowie Speisen à la carte zu jeder Tageszeit zu
soliden Preisen. — Wiener Arbeiter-Zeitung und sonstige politische
und Fachzeitungen liegen aus. Fernsprecher Amt IV. No. 1399.



Arbeiter Berlins!
Die Fabrikate der ansgerperrten Schuhmacher
in Erfurt werden jetzt, außer in den bekannten
Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen
Bellealliancestr. 98/99 und
Rosenthalerstr. 63/64
in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten
Preisen verkauft. Wir bitten um durch reichliche
Einkäufe zu unterstützen. 786L*
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.

Den verehrten Hausfrauen
wird hiermit das anerkannt vorzügliche
**Dr. Thompson's
Seifenpulver,**
welches sich seit 20 Jahren einer immer steigenden Beliebtheit
erfreut, in empfehlende Erinnerung gebracht.
Zum Waschen der Wäsche und Reinigen aller möglichen
Gegenstände gibt es nichts Besseres und Billigeres als
Dr. Thompson's Seifenpulver!
Das Gewebe wird bei dessen Anwendung mehr geschont
als bei irgend einer anderen Waschmethode; dabei ergibt man
blendend weisse Wäsche, welche einen angenehmen frischen Geruch
bekommt.
Große Ersparnis an Zeit und Geld wird garantiert!
Man hüte sich vor den geringwertigen Nach-
ahmungen, welche theils in ähnlicher Packung, theils unter dem
Namen „Seifenextrakt“ dem Publikum angeboten werden.
Man verlange ausdrücklich: **Dr. Thompson's**
Seifenpulver mit der Schwanmarke „Schwan“ und wisse
alle Nachahmungen energisch zurück! 74M

Jaquet-Anzüge
in Kammgarn und Cheviot zu billigen
aber festen Preisen empfiehlt
Julius Lindenbaum,
Grosse Frankfurterstrasse 139.

37 Als anerkannt reelle und **37**
billigste Einkaufs-Quelle des
Süd-Ostens für
**Gold-, Silber-,
Alfenidewaren** (Eg. Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Strasse 37

Kunstmann, Uhrmacher,
Charlottenburg, Ballstr. 108. 2783b

Stempel Vereins-Abzeichen zc.
H. Guttman,
Brunnenstr. 9.

Wienöfen, gut erhalten, Dauerbrands-
maschinen, alle Größen billig.
Braun, Lothringerstr. 108.

**Rock- und
Gesellschafts-Anzüge**
in besten Stoffen u. grösster Auswahl
zu billigen aber festen Preisen empfiehlt
Julius Lindenbaum,
Grosse Frankfurterstrasse 139.

**A. Specht, Markgrafen-
Strasse 83.
Saal und Vereinszimmer.
Ringfreies Bier!**

Vereinszimmer und Bahnhöfe zu
vergeben. (4875)
**F. Gasser, Brunnenstrasse 106,
Ecke Rammelsstraße.**

Zeile allen Freunden und Bekannten
mit, daß ich mein Schankgeschäft vom
Mariannenplatz 28 nach der Urban-
strasse 109, Ecke Schönleinstraße, ver-
legt habe. (553b) **L. Grubert.**

Halt!
Donnerstag Abend: Grosses Gänse-
auspielen auf dem Billard bei
**G. Schultz, Wasserhorst. 55.
Anschaut Münchener Brauhaus.**

Gr. Vereinszimmer Neue Poststr. 49
Frdl. Schlafstelle zu verm. Blücher-
strasse 55, Ugb. part. 551b

Freundliche Schlafstelle (2 Herren)
557b **Schäfer, Sebastianstr. 72.**

Baßfänger. 552b
Ein guter 1 zum humor. Quartett
gewünscht. Landsberger Allee 158, S. I.

Arbeitsmarkt.
**Sperre! Sperre!
Achtung!
Muffinstrumenten-Arbeiter!**
Die Pianofabrik von **Höhne & Sell**
ist für alle Branchen gesperrt.
197/14 **Die Kommission.**
Kartonarbeiterinnen, geübt, w. verl.,
Kommandantenstr. 15. 557b
Zusammensetzer verl. Königsberger-
strasse 20. 554b

Rechtsbureau Stallschreiberstr. 43 I.
Alles billigst. 812b*

66. Resterhandlung. 66.
Billig Reite zu Knaben-Anzügen von
1 M. Große Anzüge von 7 M. an
bis zum feinsten Kammgarn, auch pass.
zu Einsegnungs-Anzügen. Große Aus-
wahl in Paletotstoffen, sowie zu Früh-
jahrs- und Sommermänteln, Jaquets,
Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen.
Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch
angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Rohtabak.
Grösste Auswahl. Billigste Preise.
Formen, Bockfaçon,
wieder vorrätig.
Heinrich Franck,
Brunnenstr. 185.

**Achtung! Kein Laden.
Kontroll-Schuhmarke.**
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
1 Marl. Garantie rein amerikanische
Tabake. Nippentalstr. 2 Pfd. 70 Pfg.
711*
H. F. Finslage,
Rottbuserstr. 4, Hof part.

1000 Modell-Regenmäntel!
von 6-18 M., elegante Winter-
Jaquets 7-15 M., Modell-Jaquets
10-18 M., Watirtis Röder mit
Pelzbesatz 8-20 M., elegante
Golf-Capes 7-15 M. Ladenpreis
das doppelte. Leipzigstr. 91, I.

Schmerzlozes Rabnzieden, Nervödt.
Süss, Baldenfeinstr. 82.

**Halb und Halb.
Mampe mit
Pomeranzen**
Felske Likörmischung
Champagnerflasche Mark 1,25
Carl Mampe
Urkörbrik Berlin, N. 28

Wegen **Umbau** meiner **Geschäftsräume**
meines seit 21 Jahren be-
stehenden Warenlagers:
gelangen die **Restbestände**
**Teppiche! Fertige Wäsche!
Gardinen! Steppdecken!
Portiären! Leinenwaren!**
zu spottbilligen
Preisen zum
Ausverkauf.
Am Stadt-
bahnhof
Börse.
J. Brünn
Am Stadt-
bahnhof
Börse.
4. Hackescher Markt 4.